Nr. 57.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6862.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 8. März 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Der größte Streik.

Als vor einigen Monaten die organisirten und klassenbewußten deutschen Buchdrucker die Arbeit einstellten, brachte dies ganz Deutschland in Bewegung; der „große Buchdrucker-Streik" stand in dem Vordergrund der politischen Ereignisse, sie alle durch seine Bedeutung verdunkelnd. Und die Presse des Auslandes beschäftigte sich mehr mit dem deutschen Buchdruckerstreike, als mit der gesammten deutschen sogenannten „hohen Politik".

Die Zahl der deutschen Schriftsetzer beträgt ungefähr 20 000, von denen etwa die Hälfte ausstand.

Und jetzt bereitet sich ein Streik von zwanzigfacher Ausdehnung vor: die Arbeitseinstellung der größeren Hälfte der englischen Kohlengräber, deren Zahl sich im Ganzen auf ungefähr 800 000 beläuft. Der Vergleich mit dem deutschen Buchdruckerstreik, der schon eine so tiefeinschneidende Wirkung hatte, zeigt recht anschaulich das Riesenhafte des kommenden englischen Kohlenarbeiterausstandes. Fast eine halbe Million fleißiger Hände, die an einem gegebenen, Wochen und Monate lang vorher angesagten Tage, zur genau bestimmten Stunde, Hammer, Schlägel und Hacke niederlegen, und auf weiter, breiter Fläche das Dichterwort: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will", zur Wahrheit machen.

Jeder Maßstab fehlt uns für diesen, alle Streiks der Vergangenheit und Gegenwart weit überragenden Halbmillion-Streik. Der „Nationale Feiertag" der Chartisten zu Anfang der vierziger Jahre, der erste und bis jetzt einzige Versuch einer allgemeinen Arbeitseinstellung eines ganzen Landes, des nationalen Generalstreiks, hatte auch nicht annähernd den gleichen Umfang — und der größte aller Streiks, welche bisher in England, dem Lande der großen Streiks par excellence vorgekommen sind, ebenfalls ein Kohlengräber-Streik, hatte nicht die Hälfte des Umfanges.

Tritt die Bedeutsamkeit dieses kommenden Ausstandes schon durch die Zahl der Theilnehmer hervor, so gelangt sie zu vollem Verständniß doch erst, wenn man die Natur der Arbeit bedenkt, welche jetzt zum Stillstande gebracht werden soll. Jede für die Erhaltung und Fortentwickelung der menschlichen Gesellschaft nothwendige Arbeit ist gleichwerthig, indeß es ist doch ein Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Arbeit — die einen sind von unmittelbarerer Nothwendigkeit als die anderen. Und keine ist es in höherem Grade, als die der Kohlenarbeiter. Ein Stocken der Baumwollen-Industrie, wichtig wie sie ist, würde für England auch nicht entfernt von solcher Wichtigkeit und Tragweite sein, wie das Stocken der Kohlen-Förderung.

Kohle und Eisen — hat man gesagt — sind die zwei Füße, auf denen die englische Industrie steht. Die Kohle, der „schwarze Diamant", giebt dem Eisen erst die Kraft, belebt, bewegt den millionenarmigen Eisenkoloß, der alle Hämmer schwingt, alle Räder treibt, das gewaltige Uhrwerk der modernen Industrie in Gang bringt und im Gang hält. Die kapitalistische Produktion beruht auf der Maschine — und die Maschine ist todtes Gerümpel ohne die Kohle, in der die Kraft schlummert, und die den „König Dampf" entfesselt. In der Kohle liegt neben der Wärme die Kraft. Nach den Berechnungen des Professors Rogers von Washington hat ein Pfund Steinkohle eine dynamische Kraft in sich, welche der Arbeitsleistung eines Mannes an einem Tage gleichkommt. Und in den Kohlen, die den englischen Kohlengruben alltäglich entnommen werden, steckt die Arbeitskraft von 100 Millionen Menschen. Steht die Arbeit in den englischen Kohlengruben still, so hört, sobald die jetzt zu Tag liegenden Vorräthe verbraucht sind, die englische Industrie auf. Ohne Kohlen keine Industrie. Mit Recht erblickt daher die englische Presse in dem kommenden Kohlenstreik eine der schwersten Kalamitäten, von denen die englische Industrie jemals bedroht oder erfaßt worden.

Und wodurch ist diese Kalamität herbeigeführt worden?

Die Antwort ist eine vernichtende Anklage gegen die kapitalistische Produktion.

Die englischen Grubenbesitzer haben durch tolle Konkurrenz und planlos anarchische Wirthschaft die Kohlenpreise so heruntergetrieben, daß sie ihre Rechnung nicht mehr dabei finden, und sich nun für die Folgen ihrer eigenen Thorheit und Habsucht an den Arbeitern schadlos zu halten suchen, indem sie die Löhne herabsetzen. Dem stellen sich die Arbeiter entgegen und wollen die Arbeit einstellen, in der Erwartung, daß mit Abnahme der Kohlenvorräthe der Kohlenpreis steigen und die Möglichkeit einer Erhöhung der Löhne eintreten werde.

Gestern Ueberproduktion, heute Panik, morgen Einstellung der Produktion, um einen Ausgleich zu schaffen — kann das unsinnige Indentaghinein-Wirthschaften des Kapitalismus eindrucksvoller beleuchtet werden?

Es heißt, die englischen Grubenbesitzer seien mit dem Vorgehen der Grubenarbeiter einverstanden, ja es wird sogar behauptet, sie hätten es veranlaßt. Gewiß ist, daß sie keine Ursache haben, für ihre Personen unzufrieden zu sein. Allein das mindert nicht die Widersinnigkeit und das Gemeinschädliche des ganzen Vorganges. In jedem Fall werden die Arbeiter harten Entbehrungen ausgesetzt, und wird die gesammte Industrie des Landes aufs ärgste benachtheiligt; und wenn auch die Grubenbesitzer durch die Erhöhung der Kohlenpreise sich bereichern, so hat die Gesammtheit den Schaden zu tragen.

Klarer konnte der Beweis nicht geliefert werden, daß die Bourgeoisie unfähig geworden ist, die ökonomischen Lebensbedürfnisse der modernen, zivilisirten Gesellschaft zu befriedigen.

In der englischen Baumwollen-Industrie hatten wir schon vor 5 oder 6 Jahren das Schauspiel, daß die Bourgeoisie sich an ihre Arbeiter wenden mußte, um gemeinschaftlich mit ihnen zu einer nothdürftigen Regulirung der Produktion zu gelangen. Die gegenwärtige Krisis im englischen Kohlenbau ist eine noch eklatantere Bankrott-Erklärung des Kapitalismus, denn sie stellt das ganze wirthschaftliche Leben Englands in Frage.

Ob die Arbeitseinstellung blos 8 Tage dauern wird oder länger — das läßt sich nicht absehen. Gewiß ist, daß die Aussichten auf eine gütliche Erledigung so gut wie geschwunden sind. Die Stimmung der Kohlenarbeiter ist gehoben und entschlossen — die Zahl derer, die mit dem „Nationalen Bergarbeiter-Verband" gemeinschaftliche Sache machen, wächst fortwährend — auch ein namhafter Theil der schottischen Kohlengräber wollen mit „spielen" (play), so daß die halbe Million voll wird. Der Streikfonds beträgt in Allem ungefähr 12 Millionen Mark, wovon 10 Millionen auf den „Verband" kommen. Das reicht für 500 000 Männer, von denen die meisten Familien haben, natürlich nicht weit — die Mitglieder des „Verbandes" und der übrigen Organisationen haben sich aber bereit erklärt, eine Woche auf jede Unterstützung zu verzichten, — ein Versprechen, das wir freilich nicht überschätzen wollen.

Die englische Arbeiterwelt schaut mit gespanntem Interesse den Vorbereitungen des Riesenstreiks zu — weit ruhiger als die Bourgeoiswelt, der das Symptomatische der Krise nicht entgehen kann. Sie ahnt, daß die Rolle, welche der Kapitalismus hier spielt, das Verdammungsurtheil jedes vernünftigen Menschen hervorrufen muß.

Kein Zweifel — und die Wahrheit liegt sonnenklar da: daß diese beispiellose Krise über England hereinbricht, ist einzig und allein die Schuld des kapitalistischen Systems.

Ein paar „anarchistische" Schreier schwadroniren von einem „allgemeinen Streik", zu dem der Kohlenarbeiter-Streik erweitert werden soll. Ob dieses Aberwitzes lacht selbstverständlich jeder englische Arbeiter. Allein jeder englische Arbeiter, der denkt, wird jetzt auch zu der Schlußfolgerung gezwungen, daß mit dem kapitalistischen System, dem das Wirrniß und das Unheil zu verdanken ist, gebrochen werden muß. Die praktischen Konsequenzen werden auch bereits gezogen, und der „Trades-Unionist" sowohl, wie die „Justice" verlangen die „Nationalisirung des Minenbetriebs", das heißt die Verstaatlichung des Bergbaus und dessen sozialistische Regelung. Der Kapitalismus mag sich wenden und drehen wie er will, er ist am Ende seines Lateins — er hat abgewirthschaftet und was wir heute im Kohlenbergbau erleben, das wird in allen Produktionszweigen eintreten. Die Bourgeoisie hat ihre Mission erfüllt, sie kann nicht einmal mehr das Ausbeutungsgeschäft in geschäftsmäßiger Ordnung betreiben — es ist Zeit, daß sie durch das Proletariat abgelöst wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Der Reichstag hatte heute wieder ein Stück Kolonialdebatte. Anlaß dazu bot unsere Kolonie in Südwest-Afrika,

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [57

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

Der Fabrikant, ein noch immer stattlicher Mann, der, wenn es galt, das graue Haupt mit achtunggebietender Würde zu tragen verstand, empfahl sich nunmehr. Herr Wehrhahn aber bemerkte bei seinem Weggehen:

„Ein ganzer Mann, dieser Findeisen, der versteht's Geschäft; so weit wie der bringen wir's mit aller Plage nicht, aber er hat Unglück mit den Kindern."

„Doch nur mit dem Sohne," entgegnete der Professor.

„Ich weiß doch nicht," entgegnete Wehrhahn mit einem schweren Zweifel ausdrückenden Beiseitelegen des Hauptes, „mit dem Sohne kann sich's noch machen, wenn er ausgebraust hat; aber bei dem Fräulein sitzt's tiefer. Denken Sie sich, Professor, jetzt will dieses merkwürdige Geschöpf einen Verein zur Hebung der Lage unbemittelter Frauen und Mädchen gründen, und das nicht etwa durch Unterstützungen, sondern, was meinen Sie wohl?"

„Wahrscheinlich durch Erschließung einer Anzahl von Berufszweigen für Frauen?"

„Richtig; die alte Emanzipationsidee mit neuem Aufputz."

„Es scheint mir die Sache doch wichtig, wenn man bedenkt, daß so viele Frauen sich mit dem besten Willen ihr Brod nicht verdienen können."

„Unsinn ist es, Professor; wir haben für die Männer nicht genug zu thun, was soll erst werden, wenn die Frauen auch noch an der Männerarbeit theilnehmen wollen."

„Die Frauen, scheint mir, haben dasselbe Recht auf lohnende Arbeit, wie die Männer."

„Sie können stricken, sticken und nähen."

„Das nährt sie nicht hinreichend."

„Dann mögen sie heirathen."

„Es findet nicht jede einen Mann."

„Weil sie preziös, wählerisch, anspruchsvoll sind, ich kenne das aus Erfahrung. Wenn ein Mädel halbwegs gebildet ist, will sie gleich hoch hinaus. Ich habe deshalb auch nicht geheirathet und halte nur eine Haushälterin, die ich beliebig wegschicken kann, wenn sie nicht mehr gut thut. Die kleine Findeisen wäre nicht übel; mit dem Alten würde ich nöthigenfalls einig werden. Aber, aber! die will hoch hinaus. Ja, was ich sagen wollte, die Berichtigung der Vierhundert können wir nicht aufnehmen; wir wollen einfach mittheilen, daß uns eine Berichtigung mit vierhundert Unterschriften zugegangen sei, die ihrer verletzenden Form halber keine Aufnahme finden könnte; wir müßten uns darum begnügen, den Hauptinhalt wiederzugeben, und da nehmen wir heraus, was uns paßt."

„Dr. Beißer ist etwas gar zu stark ausgefallen."

„Was ich nicht wüßte; man kann diesen Bummlern nicht derb genug auf den Leib rücken. Der Dr. Beißer ist ein ganzer Kerl, wenn er nur nicht immer Vorschuß verlangen wollte!"

Die letzteren Worte waren kaum gesprochen, als es an die Thür klopfte, und auf das von zwei Stimmen gerufene „Herein" erschien Barth ernst und bleich im Redaktionszimmer.

„Ah, Herr Barth," rief Wehrhahn malitiös, „der Chef der neuen Buchdrucker-Assoziation, die uns Allen den Garaus machen will. Hm, hm; Sie werden uns doch noch eine kleine Gnadenfrist geben?"

„Ich komme wegen des Artikels über die neuliche Gerichtsverhandlung," erklärte Barth, ohne auf die höhnischen Bemerkungen des vom Glücke begünstigten Kollegen einzugehen.

„Ah, wegen der Verhandlung gegen Ihre Braut? Ein sehr unangenehmer Fall für Sie, Herr Barth, und es wundert uns Alle, daß Sie bei so viel Familiensorgen sich auch noch mit solchem phantastischen Kram abgeben können."

„Es ist in dem Artikel gesuchter Weise Vieles bemerkt, was erstens mit der Sache gar nichts zu thun hat und zweitens auch nicht einmal auf Wahrheit beruht."

„I, das wäre; sprechen Sie sich doch deutlicher aus, Herr Barth."

„Ich finde es erstens sehr unpassend, daß man über die Erscheinung und das Benehmen meiner Braut berichtet, als wenn sie freiwillig eine Rolle auf der Bühne gespielt hätte."

„Freiwillig hat sie diese Rolle allerdings nicht gespielt, das gebe ich Ihnen zu, Herr Barth", höhnte Wehrhahn.

„Ich finde eine solche Art Berichterstattung im höchsten Grade unwürdig in solchem Falle."

„Sie wollen wahrscheinlich sagen: unangenehm? das mag sein; aber unsere Leser wollen das so haben, und da können wir auf Einzelne nicht Rücksicht nehmen, zumal bei Leuten, welche selber so wenig Rücksichten für nöthig halten, wie Sie es zum Beispiel in der Volksversammlung vor einigen Tagen gethan."

früher bekannt unter dem Namen Lüderitzland. Diese Kolonie, welche einen Landkomplex ungefähr ein und ein halb Mal so groß wie das Deutsche Reich umfaßt, hat, seitdem der mittlerweile verschollene Bremer Kaufmann Lüderitz sie erwarb und dann an das Reich abtrat, schon wiederholt unsere Kolonialenthusiasten in große Aufregung versetzt. Am tollsten war aber wohl der Trubel, als die Nachricht kolportirt wurde, daß Südwest-Afrika reiche Mineralerze, darunter Silber und Gold, in seinem Boden berge. Damals bildeten sich Bergbau-Aktiengesellschaften, und der Börsenschwindel schickte sich an, auch diese afrikanischen „Werthe" zu handeln. Nur der mittlerweile eingetretene allgemeine Krach verhinderte es, daß zu den zahllosen werthlosen Papieren, welche vertrauensduselige Käufer für ihr gutes Geld erwarben, nicht auch noch Südwestafrikanische Bergbau-Aktien kommen. Die Gründung sollte durch Engländer inszenirt werden, an welche die Südwestafrikanische Gesellschaft die Kolonie für 3 Millionen verkaufen wollte. Der Kauf wurde aber infolge des Krachs nicht perfekt, und die Engländer ließen die bereits bezahlten 200 000 Mark Reugeld fahren. Für diesen Landstrich fordert nun die Regierung seit nunmehr sechs Jahren regelmäßig 300 000 Mark, um dort Kultur-Unternehmungen zu unterstützen oder Versuche anzustellen und das dazu nöthige Personal 2c. zu unterhalten. Augenblicklich versucht man es mit der Schafzucht, nachdem der Fleischexport, der Bergbau und die Gewinnung von Fischguano sich nicht bewährt haben.

Von freisinniger Seite wurde nun die Streichung dieser 300 000 Mark beantragt, und daran knüpfte sich eine die ganze heutige Sitzung ausfüllende Diskussion. Im Laufe derselben glaubte Graf Arnim (Muskau) den Mangel an Gründen mit Beschuldigungen und Verdächtigungen, wie sie in der Aera Bismarck üblich waren, ersetzen zu können und warf dem Abgeordneten Bamberger vor, daß er die Absicht habe, die Kolonie den Engländern in die Hände zu spielen. Bamberger erwiderte darauf mit einer wohlangebrachten Grobheit, und nun hielt der wohledle Graf den Zeitpunkt für gekommen, mit einem Duell drohen zu müssen. Bamberger lehnte diesen Ulk aber rundweg ab und trieb den blutdürstigen freikonservativen Helden schließlich so in die Enge, daß derselbe all' seine Vorwürfe zurücknehmen mußte. Als charakteristisch für die derzeitige parlamentarische Lage darf es verzeichnet werden, daß vom Zentrum sich nicht ein Redner an dieser Debatte betheiligte. Da der Schwindel der angeblichen Sklavereibekämpfung für Südwestafrika, wo es keine Sklavenjagden giebt, nicht vorgeschoben werden kann, so läge für das Zentrum auch nicht der leiseste Schein vor, sich für diesen Posten zu engagiren. Trotzdem stimmte die Partei geschlossen für die Position. Alles natürlich à conto des Schulgesetzes in Preußen. —

Humanität. Am 1. März ist in Hannover der Mörder Hagemann hingerichtet worden. Das Organ des Herrn v. Bennigsen, der „Hannover'sche Kourier", bringt über die Hinrichtung folgenden Bericht:

„Hagemann wurde auf dem kurzen Wege zum Schaffot seiner Jacke entkleidet, festgeschnallt, unter das Beil geschoben, und nun erfolgte nicht etwa ein dumpfer Schlag; es hätte ein solcher gehört werden müssen, wenn die Sache in Ordnung war, aber ehe der Kopf völlig abgeschnitten war, blieb das Beil stehen. Und nun bot sich ein Anblick, der auch den stärksten Mann erschüttern konnte. Die Gehilfen versuchten durch gleichzeitiges Rucken an dem Körper den Kopf vollends abzureißen. Erst als dieser Versuch sich als fruchtlos herausstellte, kletterte einer der Gehilfen auf die Maschine und versuchte vergeblich, das Beil wieder in die Höhe zu ziehen. Endlich gelang es durch Reißen und durch Ziehen und Drücken am Beil, den Kopf völlig vom Rumpfe zu trennen. Es hieß nachher, eine Schraube sei gebrochen. Wie kann bei einer solchen Handlung eine Schraube brechen! Hätte der Henker ein Beil gehabt, so hätte er, wenn der erste Schlag fehlte, doch schnell nachschlagen und der entsetzlichen Prozedur ein Ende machen können. Daß der Tod nach dem Fall des Beiles eingetreten sei, glauben die Aerzte, welche der Vollstreckung beiwohnten, bestimmt, aber wer will das beschwören? Gesetzt den Fall, das Beil wäre einen Zoll höher stehen geblieben und der Delinquent hätte noch Empfindung von dem Mißerfolg gehabt und hätte viele Sekunden auf den erlösenden Streich warten müssen! Sollte ein solcher Fall, an den die Augenzeugen nur mit Entsetzen denken können, nicht die Frage nahe legen, ob die Guillotine nicht zweckmäßig auch in Hannover dem Beile Platz machte, nachdem das Einzige, was die Maschine rechtfertigen kann, die absolute Sicherheit in Zweifel gezogen werden muß?"

Nichts kennzeichnet besser die Kulturstufe, auf welcher unser liberales Bürgerthum steht, als die Folgerungen, welche der „Hannoversche Kurier" und ihm nach das gesinnungsverwandte Zeitungsgeschwister an diese greuelvollen Vorgänge knüpfen. Gegen die Guillotine, für das Richtbeil! Mit brutaler Sentimentalität winselt die „Magdeburgische Ztg.", daß solche Szenen „die schwersten Bedenken" gegen — die Todesstrafe? — o nein gegen „die Anwendung der Guillotine" erwecken. „Wir würden", erklärt sie, „unsere Leser mit der grausigen Schilderung verschont haben, hätten wir es nicht im Interesse der Sache für unsere Pflicht gehalten, sie zu veröffentlichen. Wenn ein Fall wie der vorstehend geschilderte auch ganz vereinzelt dastehen sollte, so ist es doch eine gebieterische Forderung der Menschlichkeit, gegen die Gefahr seiner Wiederholung absolut sichere Bürgschaften zu schaffen." Eine Menschlichkeit, die von Blut triefft und statt die Todesstrafe zu beseitigen, sich abquält, das Scharfrichterhandwerk technisch zu vervollkommnen!

Die greuliche Szene hat sich übrigens schon früher, fast in allen Einzelheiten gleich, zu Anfang der sechziger Jahre in Sachsen vollzogen. Und damals war das Entsetzen und die sittliche Empörung so groß, daß in Sachsen die Todesstrafe abgeschafft wurde.

Zwölf Jahre später wurde der gesetzliche Menschenmord aber durch Reichsgesetz wieder eingeführt, bei welcher Gelegenheit Hans Blum, „der Sohn des Hingerichteten", den Ausschlag zu Gunsten der Todesstrafe geben half.

Die hannoversche Greuelszene wird nicht die Wirkung haben, wie jene sächsische. Wir haben inzwischen so große Fortschritte gemacht in der — Kultur. —

Das Schlachtfeld der Zukunft. Nach dem hervorragenden Chirurgen der sachkundige Militär, nach Billroth der ehemalige k. k. Landesvertheidigungs-Minister Freiherr v. Horst, Beide einig in ihrem Urtheil über die Furchtbarkeit des nächsten Krieges, über die riesigen Verluste an Menschenmaterial und die entsetzliche Grausamkeit gegen die Opfer des Krieges, welche durch die Fortschritte der Waffentechnik nothwendig wird. In einem soeben erschienenen lehrreichen Aufsatz über das Schlachtfeld der Zukunft führt Horst aus, daß während einer tobenden Schlacht ein Zurückgehen, Zurückgeleiten oder Zurücktragen der Verwundeten zu den Hilfs- oder Verbandplätzen oder gar ein Entgegensenden der Lazarethwagen in die Nähe der Feuerlinie unmöglich sein wird, wenn man das schwer, zum Theil gar nicht zu ersetzende Sanitätspersonal, die Bespannungen und selbst die Fuhrwerke nicht binnen kürzester Frist vollständig opfern und auch die Verwundeten nicht der erhöhten Gefahr neuerlicher Verletzung oder der Tödtung aussetzen will; die Hilfs- und die Verbandsplätze — namentlich aber die ersteren — werden während der Schlacht sehr bedeutend weiter zurückverlegt werden müssen und auch dort die für eine möglichst ungestörte Arbeit der Aerzte erforderliche Deckung nur dann finden, wenn ihre Etablirung in oder hinter massiven Gebäuden oder in bedeutenden Bodenvertiefungen möglich ist, oder wenn sie sich künstlich eingraben, was aber — in Anbetracht des erforderlichen großen Raumes — nur mit Hilfe zahlreicher Arbeitskräfte und eines großen Zeitaufwandes erzielt werden könnte, also in den seltensten Fällen möglich sein wird; es wird sohin die Auflesung und Bergung der Verwundeten — namentlich aus der eigentlichen Gefechtslinie, die einen längs der Front laufenden Streifen von mehr als 1½ Kilometern Tiefe in sich schließen wird — erst dann möglich sein, wenn eine namhafte Vorrückung der Truppen erzielt, oder die Schlacht überhaupt entschieden, oder der Kampf durch das Hereinbrechen der Nacht (die ein stillschweigendes Uebereinkommen zum Waffenstillstande machen wird, weil Freund und Feind Zeit zu gewinnen trachten muß, seine Verwundeten bergen, seine Truppen wenigstens nothdürftig laben und nähren zu können) unterbrochen sein wird. „Die künftigen großen Entscheidungsschlachten", sagt Horst, „zu welchen jeder Theil so viel als nur möglich Kräfte auf den entscheidenden Punkt bringen wird, und denen — vor den langen Fronten der sich einander näherenden Armeen — Renkontres und Einleitungskämpfe von der Dimension früherer kleiner Schlachten vorausgehen werden, werden sich nicht in einem, vielleicht auch nicht in zwei und drei Tagen abspielen; es wird ein furchtbares Ringen um den Sieg werden, weil jeder Theil die gräßlichen Folgen der Niederlage eines kolossalen Heeres vor Augen haben wird." Eine vernichtendere Kritik des Militarismus ist kaum denkbar. —

Das Land der Rothkrawalle und Soldatenmißhandlungen. Das ist der Ehrentitel, den ein französisches Blatt unserem deutschen Vaterlande ertheilt. Sehr schmeichelhaft ist der Titel nicht, um so weniger, als wir leider nicht in der Lage sind, ihn zurückweisen zu können. Nächstens werden die Franzosen wohl noch die Majestätsbeleidigungen in den Ruhmeskranz einflechten. —

Angstprodukte. Die abenteuerlichsten Gerüchte schwirren durch die Luft. Ausnahmegesetze gegen die Umsturzparteien sollen geplant sein und zwar habe Deutschland den Anstoß zu einem internationalen Gesellschaftsrettungs-Feld- und Kreuzzug gegeben. Insbesondere würden auch gegen die bevorstehende Maifeier internationale Polizeimaßregeln geplant — kurz all der Blödsinn und Aberwitz, den wir, seit die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung den Todtenwurm in ihrem Gebeine verspürt, zeitweise, mit der Regelmäßigkeit von Ebbe und Fluth — natürlich in wechselnder Form — auftauchen zu sehen gewohnt sind. Der Werth dieser Gerüchte besteht für uns blos darin, daß sie uns zeigen, was für Hasenherzigkeit und Unverstand es doch in der Welt geben kann. —

Zwangs-Seelenretter. Man erzählt von Großinquisitoren, die mit thränenden Augen Ketzer verbrennen ließen, die aber das natürliche Mitleid überwanden in dem Glauben, es sei besser, daß der Leib verbrenne, als daß die Seele Schaden leide. Auf dem Scheiterhaufen konnte der Ketzer noch seine Irrlehren abschwören; das war doch immer noch vortheilhafter für ihn, als für alle Ewigkeit in der Hölle zu braten. Das Ketzerverbrennen ist zwar aus der Mode gekommen, aber der Wahn, der dazu antrieb, besteht auch heute noch an maßgebenster Stelle. Der Kultusminister Graf Zedlitz besteht darauf, daß man Kindern religionsloser Eltern wider den Willen der Letzteren konfessionellen Religionsunterricht beibringen müsse; es giebt für ihn nichts Unglückseligeres, als ein ohne solchen aufgewachsenes Kind. Wenn es nicht Männer gegeben hätte, die an dem Kirchenglauben rüttelten und ihm gegenüber die allgemeine menschliche Moral zur Geltung gebracht hätten, die Ketzerverbrennungen würden heute noch im Schwange sein. Die Herren, die noch heute in dem Wahne des Grafen Zedlitz leben, würden nie zur Beseitigung derselben gelangt sein. —

Jagdgeschichte. In französischen Blättern wird geschrieben, Bebel sei als Direktor des „Vorwärts" ins „Kanzleramt" (Chancellerie) vorgeladen und betreffs der Veröffentlichung des Erlasses über die Soldatenmißhandlungen einem Verhör unterworfen worden. Die französischen Blätter sollten sich doch in Deutschland bessere Korrespondenten anschaffen. Es liegt das wahrhaftig im Interesse Frankreichs und auch im unsrigen. Die Franzosen stehen sonst in dem Ruf, das Lächerliche zu fürchten — durch solche, von krassester Unkenntniß zeugende Notizen, denen wir Dutzende nicht minder alberne anfügen könnten, machen sie sich aber im höchsten Grade lächerlich. Bebel als Direktor des „Vorwärts", das mag noch gehen, aber das Ersuchen des Reichskanzlers, Bebel möge die in seiner Reichstagsrede über die Soldatenmißhandlungen angebotenen Beweisstücke der Regierung mittheilen, zu einem peinlichen Verhör vor irgend einem mythischen Gerichtshof (offenbar dachte der Entenfabrikant an den englischen Kanzleihof) aufzubauschen, das ist denn doch zu arg. —

Keine Panik. Herr Richter behauptet, der „Vorwärts" phantasire nur von einer Panik, die durch die Berliner Krawalle hervorgerufen worden sei. Herr Richter scheint die Zeitungen nicht gelesen zu haben. Nur wir, meint der tapfere Mann, seien von „einer gewissen Panik" ergriffen gewesen, weil wir das Bewußtsein gehabt, die Krawalle verursacht zu haben — die Herr Eugen Richter uns an die Rockschöße zu hängen versucht hat. Nun, wenn „geschossen" worden wäre, hätten wir das Mausloch sehen mögen, in welches Herr Richter nicht bereit gewesen wäre, zu schlüpfen. —

Tapfere Liberale. Auch in der bayerischen Abgeordnetenkammer hat es dieser Tage ein Schulkonfliktchen gegeben. Der deutschfreisinnige Abgeordnete Beckh-Nürnberg

---

„Ich habe meine Pflicht gethan."

„Und wir die unserige. Das lassen Sie sich gesagt sein, Herr Barth."

„So? Und dann halten Sie es wohl auch für Ihre Pflicht, ein unglückliches Mädchen als Opfer ihrer Putzsucht hinzustellen, welches fleißig, ordentlich, bescheiden und einfach war, wie keine Andere?"

„Als solche haben Sie das Mädchen angesehen, Herr Barth, das ist ganz natürlich, denn die Liebe ist blind. Aber wir, die wir mit unbefangenen Augen zusehen, können auch eine andere Meinung hierüber haben, nicht wahr?

„Kennen Sie denn das Mädchen?"

„Nein, wir haben nicht die Ehre; wir haben solche Bekanntschaften nicht."

„Und wollen sie trotzdem verurtheilen?"

„Wir nicht, behüte Gott! das überlassen wir dem Urtheil des Gerichts, und dieses hat deutlich genug gesprochen."

„Ja, es hat gesprochen; aber es wird anders sprechen in kurzer Zeit."

„Das hoffen Sie? Nun, ich wünsche Ihnen alles Glück; aber mir scheint das große Verschwendung von Geld und Zeit. Wenn Dr. Raffmaus ihre Freisprechung nicht erwirken konnte, dann kann es Keiner."

„Dr. Raffmaus? Ich danke für einen solchen Vertheidiger."

„Danken Sie nicht zu früh, Sie könnten ihn noch sehr nöthig brauchen, denn wie ich höre, wird gegen Sie wegen Ihrer neulichen Rede die Kriminal-Untersuchung eingeleitet. Ist dem nicht so, Herr Barth?"

„Dem ist so, denn ich bin bereits zum Staatsanwalt zitirt."

„Sehen Sie nun, in was für unangenehme Lagen Sie sich mit Ihren Extravaganzen begeben? Kehren Sie um, Herr Barth, da es vielleicht noch Zeit ist. Sie könnten ein ganz hübsches Geschäft haben, wenn Sie sich an ein ordentliches geschäftsmäßiges Wesen gewöhnen wollten; jetzt sind Sie ein halb ruinirter Mann."

„Ich danke für Ihre guten Rathschläge, Herr Wehrhahn. Ich weiß, was ich zu thun und zu lassen habe, ich bin mündig."

„Es ist Theilnahme, Sie mögen mir's glauben oder nicht."

„Es mag sein; jedenfalls thue ich nichts als meine Pflicht; aber diese auf jeden Fall, es mag kommen, was da will."

„Ihnen ist nicht zu helfen."

„In dieser Beziehung gewiß nicht. Ich bin auch nicht gekommen, um Rathschläge zu hören, die mir nichts helfen können, sondern Sie zu bitten, meiner Braut insoweit Genugthuung zu geben, daß Sie in Ihrem Blatte Notiz davon nehmen, daß gegen das verurtheilende Erkenntniß des Gerichts Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht worden."

„Ach, das ist ja nicht so eilig."

„Die Ehre meiner Braut verlangt es."

„Das kann möglich sein, ich weiß es nicht."

„Sie wollen also diese Notiz nicht bringen?"

„Nein, Herr Barth."

„Und warum wollen Sie nicht?"

„Weil das unsere Leser ganz und gar nicht interessirt."

„Aber es interessirt doch Ihre Leser, zu erfahren, wie meine Braut gekleidet war und wie sie sich vor Gericht benahm?"

„Das ist etwas Anderes, das gehört zur Ausschmückung des Referats."

„Dazu war also meine Braut gut? wenn Sie nur einen interessanten Artikel bringen können, was machen Sie sich daraus, ob die Menschen, denen Sie Ihre Aufmerksamkeit zuwenden, darunter an Ansehen und Ehre Schadenleiden? Das nennen Sie für Recht und Fortschritt kämpfen? O, wie wird doch die Welt betrogen!"

Herr Barth, Sie dürfen getrost Ihre Bemerkungen unterlassen, die hier ganz und gar nicht am Platze sind. Wir können es nicht jedem Menschen recht machen, und die Redaktion weiß, was sie zu thun und zu lassen hat."

„Nun wohl, so weiß ich, was ich zu thun habe; ich werde ein Mittel zu finden wissen, durch welches das Publikum nicht mehr aus Ihrem Organ allein erfährt, was Wahrheit sein soll und was nicht."

„Wollen Sie etwa eine neue Zeitung gründen? Darüber kann ich nur lachen; Sie werden nun der Siebente sein, der das versucht und sich dabei ruinirt hat. Ihnen fehlt nur noch die Zeitung, um Sie fertig werden zu lassen. Nur immer zu; viel Glück, ich bin nicht neidisch."

„Wir sprechen uns wieder, Herr Wehrhahn," begnügte sich Barth zu bemerken und empfahl sich.

Auch Wehrhahn schien keine Lust zu weiterer Unterhaltung zu verspüren, denn er bemerkte spöttisch:

„Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen."

Darauf hin verabschiedete er sich von seinem Redakteur, um nicht zu spät im Kreise der Gesinnungsgenossen beim Frühstücksschoppen zu erscheinen, wo er als Besitzer der neuesten Nachrichten und Depeschen eine sehnlichst erwartete und gefeierte Persönlichkeit war.

Zweites Kapitel.

Die Genossenschaft.

Die Vesperstunde schlägt und wird in der Barth'schen Druckerei durch das Läuten der Glocke noch besonders verkündigt. An Stelle des ernsten Schweigens, mit welchem diese Soldaten der Zivilisation ihre anstrengende Arbeit zu verrichten pflegen, tritt alsbald eine Art hastiger Aufregung; die Setzerhaken werden in Eile bei Seite gelegt und Alles drängt sich nach dem Maschinensaale, dessen Räume der Leser bereits kennen zu lernen Gelegenheit hatte.

Die Leute nehmen Platz, so gut sie eben vermögen, und die Versammlung hat ganz das Aussehen, wie bei jener von uns früher geschilderten Verhandlung, nur daß diesmal Barth selber zugegen ist, die Deputirten der anderen Druckereien aber fehlen.

(Fortsetzung folgt.)

in Bayern besser unter dem heiteren Rufnamen des „Herzogs von Achberg“ bekannt, beeiferte sich gleich seinen preußischen Genossen — man denke an Herrn Knörcke — im Brustton der Ueberzeugung zu erklären: „Den Vorwurf des Atheismus weise ich entschieden zurück.“ Was die Ultramontanen nicht hinderte, den Herzog von Achberg niederzuschreien. —

An die Scholle gebunden. Die braunschweigische Regierung treibt auch Sozialpolitik nach ihrer Art. Dem Landtag ist eine Vorlage zugegangen, die 780 000 M. zur Errichtung von Familienwohnungen für landwirthschaftliche Arbeiter auf den Domänen und Klostergütern fordert. Diese Einrichtungen sollen die Landarbeiter an den Grund und Boden binden, den sie bebauen, ihre Beweglichkeit herabsetzen, sie politisch und wirthschaftlich noch abhängiger machen, als bisher. Bei dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung auch unter dem gedrückten Landvolk, mag es auf fiskalischen oder auf privaten Besitzungen schaffen, ist die neueste Fürsorge in ihrem Absehen gar wohl zu begreifen. Aber trotzdem und alledem, es gelingt nichts mehr. —

Die Freiheit ist in Gefahr — Burschen heraus! Nicht die gemeine bürgerliche Freiheit ist in Gefahr, die ist den heutigen „honorigen“ Studenten ein Greuel, nein, die „akademische Freiheit“, d. h. die Freiheit, nicht zu studiren, zu saufen, sich zu schlagen, zu rempeln und zu randaliren und andere dumme Jungen-Streiche zu verüben. Die Studenten-Korporationen in Bonn, „schneidige“ Korpsstudenten, fromme Wingolfiten ꝛc., haben eine Erklärung an den Rektor der Universität abgegeben, worin sie gegen die Kontrolle über die vom Minister erlassene Verfügung, welche die Zeit des Anfangs und des Schlusses des Semesters anordnet, die ein Angriff gegen die akademische Freiheit, das edelste Gut der deutschen Hochschulen sei, protestiren. Die Studenten waren nämlich bisher gewöhnt, vier Wochen vor dem Schlusse des Semesters zu verreisen, um erst vier Wochen nach Beginn desselben zurückzukehren. Die Universitätspedelle hatten daher den Auftrag, sich von der Anwesenheit der Drückeberger zu überzeugen. Sie drohen damit, daß viele Studenten bei Aufrechterhaltung der Verfügung die preußischen Universitäten verlassen werden und erklären, daß die Mitglieder der Verbindungen entschlossen sind, wie bisher nach dem 3. März und vor dem 25. April die Kollegia nicht zu besuchen. Ob der tapfere Kultusminister dem Ansturm der Studentenverbindungen Stand halten wird? Es giebt bekanntlich ganze Gruppen von Studentenverbindungen, mit der ausdrücklichen Verpflichtung ihrer Mitglieder auf Gesetzesverletzungen (Duell), ohne daß das Strafgesetz und die Polizei gegen diese Verbindungen einschreiten, obwohl auf sie der gegen die Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz mit so viel Eifer angewendete § 129 des Strafgesetz-Buches (Verbindung, um die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften) haarscharf zutrifft. Wir sind begierig, zu erfahren, ob in dem gegenwärtigen Konflikt der schneidige Kultusminister oder die rebellirenden Studenten den Kürzeren ziehen wird. Ja, wenn ein Student sich sozialdemokratischer Gesinnung schuldig machen würde — — —! Bezeichnend ist es, daß aus denselben Studenten-Verbindungen, welche die souveräne Freiheit für sich beanspruchen, jene schneidigen Staatsanwälte und Regierungsbeamte hervorgehen, denen das Vereinsleben der Arbeiter geradezu ein Dorn im Auge ist. —

Eine wundersame Enquete. Der Pariser „Figaro“, das Organ des höheren und niederen Klatschs, der höheren und niederen Demimonde, männlichen wie weiblichen Geschlechts, faßte eines Tags den löblichen Entschluß tugendhaft und ernsthaft zu werden und richtete an alle im Adreßkalender der Parlamentler, Schriftsteller, Künstler und sonstigen Celebritäten vorfindbaren Deutschen einen Schreibebrief, mit der Bitte, ihre intimsten Gedanken über die Elsaß-Lothringische Frage dem „Figaro“ anzuvertrauen. Und richtig — der „Figaro“ hat seine Rechnung nicht ohne den Wirth gemacht — er hat Antworten bekommen und veröffentlicht sie jetzt schmunzelnd. Er kann sich Glück wünschen — es war eine vorzügliche Reklame, und weiter hatte es keinen Zweck. —

Zum Wiener Nothstand. Ueber die Vorgänge in Wien, den Wohlthätigkeits-Raptus der Bourgeoisie und die Machenschaften gewisser Demagogen giebt der in der Beilage abgedruckte Wiener Brief nähere Auskunft.

„Es ist ein altes Buch zu blättern,
Vom Harz bis Hellas lauter Vettern.“ —

Es zeugt von einer sozialpolitischen Einsicht, die sonst der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ von heute fremd ist (als Johannes Huber noch in diesem Blatte schrieb, stand es freilich anders), wenn ihr gut unterrichteter Wiener Korrespondent schreibt:

„Es ist, so erklärt die Wiener „Arbeiterzeitung“ nicht ohne guten Grund, „eine Täuschung, daß sich die moderne Noth der Massen auch nur erheblich lindern läßt durch Wohlthätigkeit“. Gewiß ist das moderne Elend eine Massenerscheinung, welche, weil sie chronisch und permanent ist, die Thätigkeit des Gesetzgebers zur Heilung voraussetzt; und deshalb wird man sich auch nicht darüber täuschen können, daß selbst großartigere Spenden, als die jetzt in Wien vertheilt werden, nur eine schwache und unzulängliche Augenblickswirkung üben!“

Londoner Grafschaftsraths-Wahlen. Bei den am 5. März stattgehabten Wahlen zum Grafschaftsrath wurden 69 „Progressisten“, die Vertreter sozial-reformerisch-demokratischer Anschauungen, und 25 Gemäßigte gewählt. Da nur noch 24 Wahlresultate ausstehen, so ist eine progressistische Mehrheit des Grafschaftsrathes gewiß. Wie aus dem Wort: Progressist erhellt, handelt es sich um ein Mischprodukt. —

Unter den Gewählten befindet sich der Sozialist John Burns, bekannt vom Dockerausstand, einer der tüchtigsten englischen Arbeiterführer; er erhielt im Wahlbezirk Battersea die größte Stimmenzahl. Die progressistische Mehrheit strebt u. A. die Kontrolle über die Polizei, sowie die Uebernahme der Pferdebahnen und Wasserwerke für hauptstädtische Rechnung an. —

Sozialistischer Wahlsieg in Frankreich. Bei der am 6. März stattgehabten Ersatzwahl zur Deputirtenkammer in Bethune (Departement Pas-de-Calais) wurde Lamendin, Sozialist, mit 8768 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Delisse erhielt 7080 Stimmen.

Der englische Kohlenarbeiter-Streik. Nach den neuesten Nachrichten hat die Situation, so wie sie in unserem Leitartikel dargestellt worden ist, keine Veränderung erfahren. Der angekündigte Streik der Londoner Kohlenträger beschränkt sich darauf, daß sie erklärt haben, keine ausländischen Kohlen auszutragen oder auszufahren. Einige Gas- und Eisenbahngesellschaften haben nämlich, mit dem das internationale Ausbeuterthum kennzeichnenden Patriotismus, die Absicht verkündigt, sich Kohlen aus Belgien kommen zu lassen. — Wie jetzt gemeldet wird, ist thatsächlich von den Grubenarbeitern, die in den Streik eintreten wollen, der Beschluß gefaßt worden, acht Tage die Gewerkschaftskassen nicht in Anspruch zu nehmen. Die Mitglieder einzelner Organisationen haben sich sogar bereit erklärt, vierzehn Tage auf jede Unterstützung zu verzichten. Bravo! —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte gestern mit 5 gegen 3 Stimmen die Wahl des Abgeordneten Möller (Dortmund) für giltig. Möller wurde erst in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Tölke mit etwas über 2000 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei der Hauptwahl wie bei der Stichwahl passirten die skandalösesten Wahlbeeinflussungen und Verletzungen des Wahlgeheimnisses. Speziell in Hörde wurden die Arbeiter in rücksichtslosester Weise um die Wahlfreiheit geprellt, und wird dies von den dortigen nationalliberalen Wahlmachern in einem Gegenprotest auch offen zugegeben. Die von dem nationalliberalen Wahlkomitee für die Hauptwahl selbst zugestandene Kontrolle der Wähler in Hörde würde allein schon ausreichen, das Wahlergebniß umzustoßen. Der Berichterstatter beantragte deshalb auch aus diesem Grunde die Wahl zu kassiren, der Antrag wurde aber mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt und mit derselben Majorität die Wahl Möller's für giltig erklärt. Dieses Resultat war nur dadurch möglich, daß sämmtliche freisinnige Mitglieder der Kommission bei der Abstimmung fehlten, und daß vom Zentrum ebenfalls ein Mitglied abwesend war, ein zweites Mitglied sich aber für die Giltigkeit aussprach. Hervorgehoben zu werden verdient auch, daß die durch Erhebungen festgestellte Thatsache, daß zur Stichwahl von Seiten des Bürgermeisteramtes in Hörde der Befehl an die Polizeiorgane und die für diesen Tag aufgebotenen und mit Handschlag verpflichteten Mitglieder des Landwehrvereines ertheilt war, jeden nicht in Hörde ansässigen Wähler aus den Wahllokalen auszuweisen, nicht als Beeinträchtigung der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung anerkannt wurde. Die Landwehrmänner und Gendarmen hatten die Stimmzettelvertheiler für den sozialdemokratischen Kandidaten am Stichwahltag aus den Wahllokalen und von den Straßen und Plätzen vor denselben vertrieben oder sie verhaftet. In Barop wurden die sozialdemokratischen Stimmzettelvertheiler am Wahltage verhaftet und bis zum nächsten Tag um 10 Uhr ohne Nahrung und Wasser in einem ungeheizten Loche eingesperrt gehalten. Kurz und gut, die Vorgänge bei der Wahl — und zwar am Haupt- wie am Stichwahltage — sind so ungeheuerlicher Art, daß die Wahl des Herrn Möller hätte für ungiltig erklärt werden müssen. Um dieser Eventualität aber zu entgehen, blieben die Herren vom Freisinn geschlossen von der Sitzung weg, während ein Zentrumsmann abschwenkte und ein anderes Mitglied dieser Partei ebenfalls fehlte. Natürlich wird im Plenum der Antrag auf Ungiltigkeit der Wahl erneuert werden und findet sich dann ja Gelegenheit, die skandalösen Treibereien der Herren Liberalen im Dortmunder Wahlkreis vor aller Welt zu brandmarken. — Außer der Wahl Möller's wurde auch noch die Wahl des Abgeordneten Poll (2. Bromberg) für giltig erklärt. Hier standen sich Deutsche und Polen gegenüber und wurde der Kandidat der ersteren mit den bekannten Mitteln der amtlichen Wahlmache und mit Hilfe äußerlich kenntlicher Stimmzettel ꝛc. durchgedrückt.

Aus Oesterreich.

Wien, den 2. März.

Der Nothstand. Die auf dem ganzen Kontinente immer deutlicher werdende Krise hat bei uns in Wien zu ganz eigenartigen Erscheinungen geführt. Wie in allen Ländern, wie insbesondere in allen Provinzen Oesterreichs ist die Arbeitslosigkeit hier in diesem Jahre eine ungeheure und die durch sie bewirkte Steigerung des normalen Elends wird durch eine gleichzeitig eingetretene Vertheuerung der Lebensmittel um so fühlbarer. Schon anfangs Winter, im November und Dezember, haben in Wien zahlreiche Versammlungen von Arbeitslosen verschiedener Gewerkszweige stattgefunden, die einen furchtbaren Grad der Noth enthüllten. Eine derartige Versammlung der Schuhmacher führte sogar zu einer parlamentarischen Enquete, deren praktisches Resultat natürlich gleich Null war, weil die eigentlichen, tieferen Ursachen kaum berührt, geschweige vom kapitalistischen Staate beseitigt werden können.

Die parlamentarischen Körperschaften wie die bürgerliche Presse beschäftigten sich mit diesen Zuständen sehr wenig, im Gegentheil wurde Alles gethan, um den Nothstand zu bemänteln und zu vertuschen. Desto thätiger war und ist noch heute die Polizei in Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Ihre Methode ist eine recht einfache: sie beseitigt die — Arbeitslosen. Fast täglich werden Streifungen in allen firmeren Vierteln, in allen Gastlokalen, Branntweinschenken ꝛc. gemacht und wer da aufgegriffen wird, muß zunächst etwa 24 Stunden im Gefängnißhause zubringen, bis er nachgewiesen hat, daß er Arbeit habe oder in Wien heimathsberechtigt sei; wenn er nicht so glücklich ist, das zu können, wird er erbarmungslos als „Vagabund“ abgeschoben und darf in seiner sogenannten „Heimath“ weiter hungern.

Der Staat wie das Bürgerthum waren also blind und taub gegenüber diesen schauderhaften Thatsachen. Seit einiger Zeit änderte sich aber das Bild. Die Versammlungen der Arbeitslosen waren stets in größter Ordnung verlaufen und die Polizei fand kaum einen Vorwand, einzuschreiten. Aber die stetig anwachsende Betheiligung wurde ihr unheimlich und schon nach der letzten Versammlung im 4. Bezirk wurden die ruhig heimkehrenden Gruppen von der massenhaft aufgebotenen Polizei direkt attakirt und es hatte den Anschein, als ob man Krawalle provoziren wolle, was an der Besonnenheit der Arbeiter freilich kläglich scheiterte.

Am vorigen Montag nun fand eine Arbeitslosenversammlung statt, einberufen von Hanser und Heimann, den Redakteuren der „Volkspresse“, des „Armen Teufel“, welches letztere Blatt Hanser gründete, nachdem er wegen einiger sehr böser Unregelmäßigkeiten gezwungen war, die Redaktion der „Volkspresse“ niederzulegen. Diese Herren versuchten mit wenig Erfolg, die Heldenthaten der Berliner „Unabhängigen“ nachzuahmen. Ihr Feldzug gegen den „Parteidespotismus“ und den „Zentralismus“ in der Organisation der österreichischen Partei mußte um so lächerlicher ausfallen, da bei uns auch der bloße Schein davon fehlt, und unsere Organisation, durch das Vereinsgesetz behindert, eher eine viel zu lose zu nennen ist. Die Leutchen sammelten allerdings einige Malkontente um sich, führten aber ein recht isolirtes Dasein, das sie mit kräftigem Schimpfen auf die „disziplinirten Sozialdemokraten“ ausfüllten, sich nebenbei in die Löwenhaut eines furchtbar revolutionären „Radikalismus“ drapirend. Nun aber sind sie in die große Oeffentlichkeit getreten und zwar unter sehr merkwürdigen Umständen. Die von ihnen einberufene Versammlung machten sie dadurch zugkräftiger, daß sie verkünden ließen, es werde Brot vertheilt werden. Dadurch wurde die Betheiligung natürlich eine sehr starke. Die Versammlung wurde aufgelöst wegen der Bemerkung eines Redners, „man werde seiner Zeit auch die Abgeordneten lehren, was ihre Pflicht sei.“ Nun aber wurden Zettel vertheilt mit der Aufforderung, zum Rathhaus zu ziehen. (Die versprochene Brotsendung war nicht eingelangt). Etwa 500 Arbeitslose fanden auch trotz der Absperrung der Straßen durch die Polizei den Weg zum Rathhause, wo sie von den berittenen Wachtleuten in brutalster Weise auseinandergesprengt wurden. Hanser mit einigen Anderen wollte als Deputation zum Bürgermeister, wurde aber in das in lächerlichster Angst ringsum verschlossene Haus gar nicht eingelassen und sogar auf einige Stunden verhaftet.

Nun begann eine ganz sonderbare Aktion. Der Redaktion der „Volkspresse“ war es gelungen, von einigen Bäckermeistern größere Quantitäten Brot geschenkt zu erhalten, welche natürlich unter größtem Andrange vertheilt wurden. Die Herausgeberschaft der „Volkspresse“ konstituirte sich als „Arbeiter-Hilfskomitee“ und appellirte in einem sehr warm und rührend gehaltenen Aufruf an die Humanität und das Mitleid der Bürger Wiens. Unter dem Andrange von Tausenden fand die erste Brotvertheilung in den westlichen Vororten statt, die sich natürlich als gänzlich unzulänglich erwies. Hunderte mußten ohne Almosen abziehen.

Soweit konnte man mit der Aktion der Volksprehler noch einigermaßen einverstanden sein. Durch die Brotaustheilung war die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Noth gerichtet worden; die Zeitungen brachten spaltenlange Berichte von dem Elende, vor dem sie vorher die Augen geschlossen. So schmählich und unwürdig das Bild einer Menschenmenge ist, der man Brot schenkt, wie man den Sperlingen Futter streut in den öffentlichen Gärten — immerhin, die Erregung über die ungeheure Summe des Elends war ein Erfolg, den auch Sozialdemokraten nur wünschen können. Aber damit begnügte man sich nicht. Unter dem Vorsitze des bekannten Dr. Eldogen (Verfasser eines durch wohlgemeinte, aber konfuse, soziale Theorien ausgezeichneten Buches „Die Erlösung“) bildete sich nun ein „Kontrollkomitee“, in welchem aber nicht nur die „Radikalen“ von der „Volkspresse“, sondern auch Vertreter bürgerlicher Blätter, der Finanzwelt, sowie der liberalen Partei sitzen. Diese gemischte Gesellschaft erklärt natürlich wiederholt und ausdrücklich, daß es sich um Humanität mit Ausschluß jeder Politik handle. Gelegentlich aber entfuhr dem Hofrath Exner, einem bekannten Mitgliede der liberalen Partei, denn doch das Geständniß, daß die Wohlthätigkeitsaktion **„ein Akt der Selbsterhaltung der Bourgeoisie“** sei. So wird die Sache auch behandelt; der Bürgermeister erließ einen Aufruf an die Bevölkerung und die erste Spende waren 5000 Gulden vom Kaiser selbst, dann kamen Rothschild mit 15 000 Gulden und die ganze Liste der Bankiers und Großindustriellen folgte. Etwa 70 000 fl. sind bisher eingelangt und das Armendepartement der Gemeinde übernahm die Vertheilung. Hätten die Herrn von der „Volkspresse“ irgend eine Spur von wirklich revolutionärem Gefühl und von richtigem Takt, so hätten sie diese Gelegenheit benützen müssen, um aus der Sackgasse, in welche sie, vielleicht nur durch ihre Uebereilung, gerathen, herauszukommen. Sie konnten ruhig sich damit begnügen, das öffentliche Bewußtsein wachgerüttelt zu haben, die Beruhigung desselben durch die „Philanthropie und Humanität“ konnten sie der verehrlichen Bourgeoisie überlassen und sich in dem Momente zurückziehen, wo die offizielle Sammlung eingeleitet wurde. Das Gegentheil aber thaten sie; sie drängten sich förmlich dazu, noch weiter an der öffentlichen Bettelei sich zu betheiligen und setzten es glücklich durch, daß Leute, die sich Sozialdemokraten nennen, mit „humanen Aristokraten“ und „menschenfreundlichen Bürgern“ zusammen die Frage des Massenhungers durch eine Kollekte zu lösen suchen. Nun ist eine wahre Orgie der „Wohlthätigkeit“ entfesselt. Das „goldene Wiener Herz“ feiert Triumphe; es giebt keinen richtigen großen Ausbeuter, der nicht für einen Bettelpfennig sich den Ehrentitel des Menschenfreunds erkauft. Dabei werden von der servilen Presse die Spenden des Kaisers und einiger Erzherzoge zu den ekelhaftesten Schweifwedeleien vor der Dynastie benutzt und der Kaiser als der „Retter der Armen“ gepriesen. Nun der Karneval zu Ende ist, nehmen die Stelle der Ballberichte in den Blättern nunmehr Darstellungen der „Hilfsaktion“ ein, in welchen das Elend der Ausgebeuteten und die Herzensgüte der almosenspendenden Ausbeuter auf das rührendste dargestellt wird.

Und was kommt bei der ganzen Sache für die Arbeitslosen heraus? Es wird ihnen gestattet, sich in Schnee und Regen stundenlang zu drängen, um dann — wenn es langt — zu einem Stück trockenen Brotes zu kommen, wenn das Glück es will aus den Händen einer Aristokratie oder einer reichen Bürgersfrau ein paar Würste entgegen zu nehmen. Wir haben in Wien ca. 50 000 Arbeitslose, das sind mit ihren Familien mindestens 100 000 Hungrige. Gegen diese Summe von Elend gehalten, erscheint die ganze Hilfsaktion kläglich und kleinlich.

Wenn aber die Hungrigen nicht satt werden können von der Wohlthätigkeit, so ist sie um so profitabler für die „Wohlthäter.“ Das „gute Herz“ des Bürgerthums, des Adels und insbesondere des Kaiserhauses wird dem Volke leibhaftig vor die Augen gebracht und der müßte ein ganz schlechter, giftiger Kerl, ein boshafter, engherziger Menschenfeind, kurz — ein wirklicher Sozialdemokrat sein, der Angesichts dieses Stromes von Philanthropie und Wohlwollen aus seinem Herzen eine Mördergrube machen würde und nicht, eine Thräne der Rührung im Auge zerdrückend, die Güte der Besitzenden preisen würde.

Man muß sich wirklich schämen, daß Leute, die sich Sozialisten nennen, an einer solchen Aktion einen so hervorragenden Antheil nehmen. Natürlich ist die Reklame, welche bei dieser Gelegenheit die „Volkspresse“ und ihre Hintermänner für sich machen, eine ungeheure; aber kein zielbewußter Sozialdemokrat wird sie um diesen Lorbeer beneiden und die Leute, welche bisher nur in persönlichen und Organisationsfragen sich von der Masse der Partei getrennt, haben nun deutlich gezeigt, weß Geistes Kind sie in prinzipiellen Dingen sind. Es ist erfreulich konstatiren zu können, daß soviel wir erfahren konnten die Parteigenossen überall klarsehend genug sind um dieses Vorgehen einstimmig und kräftig zu verurtheilen. — —

Die Polizei fährt indessen mit den Abschiebungen ungestört fort und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sie auch die Betheiligung auf den Gemeindeämtern, wo Legitimirung nöthig ist, zur Eruirung von „Vagabunden“ benutzt. Sonst aber zeigen sich alle Behörden den Brotvertheilungen sehr hold, dafür werden nunmehr die Versammlungen von Arbeitslosen verboten. Der Hund kriegt einen Brocken, dafür soll er aber auch kuschen!!

Das Wohlwollen der Bourgeoispresse und Hochfinanz für die ganze Sache hat aber noch eine andere Quelle. Die Verkehrsbauten für Großwien (Stadtbahn, Wienregulirung ꝛc.) werden große und gute Geschäfte bringen; es wird Pfandbriefe zu emittiren geben und die Häuserspekulation bekommt gute Zeiten. Nur geht es nicht rasch genug weil — die Pläne nicht fertig sind und überdies Hindernisse von Seiten der slavischen Parteien und der Großgrundbesitzer zu überwinden sind, die den Anderen den fetten Bissen nicht recht gönnen oder wenigstens abgefunden werden wollen. Da ist es denn sehr angenehm, jene großen Bauten als „Nothstandsbauten“, als ein Werk zu Gunsten der Armen und Elenden hinstellen zu können und der ganze Brotvertheilungsrummel paßt den Leuten herrlich in den Kram. Zum Verständniß der Sache ist es nothwendig, das zu wissen.

Wenn die Wässer der Humanitätsduselei abgelaufen sein werden, wird als Rückstand bleiben die Einsicht, daß die heutige Gesellschaft absolut unfähig ist, ihren Mitgliedern auch nur das Existenzminimum von trockenem Brote zu leisten, mit anderen Worten, daß sie bankrott ist.

Theater.

Dienstag, den 8. März.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Uriel Acosta.
Deutsches Theater. Die Welt, in der man sich langweilt.
Lessing-Theater. Die Großstadtluft.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Residenz-Theater. Riquette (Ma Cousine).
Wallner-Theater. Yvette. Vorher: Ein berühmter Mitbürger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Hochzeit des Reservisten.
Belleallianee-Theater. Der Protzenbauer von Tegernsee.
Ostend-Theater. Muttersegen oder die neue Fanchon.
Adolph Ernst-Theater. Der Tanzteufel.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstrasse 77—79.
Heute, sowie täglich:

Gr. Freikonzert.

Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.
Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval. Diner à 1 Mark.**
3 Kegelbahnen, 6 Billards, 2 Säle. 1169L

Sowie täglich:

Gr. Bock-Ausschank

aus der Berliner Bock-Brauerei.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Interessanteste Völkerschaft Inner-Afrikas:

Schuli

d. Emin Pascha-Reich.

30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.

Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab

Passage-Panopticum.

Lebensgroße Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen. Sündfluth-Panorama mit Gewitter.
Im **Theater-Saal** (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
Entree 50 Pf.

Präuscher's anat. Museum.

Schluss unwiderruflich am 30. März.
Influenza und vieles andere **neu!**
Täglich für erwachsene Herren.
Damen-Tag jed. **Dienstag** und **Freitag.**

B. Riest's

Weberstr. 17. **Fest-Säle,** Weberstr. 17., sind noch frei am Sonntag d. 10. April (Palmsonnt.) u. 2 Sonnabenden. 1763b

---

!Auf!

sonniger Bergeshöhe gereiste

Apfelsinen

sehr süße, dünnschalige dunkele Früchte, schon à **Stück 3 Pfg.,** sowie hochf. **Messina-** u. **Messina-Pontac,** Jerusalemer ꝛc. ꝛc., enorm billig, auch Bitterorangen empfiehlt wie **alljährlich** die Apfelsinen-Spezialhandlung von 2098L

M. Wypler, Alte Jakobstr. 52, in der Ecke (Laden), zwischen Stallschreiber- und Sebastianstraße.
Pferdebahnverbindung viel. Richtungen.
!! Bitte Adresse aufbewahren !!

Kanarienhähne, Hohl-, Klingel-Knorr-, Roller Stamm, W. Trute Weibch. à 2,50 M. **Bütow,** Meyerstraße 34, 1 Tr. 1804b

---

12 Bände Meyer's Lexikon, 4. Aufl., billig z. verk. bei **Reis,** Grünauerstr. 10.

Circus Renz.

Karlstraße.

Dienstag, den 8. März 1892, Abends 7¼ Uhr: ☞ **„Auf Helgoland"** ☜ oder: **Ebbe und Fluth.** Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor **E. Renz.** National-Tänze (65 Damen) ꝛc. Einlage: **Tscherkessen.** Dampfschiff- u. Bootfahrten; neue überraschende Licht- und Feuereffekte. **80 Fuss hohe Riesenfontaine.** Außerdem: Auftreten der **Gebr. Rasso.** Zum 1. Male in Berlin. ☞ 1. Heben eines Orchesters von 12 Mann. ☜ 2. Trägt **Ferdinand Rasso** ein **Klavier sammt Pianist, Flötist u. Violinist, welche schwebend eine Konzertpièce vortragen. Ball- u. Konzert-Hippique,** dargest. v. **8 Schimmelhengsten,** dress. u. vorgef. v. Herrn **Franz Renz. Solon,** ger. v. d. beliebten Schulreiterin Frl. **Clotilde Hager.** Auftreten des Schulreiters **Mr. Gaberel** mit d. Schulpferde **Emperor. Jeu de barre,** geritten von **3 Damen. Sisters Lawrence am fl. Trapez.** Auftreten der Reitkünstlerin **Miss Edith,** sowie des Saltomortalreiters **Mr. Alex. Briatore u. A. Dolbosq.** Komische **Entree's und Intermezzo's von sämmtl. Clowns.**

Täglich: **Auf Helgoland.**

E. Renz, Direktor.

Donnerstag, den 24. März:
Abschieds-Vorstellung.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.

Heute Abend 7½ Uhr: Gr. brillante Vorstellung mit vorzüglich gewähltem, aus den besten Repertoire-Nummern bestehendem Programm. Auftreten des anerkannt besten Schulreiters der Gegenwart

Mr. James Fillis

mit seinem Schulpferde **„Markir".** In dieser Vollkommenheit in Berlin noch nie gesehen. Zum Schluß der Vorstellung, neu einstudirt:

„Eine Nacht in Venedig."

Gr. kom. Original-Wasserpantomime.

Morgen große Vorstellung mit neuem Programm. Auftreten des Mr. James Fillis. „Eine Nacht in Venedig."

Donnerstag, den 10. März: **Grosse Gala-Benefizvorstellung** für die beliebte **Schulreiterin Frl. Adele Schumann.**

Sonntag, den 13. März: Zwei Vorstellungen. Zum letzten Male: Circus unter Wasser. „Eine Nacht in Venedig."

KRONENGARN.

Unserm Genossen und Sangesbruder **Johannes Hupka** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein schmetterndes Hoch! Die alten Freunde.
Am Sonntag bei Kr..... 1779L

Unserm ehemaligen Kollegen, jetzigen Cigarrenhändler **M. Boß,** Köpnickerstraße 39a, zu seinem Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.
1780b **Mehrere Typengreifer.**

Danksagung.

Allen lieben Verwandten, Freunden, Bekannten, Kollegen und Genossen meines mir unvergeßlichen Gatten

Carl Zechlin,

sowie insbesondere den verehrlichen Vorständen und Mitgliedern der Vereine und Klubs, welche in so überreichem Maße durch Kranzspenden und imposante persönliche Betheiligung bei dem Leichenbegängnisse ihre aufrichtige Theilnahme äußerten, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. 1781b

Berlin, den 6. März 1891.
Die trauernde Wittwe u. Mutter.

Verlag von Rob. Lutz,
Stuttgart.
Soeben erschien in 4. Auflage:
mit dem Erlaß des Prinzen Georg,

Ein Aufschrei misshandelter Soldaten.

Von **E. Miller,** früher **Hauptmann z. D.**
Preis **60** Pf. 2097L
In jed. Buchhandlung vorräthig.

☞ **Novität!** ☜
Scholl. Ein Kaiser im Kampf mit seiner Zeit.
— Preis 50 Pf. —
Zu haben bei **Louis Abel,** Berlin S., Sebastianstr. 29. 1785b

---

Soeben erschien in zweiter Auflage (11. bis 20. Tausend):

Der Sozialismus als Feind der Religion und die Volksschule.

Ein Wort zur Klärung von A. B.
Preis 20 Pf. [1786b
Wiederverkäufern Rabatt.
Verlag von **O. Harnisch,** Yorkstr. 43.

Gedächtnissfeier für Carl Marx

am Sonntag, den 13. März,
in den Gesammträumen des „Feen-Palastes" (Burgstr.)
Gedächtnißrede
gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht.**

Vokal- und Instrumental-Konzert,

Lebende Bilder, Prolog.

☞ **Anfang Punkt 5 Uhr.** ☜

Billets à 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Restaurants und Handlungen zu haben.

Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend
am Donnerstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Grochel, Sebastianstrasse No. 39.

Tagesordnung:
1. Die Bedeutung und Ziele der Gewerkschafts-Bewegung und die Sozialdemokratie. Referent Baumeister **Keßler.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.
427/14 **Der Vorstand.**

Achtung! Knopfarbeiter! Achtung!

Morgen, Mittwoch, den 9. März, Abends 8½ Uhr:

Große öffentliche Versammlung

sämmtl. Knopfarbeiter Berlins und Umgegend
in Buß' Salon, Große Frankfurterstraße 85.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn **Wilh. Schmidt** über: „Nutzen und Nothwendigkeit der Gewerkschafts-Organisation." 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zum Gewerkschaftskongreß? 4. Bericht des Delegirten der Streik-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Berliner Knopfarbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste willkommen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. 191/17 **Der Einberufer.**

Verein der Plätterinnen

und verw. Berufsgenossen Berlins.

Außerordentliche General-Versammlung

Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79.

Tages-Ordnung:
1. Der 1. Mai und seine Bedeutung. Referent: Herr **Bruhns.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Hinsicht der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder aufgefordert, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gleichzeitig macht der Vorstand auf den Punkt Verschiedenes aufmerksam, da unter diesem Punkt sehr wichtige Vereinsangelegenheiten erörtert werden sollen.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.
250/2 **Der Vorstand.**

Sozialdemokr. Partei-Versammlung

für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr,
in Lehmann's Salon, Kreuzbergstraße 48.
(Früheres „Thürmchen".)

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Bruno Schönlank.** 2. Diskussion. 3. Die Maifeier, resp. Wahl einer Kommission zur Arrangirung desselben. 4. Wahl einer Kommission zur Untersuchung eines Streitfalles.
Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet
450/4 **Der Vertrauensmann.**

---

5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Große öffentliche

Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 9. März, Abends 8½ Uhr, im Saale „Altes Schützenhaus", Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:
1. **Die nationale und internationale Bedeutung der Maifeier.** Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Kunert.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Lokal-Festkomitees.
332/13 **Der Vertrauensmann.**

☞ Versammlung ☜

der Freien Vereinigung der Lohgerber und Lederzurichter Berlins
am Donnerstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu dem Beschluß der öffentlichen Versammlung der Lohgerber und Lederzurichter Berlins vom 21. Februar. 2. Abrechnung vom Maskenball. 3. Geschäftliches. **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

sämmtl. Hausdiener und Berufsgenossen
am Dienstag, den 8. März, Abends 9 Uhr,
im grossen Saal des Herrn Joël, Andreasstrasse 21.

Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlungen im Rothen Hause betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Referent Reichstagsabg. **Paul Singer.** 2. Diskussion.
1789b **Der Vertrauensmann.**

Versammlung der Maler (Filiale 5 Nord).

am Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, Brunnenstr. 38.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „Gewerbe-Schiedsgerichte." Referent Stadtv. **Gundt.** 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten und Schriftführers. 3. Verschiedenes.
1782b **Der Bevollmächtigte.**

☞ Für Redaktionen. ☜ 1776b

Junger Parteigenosse, Kaufmann, gute Vorbildung, lange erfolgreich für die Parteipresse thätig, schneidiger Leitartikler, tüchtiger Redner, sucht gestützt auf beste Empfehlungen, Stellung bei einem Parteiblatt. Ansprüche bescheiden. Offerten unter **K. Rh.** nimmt die Exped. dieses Blattes entgegen.

Große öffentliche Versammlung

der

Photographiegehilfen

am Mittwoch, den 9. März,
Abends ½9 Uhr,
bei **Lammers,** Kommandantenstr. 72.
Vortrag des Herrn Sillier: Das Verhältniß zwischen Chefs und Gehilfen.
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. **Der Einberufer.**

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen)
mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstraße 43. Preiskourante gratis und franko. ☞ **Viele Anerkennungsschreiben.** 2053L

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltig sortirtes Lager in

Zigarren, Zigaretten u. Tabaken

Bitte, bei Bedarf mich gütigst zu unterstützen. 1623L

Fritz Berndt, Neue Schönhauserstr. 81

Staare 2 M., Lerchen 1,50 M., Kanarienhähne 5 M., Weibchen 1,50 M. Heckbauer 2,50 M. reelle Männchen.
20712 **Schnelle,** Skalitzerstr. 132.

☞ **Das grösste Brot** ☜
für 50 Pf. liefert 2095L

Albrecht's Bäckerei,

Wrangelstr. 8 und Langestr. 26.

☞ **Das weltbekannte** ☜

Bettfedernfabrik-

Lager von **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 43, versendet gegen Nachn. (nicht unter **10 M.**) **garantirt neue vorzüglich füllende Bettfedern,** Pfund 55 Pf., **Halbdaunen,** das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdaunen, das Pfd. 1,75 M., **vorzügliche Daunen,** das Pfd. 2,75 M.
Von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum grössten Oberbett. 2054L
Verpackung wird nicht berechnet.

Schlosserwerkstatt wegen Todesfall sofort billig zu verkaufen bei **A. Zeidler,** Gerichtstraße 22. 1788b

---

Kanarienhähne von 4,50 an, Weibchen 1,50, Lerchen 1,50. Tauben- und Thierhandlung, Berlin, Stralauerpl. 21. Gekauft wird Alles, auch Tausch. [1790b

---

Ostfries. Kalbfleisch 9 Pfd. **franko** Nachnahme 3 bis 4 M. 1778b
Jacob Michel de Beer, Emden.

Bettfedern

vollständig staubfrei, mit **vorzüglicher** Füllkraft, à Pfd. 50 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten.
Daunen von 2 bis 5 Mark.
Komplette Betten in großer Auswahl enorm billig. [2099L
H. Lehmann,
Köpnickerstraße 25a.

Kanarienhähne verkauft **Lecher,** Reichenbergerstr. 163, v. IV. [1792b

---

Brockhaus oder Meyers Lexikon kauft **A. Sauer,**
494M Rüdersdorferstr. 36.

Alte **Hobelbank** zu kaufen gesucht Schlesischestr. 37 bei Ulrich. 495M

Betten — Theilzahlung. **F. R. Rotzlaff** Bettfedern-Spezialgeschäft. Brückenstr. 5 (Jannowitzbrücke). [2052L

Ein älteres Grünkramgeschäft mit Rolle billig z. verk. Stromstr. 35. 1698b

---

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntag.

Kleine Wohnung, Stube, Küche, Umzug halb. bill. z. v. Emdenerstr. 48 v. III.

Zum 1. April verzugshalber Stube, Küche und Zubehör (76 Thlr.) z. verm. Köpnickerstr. 163 bei Schenetzky. [1787b

---

Zwei kl. Wohnungen, 95 u. 80 Thlr., zu verm. bei **Ziemer,** Cuvrystraße 17.

Billige freundliche Wohnungen von Stube und Küche Warschauerstraße 5 (Haltestelle der Stadtbahn) zu vermiethen. 1686b

---

Rixdorf, Berlinerstr. 69, billige Wohnungen, Stube, Küche, Korridor 180—220 M., 2 Stuben, Küche, Korr. Balkon 310—400 M., desgl. Schmiede und Stellmacherei. 1430b

---

Junger, tücht. Parteigenosse, der schon längere Zeit in Redaktion und Expedition eines täglich erscheinenden Blattes thätig war, sucht Stelle an einem Parteiblatt. Näheres unter **W. W.** in der Exp. d. Bl. 2086L

Ein Junge von 12 Jahren, zu leichter Arbeit, f. **Max Nagel,** Kommandantenstraße 55. 1777b

---

Verantwortlicher Redakteur: **August Enders** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu zwei Beilagen.**

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 57. Dienstag, den 8. März 1892. 9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Maltzahn, v. Marschall, Direktor im Kolonialamte Dr. Kayser und andere Kommissarien.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die Etatsberathung wird bei den Einnahmen und Ausgaben für die Schutzgebiete fortgesetzt.

Der Etat für Kamerun schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 566 000 M. ab. Die Kommission hat den Etat unverändert bewilligt.

Die Besoldungen der Beamten in Kamerun betragen 57 250 M., welche auf dem außerordentlichen Etat des Auswärtigen Amtes stehen. Die Summe wird ohne Diskussion bewilligt.

Abg. **Richter** (dfr.) erklärt, daß die freisinnige Partei ihre in der Kommission abgelehnten Anträge auf Absetzung verschiedener Posten wegen der Aussichtslosigkeit dieser Anträge im Plenum nicht wiederholen werde.

Die Einnahmen aus Zöllen, Abgaben und Gebühren in Höhe von 534 000 M. werden darauf genehmigt.

Als Zuschuß aus Reichsfonds zu den Betriebskosten einer Expedition in das Hinterland sind 20 000 M. gefordert. Die Position wird ohne Debatte genehmigt, ebenso die ordentlichen Ausgaben und das Extraordinarium. Als Reservefonds zu unvorhergesehenen Ausgaben sind 42 750 M. ausgeworfen.

Die Besoldungen der Beamten für das Schutzgebiet von Togo belaufen sich auf 29 500 M. Der Titel wird bewilligt. Der Etat für Togo balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 116 000 M. An Einnahmen sind eingestellt an Zöllen, Abgaben und Gebühren 112 000 M., verschiedene Verwaltungseinnahmen 4000 M.; die ordentlichen Ausgaben betragen 97 500 M., die einmaligen (zur Ausführung öffentlicher Arbeiten) 16 000 M., der Reservefonds zu unvorhergesehenen Ausgaben 2500 M. Der Etat wird bewilligt.

Für das südwestafrikanische Schutzgebiet betragen die Besoldungen der Beamten 29 500 M. Die Summe wird bewilligt.

Der Etat für dieses Schutzgebiet balancirt mit 297 000 M. in Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 4700 M. an Abgaben, Gebühren und verschiedenen Verwaltungseinnahmen und 292 300 M. Reichszuschuß.

Referent Abg. Prinz **Arenberg** berichtet, daß in der Kommission von einer Seite bei der Werthlosigkeit des Lüderitzlandes darauf gedrungen worden sei, daß man endlich dieses Gebiet derelinquire. Nachdem die Bildung einer Gesellschaft zur Nutzbarmachung der angeblichen Mineralschätze des Landes nicht zu Stande gekommen sei, habe es keinen Werth mehr, unter Aufwendung so beträchtlicher Reichsmittel diese Sandbüchse noch zu halten. Die Kommission hat in ihrer Mehrheit diesen Standpunkt nicht getheilt. Das Deutsche Reich könne doch den Kolonialbesitz von Südwestafrika nicht blos vom rein kaufmännischen Standpunkt aus ansehen. Der Bericht des Kommissars Herrn von François mache von der Gründung einiger neuer Gesellschaften Mittheilung; man habe hiernach wohl das Recht, weiter eine abwartende Stellung einzunehmen.

Abg. **Bamberger** (dfr.): Die allgemeine Geschäftslage und die politische Lage des Reichs ermuthigen nicht zu einer Kolonialdebatte im großen Stil. Aus allen Parteien konnte man vorgestern derartige Ansichten vernehmen. Auch heute wird es ersprießlich sein, sich eng an die Sache zu halten. Ich beantrage, für Südwestafrika alles zu streichen und diese sogenannte Kolonie fahren zu lassen. Es war die erste, die schlechteste und die hoffnungsloseste aller Kolonien, die uns bis jetzt näher getreten sind. Es ist im letzten Jahre ein neues Faktum eingetreten, dessen der Referent schon gedachte. Bisher wurden wir immer darauf vertröstet, daß große Dinge, die im Werke seien, endlich Gestaltung gewinnen würden. Es sollte eine neue Gesellschaft, vorwiegend mit englischem Gelde, geschaffen werden, welche der südwestafrikanischen Kompagnie einen Theil ihrer Berechtigungen abkaufen sollte. Die ersten Anerbietungen dieser ursprünglich englischen Gesellschaft wurden vom Reichskanzler aus nationalen Gründen zurückgewiesen. Es sollte nun die Gesellschaft als eine deutsche, aber nach wie vor mit beträchtlicher Betheiligung des englischen Kapitals, ins Leben gerufen werden. Ein Reugeld von 200 000 M. war ausgemacht, wenn das Geschäft nicht zustande kommen sollte. Am 18. Februar d. J. aber erklärte die neue hamburgisch-englische Gesellschaft, sie stände von der Kontrahirung des Geschäfts ab und ließe lieber die 200 000 M. im Stich. Dieser Vorgang beweist doch deutlich, daß mit Südwest-Afrika nichts anzufangen ist. Das Zurücktreten von dem Vertrage ist von interessirter Seite auf die Eifersucht der Engländer zurückgeführt worden, die sich selbst auf Umwegen den maßgebenden Einfluß sichern wollten; man hat dem hauptbetheiligten englischen Gesellschafter einen solchen Ausspruch direkt in den Mund gelegt. Dieser läßt aber jetzt erklären, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist, daß die Engländer sich aber überzeugt hätten, daß in Südwest-Afrika absolut nichts zu holen sei, und daß bei so zweifelhaften Erfolgen es nicht rathsam erscheine, größere Kapitalien an die Sache zu wagen. Der Opposition im Reichstag kann man, wenn etwas an dem politischen Hintergrunde wäre, den man der Angelegenheit zu geben versucht hat, einen Vorwurf nicht machen; höchstens dem Reichskanzler und dem Abg. Hammacher, die in ihren vorjährigen Reden die politische Seite der Sache betont haben. Im vorigen Jahre verlangte der Reichskanzler ein Jahr Zeit für die Entwicklung von Südwest-Afrika. Wo sind nun die Ergebnisse, die neuen Aufschlüsse? In der Kommission haben wir nur die alten Erklärungen wieder zu hören bekommen. Der Fall ist eingetreten, wo die Regierung selbst uns neue Entschließungen vorlegen mußte; sie darf sich nicht, wie man in Oesterreich sagt, weiter fortfretten. Offenbar ist in der Zeit der wildesten Spekulation in England, als man von allen Seiten die Entdeckung neuer Goldminen lancirte, jenes englische Projekt akzeptirt worden; inzwischen ist die Ernüchterung eingetreten, die Spekulation hat das Vertrauen zu den dortigen werthvollen Entdeckungen verloren und schließlich hat man es vorgezogen, die 200 000 M. fahren zu lassen. Nun frage ich: Wo sind die neuen Thaten und Entschließungen der Regierung diesem neuen Faktum gegenüber? Sollen wir ein Territorium für 300 000 M. jährlicher Opfer aus deutschen Steuern lediglich in der Hoffnung behalten, weil in Zukunft einmal irgend etwas, was Niemand weiß, dabei herauskommen könnte? Das halten wir für völlig unverantwortlich und lehnen die ganze Reichssubvention ab! (Beifall links.)

Geheimer Rath **Kayser**: Nach dem Vorschlage des Abg. Bamberger würden wir schließlich dazu schreiten müssen, die Kolonie zu verkaufen; ob wir dann aber nach der unerfreulichen Schilderung, die er von ihr gegeben hat, einen annehmbaren Preis erzielen würden, lasse ich dahingestellt. (Heiterkeit.) Herr Bamberger hat bei seiner Betrachtung des Landes eine Lampe mit einem besonders dicken grünen Schirm vor sich gehabt. Das Klima von Südwest-Afrika ist ausgezeichnet, Deutsche können dort ohne Gefahr leben. Der Mineralreichthum des Landes steht außer Frage. Wenn auch die Versuche deutscher Unternehmer, welche auf die Gewinnung von Bergwerksschätzen gerichtet waren, mißglückt sind, so berechtigt das nicht zu einem allgemein abfälligen Urtheil. Natürlich beobachtete das deutsche Kapital eine reservirte Stellung und man sah sich nach ausländischem Kapital um. Das gemischte Konsortium hat die 200 000 Mark verfallen lassen, die Gesellschaft ist gescheitert, aber nicht, weil das Schutzgebiet für werthlos von ihr gehalten wurde, sondern aus finanziellen und politischen Gründen. (Heiterkeit links.) In den Zeitungen hat ja der betr. Herr abgestritten, was ihm nachgesagt wurde; ich halte aber alles aufrecht, was ich darüber in der Kommission gesagt habe. Die Gesellschaft scheiterte an den ungünstigen Finanzverhältnissen des letzten Jahres, hauptsächlich aber an den Machenschaften dieses Herrn, der sich mit den Ansprüchen des Robert Lewis identifizirt. Die betr. Ausländer haben auch ganz neuerdings eine neue Offerte gemacht unter andern Bedingungen und sind bereit, wenn diese neuen Bedingungen akzeptirt werden, sofort 2 Mill. Mark zu geben. Von der Werthlosigkeit des Schutzgebiets wird darnach wohl nicht mehr zu reden sein. Der landwirthschaftliche Werth des Terrains wird vielfach ganz übersehen; nach neueren Berichten von zuverlässigen Reisenden ist der Werth desselben für die Viehzucht unbestreitbar; sowohl dem Wassermangel wie dem Mangel an Viehstand lasse sich abhelfen. Herr von François äußert sich in demselben Sinne und befürwortet die Beförderung der Ansiedelung von Boeren-Familien. Die Anlage der landwirthschaftlichen Versuchsstation, für welche wir in diesem Jahre die Restforderung von 25 000 M. in den Etat eingestellt haben, schreitet in erfreulicher Weise fort; das Herrmann'sche Unternehmen verspricht ebenfalls guten Fortgang und gedeiht durchaus, namentlich was die Akklimatisation von Angoraziegen und Wollschafen betrifft. Gesuche von Boeren-Familien um Zulassung zur Ansiedlung im Gebiet liegen zu Hunderten vor. Für die Sicherheit von Leben und Eigenthum bestehen ja freilich in einem Theile des Gebietes nur ungenügende Vorkehrungen; die Räubereien des Hendrik Witboy dauerten bis vor Kurzem, wenn auch in vermindertem Maßstabe, fort. Es ist aber Vorsorge getroffen, auf diesem Gebiete befriegende Zustände zu schaffen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, Südwest-Afrika zu behalten! (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Hammacher** (nationalliberal): Die südwest-afrikanische Gesellschaft ist eine Privatgesellschaft; das Schutzgebiet im ganzen ist vielfach größer als der ihr gehörige Theil. Die Einwirkung des politischen Moments und des Herrn Carrey ist bei dem Scheitern der Verhandlungen viel größer gewesen, als Herr Bamberger zulassen will. Daß die deutschen Mitglieder des Konsortiums die Sache ernst nahmen, beweist doch allein der Name Woermann. Das Nichtzustandekommen des Vertrages berechtigt durchaus nicht zu der Meinung, daß Lüderitzland plötzlich werthlos geworden sei. Schon vor 1884 hatte Jahrzehnte lang ein Bergbau auf Kupfererze dort stattgefunden. Zahlreiche Minen waren in einem allerdings kümmerlichen Betriebe, der aber den lokalen Zwecken genügte. Da nun die Aufmerksamkeit allein auf diese Seite gerichtet war und sich unbefriedigende Resultate ergaben, hat man nach langer Unthätigkeit endlich die landwirthschaftlichen Verhältnisse dieses 1½ Mal den Flächenraum Deutschlands umfassenden Gebiets näher geprüft und kommt zu der Erkenntniß, daß es die Mühe lohnen wird, dasselbe zu kultiviren. Für die Ersprießlichkeit dieser Versuche sprechen die Berichte des Dr. Schinz, sowie des Reichskommissars und des Herrn v. Uechtritz, der im Auftrage der Kolonialgesellschaft das ganze Gebiet bereist hat. Wir würden ein Unrecht begehen, wenn wir der Regierung die Mittel zur Festhaltung von Südwestafrika nicht bewilligten.

Abg. Graf **Arnim** (Reichsp.): Herr Carrey thut seit Jahren nichts anderes als daß er dem deutschen Besitz an der Südwest-Küste Afrikas Schwierigkeiten bereitet; er erklärt, die Kolonie sei werthlos und Herr Bamberger erklärt dasselbe; beide Erklärungen können nur die Wirkung haben, die Kolonie mühelos in die Hände der Engländer zu bringen. Man erregt lieber Unruhe und Mißtrauen, als daß man ein gewisses Vertrauen in die Zukunft unserer Kolonien sich festsetzen läßt; das ist ein ganz unnationales Beginnen. Nach oberflächlicher Schätzung existiren ja in dem Gebiete mindestens 3 Millionen Schafe; die Möglichkeit einer Viehzucht in großem Stil ist also unbedingt gegeben. Mit Herrn Witboy wird einmal ein sehr ernstes Wort gesprochen werden müssen; dazu bedarf es einer Vorlage, welche die Regierung in den Stand setzt, den unwürdigen Zuständen, welche die Räubereier und Ueberfälle des Herrn Witboy herbeiführen, ein Ende zu machen. Hauptsächlich wird es sich also um eine Verstärkung der Schutztruppe bezw. um eine Expedition gegen Witboy handeln.

Staatssekretär **v. Marschall**: Die Regierung ist fest entschlossen, die Schutzherrschaft über Südwest-Afrika aufrecht zu erhalten. (Bravo rechts.) Dieser Entschluß ist die Voraussetzung einer Kolonialpolitik, welche auf die wirthschaftliche Nutzbarmachung dieser Gebiete, auf die Verwerthung des deutschen Kapitals in den Kolonien gerichtet ist. Dazu bedarf es einer stetigen, unverdrossenen Arbeit, gleich entfernt von Kleinmuth, wie von übertriebenen Illusionen. Ueber den Werth oder Unwerth von Südwestafrika lasse ich mich in keine Debatte ein mit einem solchen unbeugsamen Gegner, wie Herr Bamberger ist, mit dem eine Verständigung einfach unmöglich erscheint. Wir müssen auch den Anschein vermeiden, als ob wir irgend etwas von unseren Kolonien gutwillig fahren lassen würden. Welchen Eindruck soll es in der ganzen Welt machen, wenn wir angesichts einer so minimalen Leistung von 298 000 M. erklären wollten, wir seien jetzt mit unserer Kraft zu Ende? Das würde überall das Vertrauen in die Stabilität unserer Kolonialpolitik erschüttern.

Abg. **Richter** (dfr.): Je schlechter eine Sache ist, desto stolzere Worte werden zu ihrer Vertheidigung gebraucht. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Für Lüderitzland war Herr Hammacher 1884 geradezu begeistert, während ich schon damals diese Gegend als ein elendes Sandloch bezeichnete. Diese Ansicht hat sich von Jahr zu Jahr mehr bestätigt. Selbst Hammacher hat in der Budgetkommission erklärt, nicht eine Mark sei die bergmännische Aussicht von Südwestafrika werth. (Zwischenruf.) Warum sollen wir dann die Steuerzahler dafür heranziehen? Herr Hammacher weiß sonst, wo etwas in bergmännischen Sachen zu holen ist; hier giebt er nichts dafür. Da es mit den Bergwerken nichts war, spricht man von der Güte des Klimas; wunderbar, daß man nicht den Vorschlag macht, Luftkurorte dort zu errichten. Das neueste ist nun die Viehzucht. Aber in der Kommission ist uns schon gesagt worden, die Viehzucht lohne sich überhaupt nicht. Die künstliche Beseitigung des Wassermangels ist gewiß möglich, fragt sich nur, was es kostet. Die aufgehende Sonne für die Gegend ist die Schafzucht. Gesetzt, es brächte die Wollzucht Erfolge wie in Capland; die Folge wäre eine Konkurrenz, ein Preisdruck der importirten und damit auch der inländischen Wolle, das Gegentheil von dem, was die Rechte will, nämlich von dem Schutzzoll der einheimischen Wolle. Da beißt sich Ihre ganze Wirthschaftspolitik wieder einmal in den Schwanz. Die Siedelungsgesellschaft, welche sich gebildet hat, lehnt es ab, aus der Heimath Deutsche dorthin reisen zu lassen, sie hält es nur für möglich, Deutsche dort anzusiedeln, welche schon im Caplande gewesen sind. Die Leute der Zukunft sollen die Boeren sein; der Direktor beruft sich dabei auf die Berichte des Herrn von François. Aber die Unsicherheit des Landes ist so groß, daß es selbst die Boeren dort nicht aushalten. Auch hier muß überdies die Aufhebung der Sklaverei herhalten, die in Südwest-Afrika gar nicht in Frage steht; die Missionen aber haben schon früher bestanden und bestehen noch jetzt und würden vielleicht noch mehr prosperiren, wenn sich keine europäische Nation hineingemischt hätte. Witboi hält es notorisch für seine göttliche Mission, Vieh zu stehlen; das ist einmal sein Kurs, das ist ihm von oben, von Gottes Gnaden vorgeschrieben worden. (Heiterkeit.) „Gott sei Dank“ sagte der Kommissar in der Kommission, daß er nur das Vieh der Eingeborenen, nicht der Weißen stiehlt. (Heiterkeit.) Das ist aber nicht zutreffend, denn ein sehr bald nach dieser Aeußerung erschienener Bericht in der Kreuz-Zeitung bezeugt, daß auch das Vieh der Schutztruppe gestohlen worden ist. Die 50 Mann der Schutztruppe kosten uns 200 000 M. Wie groß soll wohl eine Schutztruppe sein und was würde sie kosten, die dieses Land, 1½ mal so groß wie Deutschland, schützen soll? 310 Deutsche leben da, sie könnten für die 200 000 M. allesammt nach Deutschland übergeführt und hier sehr anständig unterhalten werden. Statt dessen empfiehlt Graf Arnim noch eine Erhöhung des Zuschusses. Im vorigen Jahre hieß es, wir müssen da bleiben, weil die Engländer da sind; heute sollen wir dableiben müssen, weil die Engländer nicht mehr da sind. Die Berufung auf Reisende und Bücher kann uns nicht imponiren, vielmehr hätte Herr Hammacher und Herr Graf Arnim Eindruck auf uns gemacht, wenn sie erklärt hätten, jeder 300 000 oder 500 000 aus ihrer Tasche an die Sache zu wagen. (Heiterkeit.) Aber je größer der Enthusiasmus, desto zugeknöpfter die Tasche. Für England kann Südwest-Afrika immerhin einen gewissen negativen Vortheil haben. Der deutsche Unternehmungsgeist hat doch nicht auf die deutsche Kolonialpolitik gewartet, um sich in fremden Meeren niederzulassen. Man will dem deutschen Volke seine Schulden erhalten, so wird feierlich erklärt; denn etwas anderes bedeutet es nicht, wenn man uns versichert, Südwest-Afrika solle Deutschland erhalten bleiben. Was der Staatssekretär zuletzt erklärte, ist die Politik des reinen Eigensinns, so „mit dem Kopf durch die Wand“. Wir haben auch eine falsche Samoapolitik aufgegeben, wir haben die Karolinen aufgegeben und nirgends hat das unserm Ansehen geschadet. Gerade im Interesse des Ansehens von Deutschland müssen wir uns sobald wie möglich von dieser Kolonie lossagen!

Abg. **Bamberger**: Für jetzt steht fest, daß alle Prophezeiungen der letzten 6 Jahre bezüglich der Kolonie nicht eingetroffen sind. In dem dicken Buche von Schinz befindet sich nur eine Stelle, die günstig gedeutet werden kann; sonst enthält dasselbe nichts für die gute Meinung der Freunde dieses Kolonialbesitzes. Wäre die Sache etwas werth, das deutsche Kapital wäre längst herangegangen. Aber große Unternehmungen aufbauen auf Berichte, die irgend ein Reisender schreibt, das ist nicht die Art, wie man Geschäfte macht; diese Art Kapitalisten sind Verschwender! Die 300 000 M., die wir hier bewilligen sollen, sind keine Bagatelle; wir geben sie jährlich und zwar schon seit sechs Jahren. Alle diese großen Worte sind sehr billig; die armen Leute aber, die man mit diesen Worten dort hingelockt hat, haben nachher die Zeche zu bezahlen. Der Reichskanzler hat im vorigen Jahr von uns ein Jahr Zeit verlangt, dann würden die neuen Vorschläge gemacht werden. Heute ist der Reichskanzler überhaupt nicht hier; als ich vorgestern sprach, soll er einen Baum gezeichnet haben, den die Journalisten, die es von ihrer Tribüne gesehen haben, nicht genau zu klassifiziren wußten. Ich weiß es besser: Es war der Baum der Erkenntniß (Stürmische Heiterkeit), daß wir mit unseren Ausführungen recht hätten.

Abg. **Hammacher**: Wenn alle Deutschen so dächten, wie Herr Bamberger, würden wir nicht zu Kolonien und die Reichspolitik nicht zu ihrem großen Schwunge gekommen sein. (Unruhe links.) Glücklicherweise giebt es zwischen dem überschwenglichen Enthusiasmus und der gänzlichen Vereinigung noch eine breite Mittelstraße, die wir zu wandeln empfehlen. Die Insinuation des Hrn. Richter wegen meiner persönlichen Betheiligung an den kolonialen Unternehmungen muß ich entschieden zurückweisen; solche Ausführungen gehören wohl in eine Wählerversammlung, aber nicht in den Reichstag.

Abg. Graf **Arnim**: Herrn Richter kann ich über Schafzucht hier nicht belehren, dann sind wir hier kein landwirthschaftlicher Verein. Wie soll ich es den Herren Recht machen? Gebe ich Geld für die kolonialen Unternehmungen, dann wirft man mir Interessenpolitik vor; gebe ich keins, dann bin ich ein Knauser. (Widerspruch links.) Herr Bamberger erklärte, er halte es nicht der Mühe werth, meinetwegen zur Ordnung gerufen zu werden. Ich antworte darauf hier nicht, vielleicht werde ich außerhalb des Parlaments mit ihm sprechen. Er will mir dadurch seine geringe Achtung bezeugen. Der Mann, der vor 7 Jahren seine politische Ueberzeugung ebenso ins Korn warf wie jetzt die Kolonien, sollte doch etwas vorsichtiger mit solchen Aeußerungen sein.

Staatssekretär **von Marschall**: Meine heutigen Aeußerungen stehen nicht im Widerspruch mit dem, was der Reichskanzler voriges Jahr erklärt hat. Der Zustand ist nicht haltbar, deshalb schlagen wir Ihnen ja eben vor, Sie möchten uns wiederum die Summen bewilligen und die neuen Gesichtspunkte wegen der Nutzbarmachung haben Sie auch gehört. Wer größere Worte gemacht hat, ich oder Herr Richter, überlasse ich der Beurtheilung des Hauses. Wenn man hier nicht müde wird, unsere deutschen Kolonien zu diskreditiren, kann ich die Vorwürfe, die mir wegen meiner Vertheidigung gemacht werden, ruhig ertragen.

Abg. **Richter**: An eine unredliche Art, wie der Abg. Hammacher den Bergbau für sich nutzbar gemacht hat, habe ich nicht entfernt gedacht. Es steht doch fest, daß Sie in Ihre Gesellschaft kein neues Kapital stecken, sondern es bei den 100 000 M. bewenden lassen. Das Deutsche Reich hat wirklich bei seiner Gründung nichts mit Kolonialpolitik zu thun gehabt; nicht einmal Fürst Bismarck dachte damals daran. Die Begeisterung dafür stammt aus einer viel späteren Zeit. Herr Hammacher sollte sich doch daran erinnern, wie er seiner Zeit die Verstaatlichung der Eisenbahnen betrieb, von der er jetzt selbst sagen muß, daß die Entwickelung an einen todten Punkt angelangt sei. Die Kolonialpolitik ist allerdings niemals über den todten Punkt hinausgekommen.

Abg. Graf **Mirbach** (dk.): Meine Partei wird die Vorschläge der Regierung annehmen und die Forderung bewilligen. Ich bestätige, daß die Freisinnigen auch heute unsere Kolonien so gut wie möglich diskreditirt haben, und daß ihre Vorschläge ganz undiskutabel sind.

Abg. **Bamberger**: Graf Arnim hat mich vorher aufs schwerste beleidigt, er hat ausgeführt, daß ich und Herr Carrey vereint darauf aus seien, Südwest-Afrika in englische Hände zu spielen. Wäre das der Fall, dann wäre ich ein Schurke. Ich habe die Worte hingehen lassen. Jetzt fügt Graf Arnim zu seiner ersten eine zweite Beleidigung, spricht davon, daß ich umgefallen sei, die Flinte ins Korn geworfen hätte und deutet schließlich an, daß er mich zum Duell fordern würde. Herr Graf Arnim hat mich zweimal beleidigt. Seine Herausforderung nehme ich nicht an und ich bin überzeugt, daß die öffentliche Meinung mir Recht giebt. (Beifall links.)

Präsident **von Levetzow**: Ich habe die Worte nicht dahin verstanden, daß es die Absicht, sondern nur dahin, daß es die Wirkung seiner Haltung sei, das Land in englischen Besitz

überzuführen. Sonst würde ich den Ordnungsruf haben eintreten lassen.

Abg. Graf **Arnim**: Herr Richter hat doch selbst ausgeführt, daß Englands Interesse an dem Besitz nicht unerheblich sei, daraus habe ich geschlossen, daß auch Herr Bamberger lieber das Land in Englands Händen sieht. Selbstverständlich halte ich Herrn Bamberger für einen Vaterlandsfreund. Die Meinung habe ich also nicht ausgesprochen, die er mir unterstellt.

Abg. **Bamberger**: Dann bin ich natürlich gern bereit, meine Worte zurückzunehmen; ich halte aber daran fest, und der stenographische Bericht wird es ausweisen, daß die vom Grafen Arnim gebrauchten Worte nicht anders ausgelegt werden konnten, als ich sie ausgelegt habe.

Der Etat für Südwest-Afrika wird unverändert bewilligt. Die allgemeine Bemerkung zu dem Etat der drei Schutzgebiete, wonach ein bei einem Schutzgebiete sich ergebender Ueberschuß zur Deckung etwaiger Fehlbeträge in anderen Schutzgebieten mit herangezogen werden kann, wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission gestrichen. Das in der Kommission vorgeschlagene besondere Etatsgesetz wird in erster und zweiter Berathung ohne Debatte genehmigt, desgleichen in zweiter Berathung der Gesetzentwurf, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten wegen des Urheberrechts; Etat.)

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 7. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Schelling, Graf Zedlitz und Kommissarien.

In dritter Berathung genehmigt das Haus zunächst die Gesetzentwürfe, betreffend die Führung der Aufsicht bei dem Amtsgericht I und Landgericht I in Berlin, sowie die Handhabung der Disziplinargewalt bei dem ersteren Gerichte, wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke und betreffend den Anschluß der Kirchengemeinde Helgoland an die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Darauf folgt die Berathung des Kultusetats. Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers, beschwert sich

Abg. **Neubauer** (Pole) darüber, daß der Erlaß des Ministers, welcher den Privatunterricht des Polnischen in den Schulen gestattet, nicht auch für Westpreußen gilt.

Abg. **Rickert**: Alles Geld, was wir auf die Schule verwenden, ist keine gute Anlage, wenn die Schule nicht vom richtigen Geiste beseelt wird. Das Auswendiglernen von Bibelsprüchen und ein streng konfessioneller Unterricht thut es nicht allein, die Lehrer, denen die Erziehung der Jugend anvertraut ist, müssen auch als freie unabhängige Männer behandelt werden. Ich fürchte, daß durch das neue Schulgesetz hier verderblich eingegriffen wird. Die Danziger Regierung hat vor Jahresfrist angeordnet, daß die Lehrer, wenn sie in Bezug auf ihren Beruf beleidigt sind, einen Strafantrag erst stellen dürfen, wenn sie dazu von der Regierung ermächtigt sind. Das ist ein Eingriff in die Rechte der Lehrer. Die Danziger Regierung hat jetzt ihre Verfügung etwas eingeschränkt, aber es bleiben immer noch die Rechte der Lehrer beschränkt. Die Regierung in Arnsberg hat die Lehrer gewarnt, für Zeitungen zu schreiben; das sei eine Nebenbeschäftigung, zu welcher die Genehmigung von der Regierung ertheilt werden muß. Die Regierung in Frankfurt a. O. hat den Lehrern nahe gelegt, sich nicht mit dem Schulgesetz zu beschäftigen, weil über die Einbringung desselben eine öffentliche Erregung eingetreten sei. Bisher wurde die öffentliche Erregung immer geleugnet von den konservativen Zeitungen, die jetzt schon Petitionen zur Unterschrift in ihren Redaktionsbureaus auslegen. Die Posener Regierung soll den Lehrern verboten haben, sich an Abstimmungen über Resolutionen betreffend das Volksschul-Gesetz zu betheiligen. Das wäre wiederum ein gesetzwidriger Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer. Es ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der Unterrichtsminister die Volksschul-Lesebücher zu verstaatlichen gedenkt. Ich möchte die Nachricht als unbegründet bezeichnen. Gerade auf diesem Gebiete hat die freie Konkurrenz die Kräfte angespannt. Gerade hier wäre die Verstaatlichung bedenklich. Wie soll es werden, wenn ein späterer Unterrichtsminister nicht so streng konfessionell ist? Dann bekommen wir mit jedem Kultusminister ein neues Lesebuch. In Neuteich soll eine seit langen Jahren bestehende Simultanschule in eine konfessionelle umgewandelt werden trotz des Widerspruchs des Magistrats und der Stadtverordneten; das zeigt, wie man die bestehenden Simultanschulen achten wird, wenn das Schulgesetz erst zu Stande gekommen ist. In Hörde sind auf Anordnung der Regierung die jüdische Schule und die evangelische Schule zu einer Simultanschule verschmolzen. Jetzt verlangt die Regierung wieder eine besondere jüdische Schule. Das ist geradezu ein Gewaltakt. Das ist der Vorgeschmack für die Ausführung des Schulgesetzes. Nachher werden wir es erleben, wie schon die zarte Jugend in die widerlichen Kämpfe hineingezogen wird. Bedauerlich ist die Einbringung des Volksschul-Gesetzes, aber etwas gutes hat sie gewirkt, denn die Gewissen sind geschärft worden. Wir werden alle Kräfte daran setzen, daß dieses Gesetz nicht in die Gesetzsammlung kommt. (Beifall links.)

Minister Graf **Zedlitz**: Dem ersten Redner werde ich antworten, wenn ich den stenographischen Bericht gelesen habe. Mit Herrn Rickert bin ich einverstanden, daß die Lehrer in ihrer Gesammtheit oder als einzelne nicht in ihren staatsbürgerlichen Rechten in irgend einer Weise beschränkt werden sollen. Darauf aber muß ich halten und auch die nachgeordneten Behörden, daß die Lehrer sich stets bewußt bleiben, daß sie Staatsbeamte sind; sie müssen sich also diejenigen Beschränkungen auferlegen, welche sich jeder Staatsbeamte auferlegen muß. (Beifall.) Zirkular-Verfügungen und generelle Anweisungen, welche sich an einen konkreten Fall anschließen, halte ich für etwas zweckmäßiges. Man trifft gewöhnlich nicht die Sache damit; man verletzt vielfach da, wo eine Verletzung nicht angebracht ist. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß jeder Beamte selbst weiß, was er thun muß. Wenn er beweist, daß er das nicht weiß, dann muß scharf zugegriffen werden mit allen Disziplinarmitteln. Die Danziger Verfügung datirt aus der Zeit vor meinem Amtsantritt. Ein Lehrer, der durch den Staatsanwalt vorgeht gegen einzelne Personen, kann dadurch sein Ansehen in der Gemeinde gefährden. Wenn eine Regierung bemerkt, daß die Lehrer in dieser Beziehung über das Maß hinausgehen, so muß sie dagegen einschreiten, nicht durch eine allgemeine Verfügung. Fehlgegriffen war die Verfügung darin, daß dem Lehrer verboten wurde, wenn die Regierung die Ermächtigung zur Anklage nicht ertheilte, seinerseits vorzugehen. Das ist der Danziger Regierung bemerkbar gemacht worden; ich nehme an, daß dieses geändert ist. Die Verfügung der Regierung von Arnsberg bezüglich der Preßthätigkeit der Lehrer steht nicht im Zusammenhang mit dem Volksschul-Gesetz. Es ist nachgewiesen, daß eine erhebliche Zahl von Lehrern sich gewerbsmäßig an der Presse betheiligt hat; ein Lehrer war Chefredakteur einer Zeitung, nicht gerade der „Kölnischen Zeitung" (Heiterkeit), sondern einer kleineren Zeitung. Mit den nebenamtlichen Beschäftigungen hat das nichts zu thun; dieser Punkt ist abgeändert worden. Die Lehrerschaft sollte nur gewarnt werden vor der agitatorischen Betheiligung an der Presse. Für den Lehrer liegt eine eminente Gefahr vor, sich in das Parteigetriebe zu begeben, weil er immer der Gegner von einem Theil, meist von dem größeren Theil seiner Gemeindegenossen sein wird. (Zustimmung rechts.) Die Verfügung der Frankfurter Regierung ist der Erguß eines patriarchalischen Herzens, das die Lehrer vor Unbequemlichkeiten bewahren will. Ich hätte auch geglaubt, daß man es auf eine andere Weise hätte machen können. In Posen ist zwar keine Verfügung ergangen, sondern in einem konkreten Fall ist Lehrern durch ein Organ der Staatsaufsicht, durch den Kreisschulinspektor, Vorhaltung gemacht worden, daß sie sich ihrer Beamtenqualität bewußt sein sollten: Daraus ist kein Vorwurf herzuleiten; das ist kein Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer. In irgend einer Zeitung wird die Behauptung aufgestellt ohne den Schatten einer Berechtigung, und sofort heißt es, der Kultusminister will die Lesebücher verstaatlichen. Ein solcher Unsinn ist mir noch niemals in den Sinn gekommen. Eine irgendwie die Produktion von Lesebüchern beschränkende Thätigkeit hat im Ministerium nicht stattgefunden und wird unter meiner Leitung nicht erfolgen. Der freien Konkurrenz sollen keine Schranken auferlegt werden, die Lesebücher müssen aber nicht den guten Sitten widersprechen und es darf nicht bei jeder kleinen Aenderung den Eltern die Neubeschaffung des Buches auferlegt werden. Wegen Neuteich kann ich keine Auskunft geben; ich werde sofort Bericht erfordern. In Hörde ist eine Simultanschule für Evangelische und Juden; die Katholiken sind nicht eingetreten, haben aber für die Simultanschulen bezahlt. Die jüdischen Schüler sollten in eine besondere Klasse gebracht werden; ich habe aber das sofort inhibirt. Die Anregung zu dieser Organisation ist aus Hörde selbst gekommen, aus der Simultanschule heraus. Die Regierung hätte darauf gar nicht eingehen sollen. Ich hoffe, daß auch Herr Rickert anerkennen wird, daß eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte weder der Lehrer noch der Schulen beabsichtigt ist, und daß auch, wenn der Volksschul-Gesetzentwurf Gesetz wird, eine solche Beeinträchtigung nicht eintreten wird. (Beifall.)

Abg. **von Chelmicki** spricht sich in demselben Sinne aus wie der Pole Neubauer.

Abg. **von Strombeck** (Z.) bemängelt, daß über verschiedene Stiftungsfonds in den Etat keine genügende Auskunft gegeben sei, und wünscht Aufklärung darüber, welcher rechtlichen Natur die Fonds sind, ob sie Staatseigenthum sind oder nur Staatsnebenfonds.

Ministerialdirektor **Kügler**: Die Wünsche des Vorredners werden von der Unterrichtsverwaltung nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Auf die Eigenthumsverhältnisse der Fonds kann ich jetzt nicht näher eingehen; die Frage wird zum Austrag kommen bei dem Komptabilitätsgesetz.

Abg. **Johannsen** (Däne) fragt die Regierung um Auskunft über die Verlegung des evangelischen Bischofssitzes von Schleswig nach Kiel, also außerhalb der Grenzen seines Sprengels; was darüber in den Synoden u. s. w. verhandelt ist, habe keine genügende Auskunft gewährt. Es sei eine Zurücksetzung des schleswigschen Kirchenwesens, daß der Generalsuperintendent außerhalb Schleswigs wohnt.

Minister Graf **Zedlitz**: Nachdem die Landessynode sich mit überwiegender Majorität für die Verlegung ausgesprochen hat und zwar nicht nur die holstein'schen Abgeordneten, sondern auch einige schleswigsche Abgeordnete, so lag kein Grund mehr vor, dem entgegenzutreten. Wer soll denn sonst über diese Dinge entscheiden, als die kaiserliche Selbstverwaltung?

Abg. **Rickert**: Es wird mir fast unheimlich über die Uebereinstimmung zwischen dem Minister und mir. (Heiterkeit links.) Wenn der Minister sich von den Anschauungen auch in Zukunft leiten läßt, werden wir uns wenig mit ihm zu unterhalten haben über die bureaukratischen Eingriffe in die Rechte der Lehrer. Wir müssen aber solche Dinge zur Sprache bringen, wenn sie in den Zeitungen behauptet werden. Die Nachricht von der Verstaatlichung der Lesebücher ist nicht blos aus den Zeitungen gekommen. Das Berliner Provinzial-Schulkollegium hat die Einführung des Lesebuchs von Ernst und Tews abgelehnt mit der Begründung, daß nach Anordnung des Ministers die Einführung eines einheitlichen Lesebuchs ins Auge zu fassen sei. Das ist mißzuverstehen.

Minister Graf **v. Zedlitz**: Die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums bezog sich nur auf die Stadt Berlin; eine Verstaatlichung der Lesebücher ist nicht beabsichtigt.

Abg. **Dominik** (k.) empfiehlt die Einrichtung von besonderen theologischen Lehrstühlen für die Reformirten.

Nach einer Auseinandersetzung des Dänen Johannsen mit dem Abg. Jürgensen schließt die Diskussion. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt, desgleichen ohne Debatte die Ausgaben für den Oberkirchenrath, für die evangelischen Konsistorien und für die evangelische Geistlichkeit und Kirchen, sowie für katholische Bisthümer.

Zum Kapitel 116: Katholische Geistliche und Kirchen, lagen zwei Anträge des Zentrums vor, die aber vom Abg. Sperlich zurückgezogen wurden.

Abg. **Biesenbach** (Z.) protestirt dagegen, daß die altkatholischen Gemeinden aus diesem Kapitel Zuschüsse erhalten.

Das Kapitel wird darauf genehmigt; ebenso das Kapitel 116a: Zuschuß für einen katholischen Bischof, gegen welche Ausgabe das Zentrum stimmt.

Darauf wird die weitere Berathung bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Die entschiedene Stellungnahme gegen diejenigen Personen, welche sich an den jüngsten Berliner Krawallen aktiv betheiligten oder vom sicheren Schlupfwinkel aus dieselben anzettelten bezw. förderten, hat dem „Vorwärts" zu der nicht geringen Ehre verholfen, von einer „Volks"-Versammlung der sogenannten Opposition für ein Blatt erklärt worden zu sein, das durch seine Haltung sich des Verraths an der Sache des Proletariats schuldig gemacht habe. Wir quittiren dankend diese Auszeichnung durch Leute, die wie in Allem so auch hierin nur im Fahrwasser des konfusen bürgerlichen Maulheldenthums segeln, und wollen ihnen nicht verschweigen, daß es die größte Sorge des „Vorwärts" auch ferner bleibt, zu verhüten, daß die Arbeiterschaft vor die Mündungen der Kanonen und der kleinkalibrigen Gewehre gebracht wird.

* * *

Im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise wurde am Sonntag Vormittag ein Flugblatt, in welchem u. A. zum Beitritt in den Wahlverein dieses Kreises aufgefordert wird, in einer Auflage von 75 000 Exemplaren durch unsere Parteigenossen verbreitet.

* * *

Die Beerdigung Otto Reimer's in Hamburg gestaltete sich zu einer großartigen sozialdemokratischen Kundgebung. Mehr als 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, rothe Blumen und Kränze tragend, und weit über 100 Fahnen und Standarten mit sich führend, nahmen an dem Zuge theil, welcher den tapferen Kämpfer zur letzten Ruhestätte geleitete. Abg. Frohme hielt die Grabrede. Die Feierlichkeit verlief ohne jede Störung; Polizei war nicht zu bemerken.

Für Otto Reimer's hinterlassene 7 Kinder hat die Redaktion des „Hamburger Echo" eine Sammlung ausgeschrieben. Die Kinder stehen im Alter von 4½—14 Jahren. Sammellisten sind von der Redaktion des „Hamburger Echo", Hamburg, Große Theaterstraße 44 p., zu beziehen.

* * *

Zur Besprechung der Maifeier halten die Vertrauensmänner aus dem Kreise Koburg und Sonneberg im Laufe dieses Monats eine Konferenz in Köppelsdorf ab.

* * *

Aus dem Kreise Schmalkalden. Am 27. Februar sprach Genosse Hülle aus Erfurt in Schmalkalden vor einer gut besuchten Versammlung unter allgemeinem Beifall der Anwesenden über die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Trotzdem die Führer der Gegner brieflich zum Besuche der Versammlung eingeladen waren, erschienen sie doch nicht; hinter den verschlossenen Thüren ihrer Versammlungen haben sie es freilich leichter, über unsere Bestrebungen loszuziehen. Charakteristisch ist, daß jetzt Freisinn und Kartellbrüder im sogenannten evangelischen Arbeiterverein, zu dessen Mitgliedern Pastoren, Lehrer, Amtsrichter, Fabrikanten u. s. w. gehören, vereinigt gegen uns agitiren; Erfolg haben die Herren indessen nicht. — In Steinbach-Hallenberg fand kürzlich die zweite Volksversammlung statt, welche seit Fertigstellung der neuen Bahn daselbst abgehalten worden ist. Kopf an Kopf gedrängt standen die Versammlungsbesucher, die in einer Anzahl von 6—700 Personen erschienen waren, und bekundeten ihr Einverständniß mit dem vortrefflichen Referate des Genossen Hülle aus Erfurt durch stürmische Beifallsbezeugungen. Die erste Versammlung hat daselbst Genosse Hugo im Januar d. J. abgehalten; dieselbe ist gleichfalls sehr gut besucht gewesen. Die Bewegung schreitet demnach auch hier flott vorwärts, trotz des evangelischen Arbeitervereins 2c.

* * *

Arnswalde. In einer Strafsache wegen öffentlicher Beleidigung, die seiner Zeit viel von sich reden machte, verhandelte das hiesige Schöffengericht. Am 4. Oktober hatte hier eine stark besuchte Volksversammlung stattgefunden, in welcher Genosse Millarg aus Berlin unter großem Beifall über das neue Programm sprach. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung eröffnete der Referent der Versammlung, daß nach einer ihm zugegangenen Mittheilung in der vom Lehrer Fabian unterrichteten ersten Klasse hiesiger Volksschule für Mädchen „Sitte und Moral nicht so gepflegt würden, wie es zu wünschen wäre". Genosse Millarg forderte dann auf, ihm Näheres hierüber aus der Versammlung mitzutheilen, was auch geschah. Auf den oben zitirten Ausspruch in Betreff des Lehrers von Seiten des Referenten kam die oben erwähnte Anklage. Der Termin fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Von Seiten des Angeklagten waren die Schüler der betreffenden Klasse und die Vertrauensleute des Kreises, welche in der Versammlung am 4. Oktober zugegen gewesen waren, geladen; von Seiten der Staatsanwaltschaft der überwachende Beamte der Versammlung, der Rektor und die Lehrer der Volksschule, ferner ein Rentier. Durch die Schulkinder sowohl wie auch die anderen Entlastungszeugen wurde der Wahrheitsbeweis so energisch angetreten, daß derselbe von den Belastungszeugen und dem Nebenkläger Herrn Fabian nicht erschüttert werden konnte. Auch der überwachende Beamte konnte seine frühere Aussage nicht nur nicht aufrecht erhalten, sondern gab sogar der Ueberzeugung Ausdruck, daß der angeführte Ausdruck „Sittlichkeitsverbrechen oder Verbrechen" nicht gebraucht worden. Trotzdem die Beweisaufnahme die Wahrheit des in der Versammlung Behaupteten ergab, stellte der Staatsanwalt den Antrag auf zwei Monate Gefängniß und Tragung der Kosten, weil die Aussage öffentlich gemacht worden sei. Der gegnerische Rechtsanwalt plädirte ebenfalls für den Antrag des Staatsanwalts und ging im Interesse der öffentlichen Ordnung noch über dieses Strafmaß hinaus. Genosse Millarg vertheidigte sich selbst und hatte gegenüber dem Staatsanwalt und dem Rechtsanwalt infolge des günstigen Resultats der Beweisaufnahme keinen schweren Stand. Der Gerichtshof erkannte ihn darauf der öffentlichen Beleidigung nicht schuldig, sprach ihn frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last. Begründet wurde das Urtheil damit, daß der Angeklagte von einer nachweislich wahren Thatsache gesprochen habe. (Erkenntniß des Reichsgerichts vom 2. November 1882 R. IV 782). — Dieses Urtheil wird als ein Sieg der ganzen Arbeiterschaft Arnswaldes aufgefaßt. Die Sozialdemokratie macht dadurch hier immer mehr Fortschritte, trotz des Herrn v. Meyer.

* * *

In Norddeich zählte der sozialdemokratische Verein bei seiner Gründung 22 Mitglieder; jetzt, nach einjährigem Bestehen, schon 90. Die Fortschritte der sozialdemokratischen Propaganda sind in den Provinzen überhaupt sehr bedeutende.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Redakteur Hermann Watermann von der Geestemünder „Volksstimme" hatte am Sonntag eine zweimonatliche Gefängnißstrafe verbüßt, die ihm wegen Preßvergehens auferlegt worden war.

— Auf Anordnung der Polizeiverwaltung zu Grimmen hat der Vorstand des dortigen Kriegervereins einige Mitglieder ausgeschlossen, weil dieselben dem Stralsunder Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiter beigetreten waren, welcher unser Mitwirkung einzelner Sozialdemokraten gegründet worden ist. Einige Mitglieder wurden infolge dessen kopfscheu und traten deshalb aus dem genannten Arbeiterverein aus. Da dieselben bis 1. März ihre Mitgliedsbeiträge entrichtet hatten, so sollten sie auch erst an diesem Tage abgemeldet werden. Die Polizei indessen ist der Meinung, daß die Mitglieder sofort abgemeldet werden müssen, und schickte jedem der 5 Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins ein Strafmandat von nicht weniger als 15 M. Widerspruch ist sofort erhoben worden.

Lokales.

Die Arbeitslöhne sind gegenwärtig so herabgedrückt, daß man ruhig von Hungerlöhnen reden kann, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen. Auf der einen Seite unglaublich niedrige Löhne, auf der anderen unglaublich hohe Lebensmittelpreise, — wie kann da ein Arbeiter bestehen? Selbst der gewandteste Rechenkünstler wird nicht im Stande sein, auszurechnen, wie eine Arbeiterfamilie auskommen kann, wenn der Haushaltungsvorstand pro Woche nur 9,83 M. verdient. Vor uns liegt der Lohnzettel einer Fabrik in der R... straße. Auf demselben ist verzeichnet:

Akkord laut Buch		10,20 M.
ab Krankenkassen-Beitrag	25 Pf.	
ab Invalidenkasse	12 „	= —,37 M.
		Rest 9,83 M.

Dabei ist noch zu bemerken, daß der Lohn sich auf sechs Arbeitstage erstreckt und daß jeder Arbeitstag eine 9½stündige Arbeitszeit umfaßt. Der Arbeiter (Lederarbeiter) ist Familienvater. Vor etwa 9 Jahren verdiente derselbe Arbeiter in derselben Fabrik in derselben Arbeitszeit 24—27 Mark wöchentlich, die Löhne sind also in dieser Spanne Zeit um etwa den dreifachen Betrag gesunken!

Dazu sind noch die „billigen" Zeiten von früher in Betracht zu ziehen und man kann sich ungefähr ausmalen, wie die Lebenshaltung dieser Arbeiter zurückgegangen sein muß. Es ist überhaupt als ein wahres Wunder zu betrachten, wie es die Leute ermöglichen, unter kläglichen Verhältnissen noch ihr Leben zu fristen. Denn die Riesensumme von 9,83 M. darf nicht etwa in Pellkartoffeln und grüne Häringe verpraßt oder in Schmalzstullen angelegt werden, hiervon sind auch noch Miethe, Kleider, Steuern, Feuerung 2c. zu bestreiten. Ein Stück kräftiges Fleisch pro Woche kann diese Familie unmöglich auf den Tisch bringen, dazu langt das Geld auf keinen Fall! Eine kurze Krankheit oder ein sonstiges Mißgeschick muß einen solchen Haushalt binnen kürzester Frist zu Grunde richten, und was dann? Das alte Lied: Armenhaus, Asyl, Arbeitsloser, Nothleidender. Und da giebt es thatsächlich heute noch wohlgenährte Leute, die sich auf die Rednertribüne hinstellen und den Arbeitern allen Ernstes einreden, diese müßten — sparen, um sich für schlechte Zeiten einen Nothgroschen zu sichern. Was um Himmels Willen soll von einem Wochenlohn von 9,83 M. denn noch gespart werden? Wir wissen uns da keinen Rath. Der einzige Mensch, der da noch sein Licht leuchten lassen kann, ist Herr — Eugen Richter mit seiner wunderbaren „Spar-Agnes". Aus den obigen Ma-

gaben kann er ja gleich ein Pendant fabriziren, — wenn er's fertig bekommt!

Die Antisemiten haben sich nun auch „Agitationsbons" zugelegt, — man sieht, die Leute machen Anleihen bei der von ihnen best' gehaßten sozialistischen Partei. Die Art und Weise, wie diese Bons an den Mann — in dem nachstehend erwähnten Falle an die Frau — gebracht werden, läßt es freilich zweifelhaft erscheinen, ob da noch von „freiwilligen" Gaben die Rede sein kann. Einer unserer Abonnenten schreibt uns nämlich, daß ein antisemitischer Arbeitgeber einer Arbeiterin beim Abliefern der Arbeit 10 Pfennig gekürzt habe mit dem Bemerken, „Sie sienern wohl auch einen kleinen Beitrag für die „gute" Sache". Da die Arbeiterin gar nicht wußte, welche „gute Sache" eigentlich gemeint sei, ließ sie sich ohne Widerspruch die 10 Pfennig abziehen und steckte den ihr dafür eingehändigten „Bon" in die Tasche. Zufällig fiel ihr derselbe jetzt wieder in die Finger und nun erst merkte sie, daß sie ihr Scherflein der antisemitischen Agitationskasse zugewendet hatte. Der Bon, welcher auf einem Abreißblock befestigt war, ist bedruckt mit einem Gedicht von Heinrich von Kleist und einem Ausspruch Richard Wagner's. Nachdem also auf dem Bon ein deutscher Dichter und ein deutscher Komponist für antisemitische Zwecke in Anspruch genommen worden sind, erfolgt die

Quittung
über gezahlte 10 Pf. für die antisemitische Agitation.
Agitationsverband d. antis. Partei.
Geschäftsstelle N. Jacob, Berlin SW.,
Schönebergerstr. 26.

Unter unseren Gegnern der bürgerlichen Parteien bilden die Antisemiten die Clowns, der Antisemitismus ist wirklich und wahrhaftig der „Sozialismus der Dummköpfe". Wenn also die Antisemiteriche ihren 10 Pfennig-Klingelbeutel in Berlin recht eifrig herumgehen lassen, wir wünschen ihnen guten Ertrag. Sie mögen nur fleißig säen, — die Ernte heimsen wir dann ein.

Einen Beweis für die allgemeine schlechte Geschäftslage liefert auch die von der Postverwaltung aufgestellte Statistik über den letzten Weihnachts-Päckereiverkehr. Die Statistik erstreckt sich über 43 Städte mit mehr als 50 000 Einwohner. Während sonst in jedem Jahre dieser Päckerei-Verkehr überall einen erfreulichen Aufschwung nahm, haben im letzten Jahre nicht weniger als 14 Städte, nämlich Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Elberfeld, Danzig, Stettin, Barmen, Krefeld, Aachen, Kassel, Erfurt, Wiesbaden, Görlitz, Lübeck und Frankfurt a. O. eine mehr oder weniger ins Gewicht fallende Abnahme der aufgegebenen und eingegangenen Packete gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Diese Abnahme hat mehr als 1 pCt. betragen in Köln (1,6), Danzig (4,1), Stettin (1,7), Krefeld (2,4), Görlitz (1,2) und Lübeck (2,2).

Das Schicksal der öffentlichen Bedürfnißanstalten, welches wiederholt die städtischen Behörden beschäftigt hat, soll nun in eine neue Phase treten. Der Magistrat ist den letzten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Angelegenheit nicht in allen Punkten beigetreten, nach den Verhandlungen, die er mit den betr. Unternehmern geführt hat, soll für die Zukunft folgendes Verhältniß Platz greifen: Das Stadtgebiet soll in zwei Theile geschieden werden und die Errichtung und den Betrieb der auf der Südseite der Scheidungslinie vorhandenen bezw. zu errichtenden Bedürfnißanstalten übernehmen die Unternehmer Hirschberg und v. Asten, die nördlich davon belegenen der bisherige Unternehmer Proß. Die Unternehmer haben eine Abgabe von 10 pCt. der Brutto-Einnahme an die Stadt zu zahlen.

Aus der guten alten Zeit. Nicht uninteressant erscheint gerade zu der gegenwärtigen Zeit der Hundesperre die Erwähnung einer Bestimmung, welche in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in Berlin giltig war. Dieselbe lautet: Wer einen Hund hat, beachte, daß der Scharfrichter alljährlich im Juli seine Leute umherschickt, um Hundezeichen zu verkaufen. Hunde, die in den Hundstagen (im Juli) ohne dieses Zeichen betroffen werden, sind einzufangen und abzuschlachten." Elf Monate im Jahre hatten es also damals die Hunde besser, als ihre Nachkommen von heute. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß man damals Wuthkrankheit der Hunde auf einen Zellwurm zurückführte, der unter der Zunge säße. Jeder mußte seinem Hunde bei fünfzig Thaler Strafe von einem amtlich bestellten Wurmschneider den Wurm ausschneiden lassen.

Der blinde Passagier. Ein heiteres Abenteuer ist nächtlicherweile dem Droschken-Fuhrherrn Priemke in dem noch unbebauten Theile der Warschauerstraße passirt. Derselbe hatte einen Herrn und eine Dame von einem Ballokale in der Frankfurterstraße nach der Oppelnerstraße gefahren. Nachdem die Dame dortselbst „abgesetzt" worden war, wünschte der Herr, nach der Thaerstraße gefahren zu werden. Als Priemke die Warschauerstraße passirt hatte und in der unbebauten unheimlichen Gegend ankam, setzte er, durch schlimme Erfahrung gewitzigt, sich auf seinem Kutscherbocke halblinks, um ein etwaiges Entweichen seines Fahrgastes sofort zu bemerken. Als er eine Strecke so gefahren war, begegnete ihm ein Arbeitsfuhrwerk, dessen Führer ihm die klassischen Worte zurief: „Du, Dein Fahrgast ist Dir ausjerückt! Da looft er!" Und richtig, dort lief er! Schnell entschlossen jagte nun Priemke über Stock und über Stein im schnellsten Tempo hinter ihm drein, zugleich seine Stimme weithin erschallen lassend, was zur Folge hatte, daß der Ausreißer bei der Frankfurter Allee durch einen Schutzmann und einen Nachtwächter „gestellt" wurde. Derselbe erbot sich thränenden Auges, um seiner polizeilichen Feststellung zu entgehen, zur Zahlung von 50 Pfennigen, ein Angebot, auf welches Priemke indessen nicht eingehen zu können erklärte, da er an Fahrgeld mindestens zwei Mark zu fordern habe. Während dieser Unterhandlungen öffnete sich plötzlich zum nicht geringen Erstaunen von Polizei und Kutscher die Wagenthür und eine heisere Stimme stellte aus dem Innern heraus die denkwürdigen Worte: „Kutscher, wieviel Fahrgäste haben Sie denn?" Während Polizei und Kutscher noch verdutzt dreinschauten, frohlockte der Ausreißer: „Na, da sehen Sie doch, meine Herren, daß der Fahrgast noch drin sitzt! Wenn ich dem Kutscher dafür, daß ich eine kurze Strecke, auf der Hinterachse hockend, mitgefahren bin, 50 Pfg. zahlen will, so kann er doch wohl zufrieden sein!" Nunmehr kam endlich Licht in die Situation und das heitere Mißverständniß klärte sich zur Zufriedenheit Aller auf. Priemke nahm die 50 Pfg. dankend an und fuhr seinen richtigen Passagier an seinen Bestimmungsort, indessen der andere zu Fuß sein nächtliches Ziel zu erreichen sich beeilte, dabei gelobend, nie wieder einen „blinden Passagier" machen zu wollen.

Zwei Betrüger sind dieser Tage verhaftet worden, nachdem es ihnen gelungen war, einen namhaften Industriellen allerdings nur um einen geringen Betrag zu schädigen. Zu dem hierselbst in der Alsenstraße wohnenden Mitchef der Plüsch- und Wollwaaren-Fabrik Aktien-Gesellschaft Anton und Alfred Lehmann in Nieder-Schönweide, Herrn Anton Lehmann kamen vor einigen Tagen zwei anständig gekleidete Männer, welche sich für Polizei-Vigilanten ausgaben. Sie wiesen Zeugnisse über ihre Thätigkeit bei der hiesigen Kriminalpolizei vor und verstanden es durch ihr außerordentlich sicheres Auftreten, Herrn L. zu einer „Konferenz", die für ihn angeblich von höchstem Interesse sein sollte, zu bewegen. Nunmehr machten die „Vigilanten" dem Fabrikbesitzer die Mittheilung, daß mehrere Berliner „schwere Jungens" in der Nacht zum Donnerstag in das Komptoir zu Nieder-Schönweide einzudringen gedächten. Da sie, die Vigilanten, den Plan bis in die kleinsten Einzelheiten „ausbaldowert" hatten, so wollten sie auch für ihre Mühe gebührend belohnt sein, und Herr Lehmann zögerte nicht, ihnen 20 M. à Konto zu zahlen. Ja, er bat die Vigilanten noch, ihm bei der Festnahme der Einbrecher behilflich zu sein, was sie auch versprachen. Sie fuhren nun gleich nach Nieder-Schönweide, woselbst Herr Richard Lehmann, der Sohn des obenerwähnten Herrn, in der Fabrik als Direktor thätig ist. Herr L. junior war bereits telegraphisch von dem Eintreffen der Vigilanten verständigt und empfing sie sehr freundlich. Sie blieben den ganzen Donnerstag über in Nieder-Schönweide. Abends kam einer der Vigilanten zu Herrn Richard L. und theilte ihm mit, daß die Einbrecher sich bereits in einem Schanklokal aufhielten und forderte nun, daß das Fabrikpersonal das Etablissement verlasse, auch sie, die Vigilanten, würden sich erst heimlich entfernen, damit die Einbrecher nicht Argwohn schöpften. Herrn L., sowie seinem Fabrikinspektor kam aber jetzt das Benehmen der Beiden doch verdächtig vor. Eine Nachfrage in dem bezeichneten Schanklokale ergab, daß dort fremde Personen in den letzten Stunden überhaupt nicht anwesend waren. Herr L. ließ nun einen Gendarmen holen, um der Schwindler habhaft zu werden. Es gelang, die Beiden auf dem Bahnhof abzufassen in dem Augenblick, wo sie nach Berlin zurückzufahren gedachten. Das Gaunerpaar wurde gefesselt nach Cöpenick ins Gefängniß gebracht und hier als die Brüder Harder aus Berlin festgestellt.

Ueber eine wohl nicht aufzuklärende Angelegenheit wird nachträglich das Folgende bekannt: Der Polizeibericht vom 2. d. M. meldete: „Am 29. v. Mts. wurde im neuen See im Thiergarten die Leiche einer unbekannten etwa 20jährigen Frauensperson aufgefunden." Diese ist nunmehr als diejenige des 22 Jahre alten Fräuleins Marie Kulicke, einer Tochter der Gutsbesitzerin Kulicke auf Josephshof in Ostpreußen erkannt worden. Die Familie, aus Mutter und zwei Töchtern bestehend, wohnte hier in der Kruppstraße 8 und siedelte vor ganz kurzer Zeit auf das Gut über. Marie Kulicke verblieb jedoch noch in der Wohnung, um die Ueberführung der Einrichtung zu veranlassen. Am 27. v. M. nun traf die ältere Schwester, eine verwittwete Frau Hönicke, in Berlin ein, wurde durch Marie am Bahnhof erwartet und Beide fuhren dann nach dem Hause Kruppstraße 8. Die Jüngere äußerte hierbei, daß es ihr sehr schwer werde, Berlin zu verlassen, da sie an dem Landleben gar keinen Gefallen finde. In gleicher Weise hatte sie sich auch der ihr bekannten, Thurmstr. 15, wohnhaften Frau Pillenroth gegenüber ausgesprochen. Als nun am nächsten Abend beide Schwestern schon frühzeitig zur Ruhe gegangen waren, kleidete sich Marie heimlich wieder an und verließ in ihrem besten Kleide und mit einer goldenen Uhr nebst Kette die Wohnung. Am Montag früh fand ein Parkwächter das hübsche junge Mädchen als Leiche am Neuen See liegend vor. Der Körper befand sich auf dem Lande, während der Kopf unter Wasser war. Wenn nun auch die zitirten Aeußerungen immerhin auf einen Selbstmord schließen lassen konnten, so steht dieser Annahme die Thatsache entgegen, daß bei der Leiche eine Geldtasche mit 350 Mark Inhalt gefunden wurde. Frau Pillenroth, welche die Familie seit langer Zeit kennt, ist der Ansicht, Marie Kulicke habe, um nicht auf das Land zu müssen, zu Verwandten nach Düsseldorf zu reisen beabsichtigt, sei auf ihrer nächtlichen Wanderung verkannt und verfolgt worden, in den Thiergarten geflüchtet und am See ohnmächtig zusammengebrochen. An ein Verbrechen ist nach Lage der Sache schwerlich zu glauben, obgleich allerlei Gerüchte über die Todesursache im Umlaufe sind. Die junge Dame wird als durchaus nicht abenteuerlustig geschildert.

Der Prozeß gegen den Bankier Polke wird voraussichtlich eine ausgedehnte Verhandlung vor der Strafkammer erfordern. Die nach langer Voruntersuchung ausgearbeitete Anklageschrift hat einen Umfang von nicht weniger als 280 Aktenseiten. Dem Angeschuldigten werden Betrugshandlungen zur Last gelegt, welche die Staatsanwaltschaft darin findet, daß Polke in seinem „Börsen-Cirkular" wider besseres Wissen Verhältnisse von Gesellschaften rosig ausgemalt habe, um Käufer für die Papiere anzulocken, die von ihm selbst vorher zu niedrigem Kurs erworben waren. Im Ganzen werden 32 Betrugsfälle zur Anklage gestellt. Als Zeugen sind nahezu 40 Personen namhaft gemacht, darunter auch auswärtige, die bei ihren Börsengeschäften durch Polke sich hatten beeinflussen lassen. Am 2. April sitzt der Angeschuldigte ein volles Jahr in Untersuchungshaft.

Unter den Flatterfahrern hat die hiesige Kriminalpolizei in den letzten Wochen ganz gewaltig aufgeräumt, und auch gestern wieder sind zwei ehemalige Mitglieder dieser Zunft, die gleichzeitig gewerbsmäßige Zuhälter sind, verhaftet worden. Gelegentlich eines versuchten Diebstahls in der Chausseestraße auf frischer That abgefaßt, haben die Diebe Ernst Krause und Fritz Müller ein umfassendes Geständniß abgelegt, wonach sie die seinerzeit gemeldeten sechs Einbrüche in einem Hause der Eichendorffstraße ausgeführt haben. Die Verbrecher, welche auch an anderen Bodendiebstählen betheiligt gewesen sind, wurden nach dem Untersuchungsgefängniß in Moabit überführt.

Der Selbstmordversuch eines Beamten einer hiesigen Bank erregte vor Weihnachten eine gewisse Aufmerksamkeit. Der junge Mann war durch Schulden in eine mißliche Lage gekommen, aus der er keine Rettung mehr zu finden glaubte. In einem Koupee der Stadtbahn hatte er mehrere Revolverschüsse gegen seine rechte Schläfe abgefeuert; die Kugel hat aber die Richtung verfehlt und war im Nasenbein stecken geblieben, von wo sie bisher noch nicht entfernt werden konnte. Der Schuß hatte das rechte Auge aus seiner Höhle gedrängt und den Sehnerv beider Augen zerstört. Vom Lehrter Bahnhof war der Unglückliche damals durch Schutzleute nach der Charitee überführt worden. Dort ist, wie wir erfahren, seine Herstellung so weit erfolgt, daß er dem Leben zurückgegeben ist, ohne freilich das Augenlicht wiedererlangt zu haben. Seine außerhalb wohnenden Eltern haben inzwischen die Schulden bezahlt und lassen den Sohn jetzt eine Blindenanstalt besuchen, in der er im Flechten sich Fertigkeit aneignen soll. Der Bankbeamte, der im Besitz seiner vollen Gesundheit noch kürzlich äußerer Gründe wegen den Tod suchte, wird also jetzt unter sehr viel schwereren Verhältnissen den Kampf ums Dasein von Neuem aufnehmen. Uebrigens giebt er sich der Hoffnung hin, daß es ihm gelingen werde, durch eine Operation wenigstens auf einem Auge die Sehkraft wiederzuerlangen.

Ueber eine Verschleppung, die ihm am Sonnabend passirt sein soll, hat ein polnisches Dienstmädchen der Kriminalpolizei detaillirte Anzeige gemacht. Nach dieser Anzeige, die allerdings noch der Prüfung auf ihre Richtigkeit bedarf, ging das Mädchen um die genannte Zeit vor dem Miethskomtoir in der Oranienstraße auf und ab, als ein junger, sehr kleiner Mann mit dunklem Haar und kleinem Schnurrbart heranrat mit der Aufforderung, ihn zu begleiten, da er eine gute Stelle bei einem Restaurateur in der Hasenhaide wisse. Das Mädchen folgte dem Manne über die Schießstände hinaus in den Wald, schöpfte aber, da sie noch immer nicht an eine Restauration kamen, Verdacht und weigerte sich, weiter mitzugehen. In dem Augenblicke, als das Mädchen umkehren wollte, rief der Begleiter in den Wald hinein. Das Mädchen ergriff nun die Flucht, wurde jedoch von seinem Begleiter und zwei Männern, die auf den Ruf aus dem Walde hervorgetreten waren, verfolgt und eingeholt. Das laute Geschrei der Ueberfallenen lockte jedoch einige Knaben herbei und das veranlaßte die Strolche, nun ihrerseits die Flucht zu ergreifen. Unter den Attentätern befand sich ein Lahmer, der sich einer Krücke bediente. Soweit die Darstellung des Mädchens. Wie weit sie richtig ist, wird die eingeleitete Untersuchung jedenfalls bald zeigen.

Polizeibericht. Am 5. d. Mts. Nachmittags wurde eine unbekannte, etwa 50 Jahre alte Frau auf dem Dönhoffsplatz schwer krank aufgefunden und verstarb bereits auf dem Wege nach der Charitee, wohin sie gebracht werden sollte. — Zu derselben Zeit fiel ein obdachloser Arbeiter vor dem Nordbahnhof von seinem mit Steinen beladenen Wagen, wurde überfahren und erlitt eine so bedeutende Quetschung des Fußes, daß er nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte. — Abends wurde der Bürstenmacher Krämer auf der Chaussee zwischen Rummelsburg und dem Zentral-Viehhofe von mehreren unbekannten Männern überfallen, durch Messerstiche am Kopfe schwer verletzt und seiner Baarschaft, sowie eines Bündels mit Wurst und Fleischwaaren beraubt. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Am 6. d. M. Morgens wurde ein Mädchen in seiner Wohnung in der Märsiliusstraße und Abends eine Frau in ihrer Wohnung in der Köpnickerstraße erhängt vorgefunden. — Am 5. und 6. d. Mts. fanden sieben kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen einer Uebertretung des Preßgesetzes durch Nichtaufnahme einer Berichtigung wurde gestern vor der 132. Abtheilung des Schöffengerichts gegen den Chef-Redakteur der „Kreuz-Zeitung", Freiherrn v. Hammerstein, verhandelt. In der Nummer vom 12. November v. J. brachte die „Kreuz-Zeitung" einen Artikel mit der Spitzmarke: „Wie man hohe Auflagen fabrizirt." Es wurde darin behauptet, daß der Verleger einer hiesigen „Morgen-Zeitung" von Zeit zu Zeit durch Beauftragte in der Provinz auf seine Kosten bei der Post größere Bestellungen auf seine Zeitung machen ließe. Die Blätter würden dann unter dem Publikum verschleudert oder als Makulatur verbraucht. Der Unternehmer berufe sich dann bei Angabe der Zeitungsauflage auf die eingegangenen Post-Abonnements. Diese Notiz bezog der Verleger der „Berliner Morgen-Zeitung", Herr Rudolf Mosse, auf sich. Er sandte der „Kreuz-Zeitung" eine Berichtigung ein, worin er behauptete, daß sämmtliche in dem Artikel aufgestellten Behauptungen unwahr seien. Diese Berichtigung ist nicht aufgenommen worden. Der Vertreter des Angeschuldigten, Rechtsanwalt Rätzell, stellte den Antrag, die Sache zu vertagen, bis eine von Herrn Mosse gegen Freiherrn von Hammerstein wegen des fraglichen Artikels angestrengte Privatklage zum Abschluß gekommen sei. In diesem Verfahren solle nämlich die Aktiv-Legitimation des Klägers bestritten werden, da es viele Morgenzeitungen in Berlin gäbe und der Kläger nicht nöthig hatte, den Artikel auf sich zu beziehen. Wenn diese Auffassung seitens des Schöffengerichts in der Privat-Klagesache getheilt und der Kläger abgewiesen werde, so habe der Letztere auch nicht die Berechtigung, die Aufnahme einer Berichtigung zu verlangen. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab, selbst in dem Falle, daß eine Berechtigung zur Stellung des Strafantrages dem Herrn Mosse nicht zugebilligt werde, diesem doch immerhin, wie jedem Herausgeber einer Berliner Morgenzeitung, das Recht zustehen würde, eine Veröffentlichung dahingehend zu verlangen, daß die in dem fraglichen Artikel aufgestellten Behauptungen in Betreff seiner Person auf Unwahrheit beruhten. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von zehn Mark und Aufnahme der Berichtigung. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Eine empfindliche Strafe wurde gestern durch Urtheil der Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I dem Zeitungshändler Pauly auferlegt. An einem Oktober-Abende des vorigen Jahres durchzog der Angeklagte die Ackerstraße, in überlauter Weise „Das Neueste" ausrufend. Der Kaufmann K. war der Meinung, daß er ein Extrablatt erhalte, der Angeklagte händigte ihm aber die Abendausgabe der täglich erscheinenden „Neueste Nachrichten" ein. Der Käufer hielt sich für betrogen und erstattete Anzeige. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von 3 Mark wegen groben Unfugs, begangen durch das überlaute Ausrufen. Ein Betrug wurde nicht für vorliegend erachtet, weil nicht angenommen wurde, daß der Käufer durch die Erwerbung der Zeitung für den üblichen Preis von 10 Pfennigen einen Vermögensnachtheil erlitten habe. Gegen dies Erkenntniß legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er hielt im gestrigen Termine die Anklage wegen Betruges aufrecht, denn zweifellos sei der Käufer durch die Irrthumserregung des Angeklagten, es handle sich um ein Extrablatt, zum Ankauf eines Gegenstandes bewogen worden, den er sonst nicht gekauft hätte. Bei der Schwierigkeit, den Extrablatt-Schwindel auszurotten, beantrage er gegen den Angeklagten eine Woche Gefängniß. Der Gerichtshof ging noch über den Antrag hinaus und erkannte unter Aufhebung des ersten Urtheils auf zehn Tage Gefängniß.

Daß das Wurstgift unter Umständen dem menschlichen Körper sehr gefährlich werden kann, ergab wieder einmal eine Verhandlung wegen Nahrungsmittel-Verfälschung gegen den Kaufmann G. Der Angeklagte betreibt hierselbst ein Kolonialwaaren-Geschäft, welches eine Filiale in der Eisenbahnstraße hat. In der letzteren kaufte im September ein Schutzmann eine Thüringer Rothwurst, welche er mit seinen Angehörigen verzehrte. Bald nach dem Genusse stellte sich bei ihm großes körperliches Ungemach ein: er wurde von heftigen Kopfschmerzen befallen, mußte wiederholt erbrechen, fieberte und phantasirte und mußte sich ins Bett legen. Dieselben Erscheinungen zeigten sich bei einem dreijährigen Kinde, welches von der Wurst gegessen und da der Beamte fürchtete, dienstunfähig zu werden, so machte er seinem Vorgesetzten Anzeige von dem Vorfalle. Die Wurst wurde nun zu einem Thierarzt geschickt und derselbe stellte fest, daß dieselbe äußerlich absolut unverdächtig, innerlich aber ganz verdorben war und sich wegen mangelhafter Durchkochung Wurstgift entwickelt hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der diese Wurst feilgeboten, 6 Wochen Gefängniß. Rechtsanwalt Sandberg wies aber nach, daß der Angeklagte schon seit Jahren diese Wurst von einer renommirten Hoflieferanten-Firma aus Braunschweig bezieht, ohne jemals einen ähnlichen Fall erlebt zu haben. Der Angeklagte habe weder wissentlich noch fahrlässig das Nahrungsmittelgesetz übertreten, denn derselbe sei doch nicht in der Lage, sämmtliche Würste, die in ganzen Posten hier ankommen, zu durchschneiden und zu probiren. Der Gerichtshof war derselben Meinung und sprach den Angeklagten frei.

Ein Messerstecher erhielt gestern durch Urtheil der vierten Strafkammer des Landgerichts I gebührenden Lohn. Der 22jährige Möbelpolier Franz Menz wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt und folgender Thatbestand gegen ihn festgestellt. Am 16. Januar befand der Angeklagte sich im Rettig'schen Schanklokale in der Friedenstraße, wo er mit mehreren Gästen Streit anfing, bis der Wirth ihn hinauswies. Der Angeklagte wartete, bis der Arbeiter Fiethe, mit dem er den Wortwechsel gehabt, hinauskam. Wieder begann eine gegenseitige Auseinandersetzung, bis der Angeklagte plötzlich mit einem bereit gehaltenen offenen Messer auf Fiethe einschlug. Er brachte demselben vier schwere Wunden am Kopf und Rücken bei, blutüberströmt sank der Gestochene zu Boden. Der eine Stich hatte das linke Auge getroffen, dessen Sehkraft noch gefährdet ist. Auf das Hilfegeschrei des Verletzten eilte der Tischler Kurz herbei, auch er wurde von dem Angeklagten mit einem Messerstich empfangen, der ihm die ganze Wange bis zum Mundwinkel aufschlitzte. Beide Verwundete wurden in ohnmächtigem Zustande dem Krankenhause überliefert. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von zwei Jahren, der Gerichtshof hielt bei der großen an den Tag gelegten Rohheit dies Strafmaß aber noch für zu niedrig und erkannte auf eine Gefängnißstrafe von 2 Jahren 6 Monaten.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter tagte am 28. Februar im „Feenpalast“. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes und Bericht der Revisoren.“ Der Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes, Kollegen Pätzoldt, ist bereits im Druck erschienen und den Kollegen zugegangen resp. zugänglich gemacht worden. Der Vertrauensmann rekapitulirte demzufolge nur die hauptsächlichsten Posten des Rechenschaftsberichtes und bemerkte, daß gegen denselben blos eine Reklamation bei ihm eingelaufen sei und zwar von den Klempnern. Hier sei ihm, dem Vertrauensmann, insofern ein Irrthum unterlaufen, als von ihm 15 Maimarken als laufende Marken gebucht seien. Die Agitationskommission der Klempner habe demzufolge eine entsprechende Forderung an ihn. Die umfangreiche Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden und wurde auf Antrag derselben der Vertrauensmann von den Versammelten einstimmig entlastet. Nachdem referirte Kollege Gerisch über den Gewerkschaftskongreß, der am 14. März ds. Js. in Halberstadt stattfinden wird. In letzter Stunde, so führt Redner aus, sollten nun auch noch die Metallarbeiter Berlins Stellung nehmen zu der von der Generalkommission vorgeschlagenen Reorganisation der deutschen Gewerkschaften. Es sei charakteristisch, daß gerade die Metallarbeiter, deren Vertrauensmänner seiner Zeit die Anregung zur Gewerkschaftskonferenz, und damit zur Bildung der Generalkommission gegeben haben, jetzt von den Vorschlägen der letzteren am wenigsten erbaut seien. Zu verwundern wäre dies nicht, da die von der Generalkommission vorgeschlagene Form, abgesehen von allen übrigen Mängeln, für Gewerkschaften, in denen der Großbetrieb vorherrsche, unannehmbar sei. Die G. K. habe mit ihrem Entwurfe aber Unmögliches versucht. Als man seiner Zeit durch die Kapitalistenringe aufgeschreckt wurde und die Ohnmacht der gewerkschaftlichen Organisationen den ersteren gegenüber erkannte, habe man durch die Form das zu ersetzen gesucht, was im Wesen der Sache, theils durch eigene Schuld, zum größten Theile aber infolge ungünstiger Verhältnisse nicht zur Ausführung gekommen war. So entstand der Nebeldom der Generalkommission, von dem man mit ziemlicher Sicherheit voraussagen könne, daß er niemals praktische Gestalt annehmen werde. Was die Generalkommission vorgeschlagen habe, sei nicht aus den thatsächlichen Verhältnissen herausgewachsen, sondern in der Theorie ausgeklügelt, und außerdem so schwerfällig wie nur je ein bureaukratischer Apparat. Ferner dürfe man sich keinen Augenblick darüber täuschen, daß die Realisirung des von der Generalkommission vorgelegten Entwurfes eine Frontveränderung des kämpfenden Proletariats bedeuten würde. Eine Gewerkschafts-Organisation, wie sie die Generalkommission vorschlägt, würde, selbst wenn ihre Urheber dies durchaus nicht beabsichtigten, die politische Bewegung unausbleiblich in die zweite Linie drängen. Die ganze geschichtliche Entwickelung der deutschen Arbeiterbewegung bedinge jedoch, daß der Schwerpunkt auf die politische Thätigkeit gelegt werde. Am ehesten könne man sich noch mit der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband dem Gewerkschaftskongresse vorgeschlagenen Resolution befreunden, die vortheilhaft gegen den Entwurf der Generalkommission absteche. Zu diesen allgemeinen Bedenken komme noch hinzu, daß die Berliner Metallarbeiter sich nur schwer entschließen würden, auf die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten in ihren Versammlungen zu verzichten. Ganz richtig habe die Generalkommission die Aufgaben der Gewerkschaften dahin präzisirt, daß sie einmal für Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, und dann für Bildung und Aufklärung der Arbeiter zu sorgen haben. Die wirthschaftliche Misere, sowie die gewaltige Macht der koalirten Unternehmer mache es aber immer schwieriger, der ersten Aufgabe gerecht zu werden. An Kämpfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für welche die große indifferente Masse noch am ehesten zu begeistern sei, könne bis auf absehbare Zeit hinaus nicht gedacht werden. Damit entbehre man des wirksamsten Mittels, die Massen anzuregen und zur Organisation heranzuziehen. Es bliebe daher zunächst nur die Pflege der Bildung und Aufklärung übrig. Diese Aufgabe im Rahmen der zentralisirten Organisation zu erfüllen, sei wiederum äußerst schwierig, zumal in dem reichfluthenden Leben der Großstadt, das intensive Agitation und stetige Stellungnahme zu allen die Interessen der Arbeiter berührenden Fragen nöthig mache. Die bisher gewählte Form der Organisation habe, weil sie genau den Verhältnissen angepaßt sei, wenigstens den Unfrieden und Streit über die beste Organisationsform, welcher verschiedene andere Gewerkschaften in ihrer Thätigkeit völlig lahm gelegt habe, von den Berliner Metallarbeitern fern gehalten, und sie zu einem einheitlichen Handeln befähigt. Wähle man eine andere, so könne mit Sicherheit voraus gesagt werden, daß die Uneinigkeit einreißen, die Mitgliederzahl abnehmen und der moralische und materielle Erfolg ein minimaler sein werde. Daran könne vernünftiger Weise Niemand ein Interesse haben. Denn wenn die Berliner Metallarbeiter auch auf eignen Füßen ständen, so sei es doch selbstverständlich, daß sie im Bedarfsfalle ihren übrigen Gewerksgenossen in Deutschland ihre Mittel bis zum letzten Pfennig zur Verfügung stellen würden. Aus allen diesen Gründen ergebe sich, daß man der vom deutschen Metallarbeiterverband vorgeschlagenen Resolution wohl bedingungsweise zustimmen könne, sich aber im Uebrigen auf den Boden der Frankfurter Kongreßbeschlüsse stellen müsse. — Die Frage der Stellungnahme zum Kongreß bezw. zur Beschickung desselben wurde nach einer langen und lebhaften Diskussion, in welcher die verschiedensten Ansichten vertreten wurden, entschieden durch Majoritätsannahme folgender Resolution:

„Die heutige am 28. Februar tagende öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend beschließt, den Gewerkschaftskongreß zu Halberstadt zu beschicken; sie ist sich indessen bewußt, daß dieser Kongreß einestheils in seiner einseitigen Zusammensetzung ein keineswegs vollständiges Bild der gesammten Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ergeben wird, während andererseits die von der Generalkommission entworfenen Vorschläge ihr keineswegs als geeignet erscheinen, eine Hebung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Die Versammlung stellt sich prinzipiell auf den Boden der Beschlüsse des vorjährigen Metallarbeiter-Kongresses zu Frankfurt a. M., hält jedoch in Anbetracht der eigenartigen Berliner Verhältnisse zur Zeit noch fest an der lokalen Zentralisation; sie erachtet es weiter als die Aufgabe der gesammten Metallarbeiter, die Frage der bestmöglichsten Organisation unter sich selbst zu lösen.

Die Versammlung erklärt sich im Prinzip mit der vom D. M.-V. vorgeschlagenen Resolution einverstanden und erwartet, daß die Delegirten auch in allen ev. weiter zur Verhandlung gelangenden Fragen die Interessen der Berliner Metallarbeiter nach besten Kräften wahren werden.

Zum Delegirten für den Gewerkschafts-Kongreß wurde hierauf Körsten gewählt. Zur Deckung der Unkosten werden vom Vertrauensmann Sammellisten verausgabt werden. — Namens der Frankfurter Kongreßkommission erstattete sodann Staberna**c**k Bericht. Nach diesem erzielte die Kommission eine Einnahme von 463 M. 80 Pf., hatte eine Gesammtausgabe in Höhe von 401 M. und einen verbleibenden Ueberschuß von 62 M. 80 Pf., welcher nunmehr zu Zwecken der Delegation zum Gewerkschaftskongreß in Halberstadt Verwendung finden soll. Mit der Prüfung dieser Abrechnung wurden die Kollegen Jakob, Selchow und Unger betraut.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, in welcher am 28. Februar Herr Lehrer Henning über das Christenthum der ersten Jahrhunderte einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die in Knebel's Salon tagende öffentliche Versammlung für Männer und Frauen erklärt die in den letzten Tagen in Berlin stattgefundenen Krawalle für ganz zwecklose und unstatthafte Uebertretungen. Zugleich protestirt sie ganz energisch gegen das Urtheil der gegnerischen Presse, welche diese Krawalle der zielbewußten Sozialdemokratie an die Rockschöße hängen will, und ersucht den Magistrat zu Berlin, alle öffentlichen Arbeiten sofort in Angriff nehmen zu lassen, damit der so großen Arbeitslosigkeit gesteuert werde.“

Unterm Verschiedenen äußerte sich Herr Henning kurz über seine am 23. Februar erfolgte Verurtheilung betreffs des Vortrages vom 27. September v. J. Angezogen war § 183. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Frau Lunau ermahnte dann die anwesenden Männer, mehr für die Agitation unter den Frauen zu sorgen, und ihre eigenen Frauen zu öfterem Besuche der Versammlungen zu veranlassen. Mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Sitzung, auf welche sodann ein Tänzchen folgte.

In einer gut besuchten Verbandsversammlung der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin, referirte am 29. Februar Herr Augustin über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und dabei hervorhob, wie nothwendig die Organisation der Arbeiter ist, um den Anmaßungen des Kapitals mit Erfolg entgegen treten zu können. An der lebhaften Diskussion betheiligten sich Frl. Wabnitz, sowie die Kollegen Timm, Pfeiffer und Kullik. Hierauf unterrichtete der Bevollmächtigte Möbius die Anwesenden von seiner und des Schriftführers Abreise, weshalb eine Ergänzungswahl vorgenommen werden mußte. Aus derselben gingen mit großer Mehrheit Kollege L. Pfeiffer als Bevollmächtigter und Kollege Lange als Schriftführer hervor, während an Stelle des Revisors Lorenz Frl. Mathes für dieses Amt bestimmt wurde.

In Britz fand kürzlich eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Lehrer Knack über den Kampf ums Dasein unter Bezugnahme auf das 5. und 7. Gebot einen interessanten Vortrag hielt, dem die Versammlung mit großer Aufmerksamkeit und unter reichen Beifallbezeugungen folgte. In der Diskussion ergänzten die Herren Gottwald, Mainz und Buchholz die Ausführungen des Redners. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen, in welcher sich die Versammlung mit dem Vortrage einverstanden erklärte und sich verpflichtete, für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele voll und ganz einzutreten. Im „Verschiedenen“ warnte der Vorsitzende vor dem Schundroman „Lassalle, oder: Um Liebe getödtet“, forderte dann die Anwesenden auf, dem zu gründenden Britzer Arbeiter-Gesangverein zahlreich beizutreten, welchem Ersuchen auch sofort 25 Genossen nachkamen, und theilte der Versammlung einen Gruß des Genossen Peus mit. Mit einem begeisternden Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

Versammlung! Verband deutscher Zimmerleute Schönebergs und Umgegend. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr, bei Jakob, Grunewaldstraße 110.

Filiale 3, Osten, der Vereinigung der deutschen Maler u. s. w. Dienstag, den 8. März, Versammlung. Vortrag des Kollegen Schweizer über Darwinismus.

Berliner Naturheil-Verein 2. Heute Abend 8½ Uhr im vegetarischen Speisehause von Thurein, Neue Schönhauserstr. 10, 1. Etag. Vortrag des Herrn Dr. med. Fehlauer über Infektions-Krankheiten.

Allgemeine Bäckerversammlung. Dienstag, den 8. März, Nachmittags 3 Uhr, Johannisstr. 20 bei Müller.

Filiale 7 Süd-West der vereinigten Maler und verwandten Berufsgenossen. Dienstag, den 8. März, Abends 8½ Uhr, Sitzung, Nostizstr. 50.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Senefelder-Bundes (E. H.) Verwaltungsstelle Berlin. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant Röllich, Neue Friedrichstr. 44: Mitglieder- und Verwaltungs-Versammlung.

Bauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 8. März, Abends 8½ Uhr, bei Kehner, Annenstr. 16: Versammlung.

Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr: Ordentliche Versammlung im Restaurant Preußer, Seydelstr. 30, „Der letzte Streik und die Lehre für unsere Gewerkschaftsbewegung.“

Lese- und Diskutirklubs. Dienstag. Johannes Wedde, 9 Uhr, bei J. Winkler, Manteuffelstr. 60. — Sozialdemokrat, Abends 8½ Uhr, bei C. Behrend, Blumenstr. 6. — Agitationsverein „Lassalle“, bei Drügemüller, Wienerstr. 31.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend, **Dienstag.** Abends 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei Oswald Berliner, Brunnenstraße 114. — Harmonia, Flottwellstr. 8 bei Bertels. — Olympia, Buckowerstraße 9 bei Junghans. — Schildhorn, Usedomstraße 23 bei Mieke. — Fidelitas, Bergstraße 69 bei Keller. — Allegro, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Myrthenblätter, Belforterstr. 15 bei Schneider. — Bruderherz, Straußbergerstr. 3 bei Birk. — Humor, Straußbergerstraße 3 b. Birk. — Unverzagt 3, Moabit, Kronen-Brauerei. — Hoffnung 2, Deutsch-Wilmersdorf, Brandenburgstraße bei Bräh. — Waldkapelle 1, Berliner Bockbrauerei. — Arbeiter-Maibund, Nowawes, Wallstraße bei Gärtner. — Freies Lied 2, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 165. — Sängerkette, Schönleinstraße 8 bei O. Klein. — Kreuzberg, Lichterfelderstraße 7—8 bei Winter. — Freiheit 2, Adlershof, bei Albrecht. — Alte Linde, Mariannenstr. 31—32 bei Doberstein. — Vorwärts 4, Rathenow, Restaurant „Walhalla“. — Alpenglocke, Landsbergerstr. 31, bei Muschold. — Einigkeit 2, Landsbergerstraße 31, bei Muschold. — Sorgenlos 3, Kößlinerstr. 17 bei Wendt. — Gesangverein der Böttcher Steineiche, Judenstr. 66 bei Trieschmann. — Titania, Köpenickerstr. 181 bei Bogs. — Liedesfreiheit 2, Straußberg, Restaurant Krüger. — Vorwärts 7, Marwitz bei Wilhelm Nölte. — Vorwärts 3, Schönhauser Allee 28 bei Kuhlmey. — Hilaria, Blumenstraße 44 bei Wenk. — Freies Lied 3, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 165, bei Feder. — „Sänger-Chor der Töpfer, Münzstr. 11 bei Ohlmann. — Wiederhall, Eisenbahnstr. 20 bei Siegmund. — Zufriedenheit, Willibald Alexisstraße 43 bei Krone. — Sängerfreiheit, 9 Uhr, bei Fröhlich, Naunynstr. 44.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Dienstag: Geselliger Verein Climbim, bei George, Gr. Görschenstr. 16. — Theaterverein Klazie bei Ockert, Zeughofstraße 8. — Theaterverein Blumenlese bei Krüger, Dresdenerstr. 105. — Tambourverein Deutsche Eiche, bei Sabeck, Färbeingerstr. 7. — Geselliger Verein Mehr Licht bei Jabel, Frankfurter Allee 90. — Tambour-Verein Borussia bei Feldhahn, Weidenweg 12.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Gesangverein Anakreon, Abends 9—11 Uhr, bei Kehner, Annenstr. 16. — Musikverein Nord 8½—11 Uhr, Weißenerstr. 6, bei Sendke.

Theater-Verein Othello 2 Abends 9 Uhr, bei Tägers, Gartenstr. 13—14. — Privat-Theater-Gesellschaft Berliner Humor, Abends 9 Uhr, Köpenickerstraße 158 bei Buchs.

Vergnügungsverein Amicitia, 8½ Uhr, bei Schönangel, Barnimstr. 47. — Vergnügungsverein Reichskrone, Abends 9 Uhr, in Reichert's Festsälen, Müllerstr. 7. — Geselliger Verein Brüderschaft, im Restaurant Deutscher Reichsadler, Beusselstr. 9.

Orientalischer Rauchklub Spar- und Kreditverein, Abends 9 Uhr, Reichenbergerstr. 94, bei Schröder. — Rauchklub Eldorado, Abends 8½ Uhr, im Restaurant W. Schulze, Ostbahnhof 7. — Rauchklub Dämmerwolke, Böckhstr. 51. — Rauchklub Bruderbund, Abends 9 Uhr, Lausitzerstr. 60, bei Grande.

Tambourverein Rothe Nelke, Dienstag und Freitag, Abends 9 Uhr, bei Thiele, Brandenburgstr. 64. — Tambourverein Wirbel, Dienstag und Freitag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Müller, Gartenstr. 62. — Tambourverein Auf, Dienstag und Freitag, Abends 8½ Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21. Sonntags Sitzung.

Statklub Kreuz-Solo, 8—10 Uhr, Krautstr. 3, bei Mühle.

Touristenklub Wanderlust, Abends 9 Uhr, bei Viebrat, Franseckistraße und Schönhauser Alle[e].

Literarisches.

Sozialpolitische Anläufe der kantonalen Gesetzgebungen der Schweiz. Akademische Antrittsvorlesung von Prof. Dr. J. Schollenberger.

Wir haben es hier nicht zu thun mit einem der schwächlichen kathedersozialistischen Anläufe, wie wir sie seitens unserer deutschen Universitätsdozenten der letzten Jahrzehnte gewohnt sind. Unsere Schmoller, Brentano, Adolf Wagner e tutti quanti der jüngeren Generation suchten die alten schäbigen Flicken des Staatsgewandes wieder hervor, um sich daraus ein professormäßig Gewand zusammen zu nähen, das zwar buntscheckiger, aber nicht kleidsamer geworden ist. Professor Schollenberger ist, nach seiner Antrittsvorlesung, die er am 9. Januar 1892 an der Züricher Universität hielt, zu urtheilen, nicht gewillt, vor den Konsequenzen der Wissenschaft zurückzuschrecken. Er theilt nicht die „Nachtwächter-Idee“ vom Staat, sondern setzt diesem zum Ziele die Wohlfahrt des ganzen Volkes, und diese erfordert die Fort- und Umbildung des Staats- bezw. Verwaltungsrechts. „Wenn im Verfolge, wie bei manchem chemischen Prozesse, die veränderte Quantität in veränderte Qualität, die Sozialpolitik in Sozialismus umschlagen würde, um das Ziel zu erreichen, wir fürchten es nicht.“ Die Antrittsvorlesung behandelt die Sozialpolitik der Gesammtschweiz, wie der einzelnen Kantone. Das Armenwesen sei so wenig sozialpolitischer Natur, daß die Aufgabe aller grundsätzlichen Sozialpolitik gerade die sei, das Armenwesen zu beseitigen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist für ihn nicht ein bloßer Flicken auf das kapitalistische Gewand. Welcher deutsche Professor würde nicht davor zurückschrecken, daß, wie in Basel-Stadt, ein öffentliches Arbeitsnachweis-Bureau mit Staatskredit bei Streiks seine Thätigkeit für das betreffende Gewerbe oder den betreffenden Werkplatz sofort und bis zur endgiltigen Erledigung des Streiks unterbrechen kann. „Der Staat steht also bei Streiks den Arbeitsherren nicht zu Befehl, sondern nimmt Gewehr bei Fuß!“ Die Wissenschaft hat nach Schollenberger nicht nur die Aufgabe, den vorhandenen sozialpolitischen Stand der Gesetzgebungen zu zeigen, sondern auch den weiteren Weg zu weisen, und dieser führe mehr und mehr über den Rechtsstaat hinaus. Seine vortreffliche Antrittsvorlesung schließt er mit den Worten: „Der Rechtsstaat an sich ist brutal. Was ist Recht? Alles, was der Staat festsetzt, und wenn es das schreiendste Unrecht wäre. Um des Namens würdig zu sein, bedarf das Recht eines Leitsterns außer sich und das ist die öffentliche Wohlfahrt. Im Wohlfahrtsstaat der Rechtsstaat; dieser aber nur in jenem und durch jenen. Die öffentliche Wohlfahrt, die Wohlfahrt des Volkes sei also unser oberstes Gebot „Salus publica suprema lex.“

Wann wird auf deutschen Universitäten solche Sprache vernommen werden?

—d

Vermischtes:

An der Neige des 18. oder 19. Jahrhunderts? Auf einem größeren Gute bei Kulm — so berichtet man dem „Geselligen“ — sollte ein Arbeiter, der mit dem Gutsverwalter in Streit gerathen war, gezüchtigt worden! Seine draußen wartenden Söhne merkten aber die Absicht, schlugen mit Wagenrungen die Fenster ein und drangen in das Zimmer. „Sowohl der Verwalter als auch die beiden Inspektoren, der Kutscher und die Wirthin wurden von den Arbeitern geschlagen. Auf dem Gutshofe hatte sich fast die ganze Dorfbevölkerung angesammelt. Nachdem der Verwalter sich von den „Eindringlingen“ befreit hatte, ergriff er das Gewehr und schoß in den Menschenknäuel. Drei Menschen wurden verwundet. Die Sache wird natürlich noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter haben.“

Wegen unsittlicher Handlungen mit Schülern in mindestens 80 Fällen wurde der Lehrer Wilhelm Lechterbeck aus Hilbeck bei Werl unter Annahme mildernder Umstände zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Der Pfarrer Ferd. Ruge von Tüngeda wurde wegen Anstiftung zum Meineid vom Schwurgericht in Meiningen zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Den Herrn Pfarrer hat also die gründliche Kenntniß der christlich-konfessionellen Lehren nicht vom Verbrechen zurückgehalten, da ihm eben die allgemein menschliche Moral fehlte.

Bei einer Feuersbrunst in Aachen sind zwei der in den oberen Stockwerken des betr. Hauses wohnende Personen durch Herabspringen auf die Straße ums Leben gekommen, während fünf andere schwer verletzt wurden.

Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich auf der Heinrichshütte zu Hattingen a. d. Ruhr ereignet; ein in der Gießerei beschäftigter Kesselwärter wurde buchstäblich lebendig gebraten. Andere Arbeiter wurden durch einen immer stärker werdenden Gestank nach versengtem Fleisch darauf aufmerksam, daß irgend etwas passirt war. Bei näherem Nachsuchen fanden sie den Kesselwärter in einem entsetzlichen Zustande auf; die Kleider waren zu Asche verkohlt und der ganze Körper mit Ausnahme des Kopfes war wie gebraten. Dennoch war der Mann noch sieben volle Stunden bei Besinnung, ehe der Tod ihn erlöste. Wie sich das entsetzliche Unglück zugetragen hat, wird wohl ein Räthsel bleiben, denn der Verunglückte befand sich zur Zeit der Katastrophe allein in dem betreffenden Raum.

K. K. Sittlichkeitsgefühl in Wien. Die Aufführung von Fulda's „Sklavin“ auf dem Burgtheater ist verboten worden, weil „in des Kaisers Hause die freie Liebe nicht gepredigt werden dürfe.“

Mysteriöser Mord. Auf dem Bodenraum der Petersburger Kaserne des Garderegiments zu Pferde wurde die Leiche der seit dem Sommer verschwundenen englischen Gouvernante Margarethe Harper gefunden. Wahrscheinlich liegt ein Raubmord vor, da 50 Rubel, welche die Ermordete bei ihrem Verschwinden besaß, fehlten. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird auf das geheimste geführt, und es ist den hiesigen Zeitungen verboten worden, irgend welche Mittheilungen über die Mordaffäre zu machen. Bekanntlich wurde auch der Charkower Buchhalter Conrad von Mannschaften des genannten Regiments ermordet und beraubt.

Sämmtliche Spitäler sind in den russischen Gouvernements Saratow, Astrachan und Pensa von Flecktyphus-Kranken überfüllt.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Paris, 7. März. In den Kohlenbergwerken von Carmaux ist ein neuer bedeutender Streik ausgebrochen. 2000 Bergleute haben die Arbeit eingestellt.

Halle, 7. März. Die städtischen Behörden beschlossen eine außerordentliche Bewilligung von 10 000 M. zur Vertheilung von Brot und Speisemarken unter die Nothleidenden.

Moskau, 7. März. Die hiesige Tapetenfabrik von Schulejkin u. Jegorow, die bedeutendste Rußlands, ist niedergebrannt. Der Schaden beträgt gegen 300 000 Rubel. Fünf Menschen sind in den Flammen umgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

C. Dieckmann. Die Veröffentlichung wäre bedenklich.

W. Buder. Ohne allgemeineres Interesse. Besten Dank.

A. B. In Strelitz ist als sozialdemokratischer Kandidat Dr. Lütgenau aufgestellt. Ihr Brief geht an den Parteivorstand ab.

W. Müller. Die Berichte werden möglichst der Reihe nach veröffentlicht.

F. K., Dresden. Adressen von Parteigenossen in Sydney besitzen wir nicht.

Levy und Müller, Stuttgart. Nach Einsendung des Buches wird Besprechung erfolgen.

J. Folger. In diesem Kreise ist, wie wir erfahren, kein Vertrauensmann gewählt.

Emil Skalsky. In unseren Händen befindet sich dieser Bericht nicht. Bitte um nochmalige Sendung.

W. P., Breslau. Auf Freiexemplare können wir nicht eingehen.

K. L., Birkenstraße. Der Roman: „Ferdinand Lassalle, der Held des Volkes oder: Um Liebe getödtet“ ist ein ganz gewöhnlicher Schundroman, wie bereits im „Vorwärts“ mehrfach mitgetheilt ist.

Frau Luise Gaede. Ihre Aufforderung ist zunächst an den Betreffenden gesandt worden.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 57. Dienstag, den 8. März 1892. 9. Jahrg.

Soziale Uebersicht.

Der Streik bei H. Krüger, Fabrik chirurgischer Instrumente, Berlin, dauert fort, da der Fabrikant darauf besteht, daß trotz der unter den Arbeitern herrschenden Arbeitslosigkeit und trotzdem er selbst nur noch die Hälfte seiner früheren Arbeiterzahl beschäftigt, eine Stunde länger gearbeitet werden soll und zwar zu demselben Lohne, welcher für die kürzere Arbeitszeit bezahlt wurde.

In Hamburg streiken sämmtliche Kellner der drei größten Bierlokale.

Das Malerpersonal der Firma Gebrüder Helzel in Bodenbach ist am 5. März in eine Lohnbewegung eingetreten. Bei dem jetzigen Lohn konnte selbst ein flotter Malergehilfe während elfstündiger Arbeitszeit nur 6 Gulden wöchentlich verdienen.

Die Beendigung des Handschuhmacherstreiks wird nun auch vom Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, Herrn Ernst Knösel in Arnstadt erklärt.

Die Nagelmacher von Worcestershire und Staffordshire haben eine 15prozentige Lohnerhöhung verlangt und wollen, wenn sie ihnen nicht gewährt wird, den Ausstand beginnen.

Für die Beurtheilung des Verhältnisses der Alters- und Invalidenrente macht der „Reichsanzeiger“ auf folgende Punkte aufmerksam:

Nach § 75 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzblatt S. 97) wird jede der beiden Renten nur auf Antrag gewährt. Für den Empfänger einer Altersrente wird es sich nur dann empfehlen, den Antrag auf Bewilligung einer Invalidenrente zu stellen (neben welcher die Altersrente fortfallen würde, § 29 Abs. 2 a. a. O.), wenn die ihm etwa zustehende Invalidenrente höher ist als die Altersrente, in deren Genuß er sich befindet.

Ein unbedingter Vorzug der Alters- vor der Invalidenrente liegt darin, daß erstere nur entzogen werden kann, wenn die Rentenfeststellung wegen gefälschter Urkunden oder aus ähnlichen Gründen im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens aufgehoben werden muß (§ 82 a. a. O. in Verbindung mit §§ 541 ff. der Zivilprozeßordnung). Abgesehen von diesem Ausnahmefall, behält der Empfänger einer Altersrente diese für seine Lebenszeit.

Dagegen kennt das Gesetz eine Entziehung der Invalidenrente und zwar nach § 53 in dem Falle, daß in den Verhältnissen des Empfängers einer solchen Rente eine Veränderung eintritt, welche ihn nicht mehr als dauernd erwerbsunfähig erscheinen läßt.

Der Empfänger einer Altersrente wird, bevor er einen Antrag auf Gewährung von Invalidenrente stellt, gut thun, nach Maßgabe der angedeuteten Gesichtspunkte sorgfältig zu prüfen, ob nicht der Fortbezug der Altersrente für ihn vortheilhafter ist.

In den schnurrigsten Ansichten werden die Unternehmer durch ihre Profitsucht verführt. In Braunschweig hat die Fleischerinnung beschlossen, bei der zuständigen Behörde dahin vorstellig zu werden, daß die Arbeits- und Verkaufszeit im Fleischergewerbe an Sonn- und Festtagen auf die Zeit von 4 Uhr früh bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Zeit des Hauptgottesdienstes, festgesetzt werde. Die Braunschweiger Fleischermeister beanspruchen also das Recht, zu Sonn- und Festtagszeiten zirka zwei Stunden länger arbeiten zu dürfen, als selbst das unter subtilster Berücksichtigung der kapitalistischen Interessen zu Stande gekommene Gesetz vorschreibt. Hoffentlich werden die Herren mit ihrem naiven Begehren kräftigst vor die Thür gesetzt, und zwar im Interesse der Fleischergesellen.

Einschränkung der Produktion auf Kosten der Arbeiter. Der skandinavische Holzstoff-Verein hat beschlossen, um die bisherigen Preise aufrecht erhalten zu können, die Produktion vom 15. März bis zum 15. April vollständig einzustellen. Diesem Beschlusse sind Fabrikanten mit einer Normalproduktion von 170 000 Tonnen Holzstoff jährlich beigetreten.

Neuer Ring. Unter dem Namen „Verband nordatlantischer Rhedereien“ haben sich die Schifffahrts-Kompagnien von Hamburg, Bremen, Antwerpen und Rotterdam zu einer Gesellschaft vereinigt, welche in der Hauptsache die Steigerung der Rentabilität des Schifffahrtsbetriebes bezweckt. Die Passagepreise sind denn auch bereits erhöht worden. Die Mitwirkung an den Maßnahmen des Verbandes sämmtlicher englischer Gesellschaften ist durch einen besonderen Vertrag gesichert.

Versammlungen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins hatte für den 4. d. M. eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in welcher Herr L. Pfeiffer über: „Der Arbeiterfang verschiedener Konfektionsfirmen, speziell der Firma Bär Sohn und die Stellung der Berliner Arbeiterschaft“ referirte. Der Genannte hob Eingangs seiner Rede hervor, daß bereits vor zwei Jahren eine gewählte Kommission mit den Inhabern hiesiger Großkonfektionsfirmen bezüglich einer Lohnerhöhung und der Errichtung von Betriebswerkstätten in Verhandlung getreten sei. Die Verhandlungen hätten keine positiven Resultate gezeitigt. Der Schwerpunkt der Forderungen wurde neuerdings auf die Errichtung von Betriebswerkstätten gelegt und trat die neugewählte Agitationskommission dieserhalb mit Inhabern von Konfektionsfirmen in Unterhandlung, als Gegenleistung die Verabfolgung von Kontroll-Schutzmarken anbietend. Hierdurch sollte, entsprechend einer Resolution des Brüsseler Kongresses, dem Zwischenmeisterthum und dessen Ausbeutung durch die Hausindustrie entgegengetreten werden. Zu der betr. Konferenz waren die Firmen Bär Sohn, Lindenbaum u. A. eingeladen. Lindenbaum war vertreten, hat aber auf weitere Verhandlungen mit der Agitationskommission, dem Referenten zufolge, verzichtet. Die Firma Bär Sohn führte die Verhandlungen weiter und dieselben gediehen soweit, daß am 1. November eine Betriebswerkstätte errichtet werden sollte und Kontrollmarken bestellt wurden. Pfeiffer war bereits für diese Betriebswerkstätte engagirt. Das Unternehmen zerschlug sich aber an der Forderung der Firma Baruch u. Co., daß die Kontrollkommission eine juristisch haftbare Person stellen solle. Dies war unmöglich. Bezüglich der Firma Bär Sohn habe Baruch erklärt, daß diese Firma nur die Lagerverwalterin der Firma Baruch sei. Da die Waaren bei Baruch, welche die Firma Bär Sohn beziehe, unter den denkbar schlechtesten Bedingungen hergestellt würden, und die Firma Bär Sohn auf Arbeiterkundschaft spekulire, so habe die Agitationskommission es für erforderlich gehalten, der Arbeiterschaft diese Verhältnisse klarzulegen. Von der Firma Baruch u. Co. bezögen ferner ihre Waaren die Amerikanischen Verkaufshallen und die Abzahlungsfirma Wachsmann u. Ko. Die Betriebswerkstätten sollten allen modernen Anforderungen entsprechen, die Arbeitszeit 9½ Stunden betragen, die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Zentral-Arbeitsnachweis entnommen werden u. s. w. Da mit dem Kapitalisten keine Einigung zu erzielen gewesen wäre, so sähe sich die Kommission veranlaßt, gegen dessen Abnehmer vorzugehen, um durch diese einen Druck auf die Großkonfektionsfirma auszuüben. Die Firma Bär u. Sohn sei nun im „Vorwärts“ den gemachten Veröffentlichungen entgegengetreten. Demgegenüber erklärte Pfeiffer, daß Niemand das Lager der Firma Bär Sohn auf seine Qualität untersucht habe. Dies sollte erst geschehen, wenn der Vertrag perfekt geworden wäre. Pfeiffer appellirte an die Arbeiterschaft, ihr Urtheil abzugeben über das Vorgehen der Kommission. Herr Bär erklärte die Angriffe gegen seine Firma als aus persönlichem Interesse entspringend. Er sei ein ebenso guter Genosse wie Herr Pfeiffer und die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend unterstütze sein Geschäft. Aus diesem Grunde agitire die Konkurrenz gegen ihn und mit dieser Agitation falle die Thätigkeit der Herren Pfeiffer, Timm und Täterow zusammen. In den mehrfachen Konferenzen seien die Arbeitsverhältnisse in dem Geschäfte Chausseestraße 24 a seitens der Kommission wohlwollend anerkannt worden. Infolge dessen haben auch Kommissionsmitglieder von ihm (Bär) gekauft und seien mit den Waaren zufrieden gewesen. Auch Herr Pfeiffer sei sein Kunde gewesen, habe aber das Bezahlen vergessen. Durch die Errichtung einer Betriebswerkstätte würde aber nur Einzelnen geholfen worden sein, an dem System wäre nichts geändert worden. Deshalb habe die Firma die Kommission an die Großkonfektion verwiesen und ihren Einfluß bei Baruch u. Ko. nach dieser Richtung hin geltend gemacht. Daß Pfeiffer durch seine Anstellung wirthschaftlich geschädigt worden sei, erklärte Herr Bär für eine bewußte Unwahrheit. Pfeiffer habe von der Firma Arbeit erhalten und sich diese gut bezahlen lassen. Er habe demnach doppelt verdient. Die Firma hätte unter dem Drucke der Erpressung gestanden. Wie Pfeiffer pfiff, mußte getanzt werden. Er wäre der Diktator geworden, ein gütiges Geschick habe die Firma von den Herren befreit. Weil die Firma Fühlung mit der Arbeiterschaft habe, glaubte man ihr den Fuß auf den Nacken setzen zu dürfen. Die Kommission hätte ein dankbares Agitationsfeld gehabt bei den 600 Herren-Garderobengeschäften und 500 Damenkonfektions-Geschäften in Berlin, ferner bei den Großkonfektions-Firmen in Essen a. d. Ruhr, München, Stuttgart, Hannover, Frankfurt a. M. 2c., welche Tausende von Arbeitern in schmählichster Weise ausbeuten. Die 8 bis 10 Schneider der Firma Bär Sohn ließen grüßen und es ginge ihnen gut. Die Hetzereien der Kommission gegen die Firma Bär Sohn resultirten nur aus persönlichem Unbefriedigtsein. Wären die Gelder so geflossen, wie gewünscht wurde, so wäre Alles gut gewesen. Die Versammlung möge entscheiden, wie unsozialdemokratisch die Firma behandelt worden sei. Timm wies den Vorwurf der persönlichen Interessen zurück. Die Kommission habe lediglich im Interesse der Allgemeinheit gehandelt. Die Großkonfektion berufe sich auf ihre Abnehmer. Wer sich öffentlich als Genosse gerire, dürfe von derartigen Großkonfektionsfirmen nicht Waaren beziehen. Leider grassire jetzt das „Geschäftssozialistenthum“ in unerhörter Weise. Um Remedur zu schaffen, sei es nöthig, gegen die Zwischenhändler, welche die Waaren zu theuren Preisen an den Mann bringen, vorzugehen. Besonders diejenigen Zwischenhändler, welche sich Genossen nennen, seien verpflichtet, die Bestrebungen der Kommission zu unterstützen. Dafür würden sie wiederum von der Kommission unterstützt. Das sei aber kein Genosse, der von dem Schweiße der Arbeiter und Arbeiterinnen lebe. Herr Kulick (Mitglied der Agitationskommission) glaubte, daß ein Racheakt gegen die Firma Bär Sohn vorliege, welcher persönlichen Interessen entspringe. Falsch sei es auch, eine einzelne Firma herauszugreifen. Ebenso gut könne man die meisten Parteigenossen Geschäftssozialisten nennen. Die an der Spitze der Schneiderbewegung stehenden Personen suchten nur eine „warme Stelle“ zu erhalten. Frau Wengels wandte sich gegen Herrn Bär und Herrn Kulick und vertheidigte die Handlungsweise der Kommission. Herr Bär (Bruder des Ersten) vertrat den Standpunkt des Herrn Kulick. Die Reklame dieser Firma bewege sich auf einem ruhigen Boden und täusche das Publikum in keinem Falle. Auch eigene Werkstätten besitze sie und zwar für Maßarbeit. Außerdem sei die Firma durchaus nicht gewillt, ihre Schulden an die Kommission nicht zu bezahlen. Das Recht der Vertheidigung dürfe ihr nicht genommen werden. Daher der Federkrieg im „Vorwärts“. Die Veröffentlichungen der Firma im „Vorwärts“ hielt er voll und ganz aufrecht. Die Firma Bär Sohn sei völlig unabhängig. Sie beziehe von 200 Firmen ihre Waare, darunter auch von Baruch und Komp. Er bestritt der Kommission das Recht, sich in die Privatverhältnisse der Firma Bär Sohn hineinzumischen. Herr Rogge, von welchem die Gebrüder Bär behaupteten, daß er hätte ihr Geschäft in der Gr. Frankfurterstraße übernehmen wollen, setzte sich persönlich mit Bär auseinander. Um Mitternacht wurde Schluß der Debatte angenommen. Neun Redner waren noch eingezeichnet. In seinem Schlußworte hob Herr Pfeiffer hervor, daß die Kommission sich besonders gegen die Firma Bär Sohn wende, weil dieselbe in hervorragender Weise auf Arbeiterkundschaft spekulire; er bestritt, daß die Kommission je die Waare der Firma Bär Sohn gelobt habe, im Gegentheile. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde unter Ablehnung einer von Kulick beantragten Resolution, welche der Kommission das Mißtrauen aussprach, weil sie persönliche Interessen verfolge und einen Racheakt gegen die Firma Bär Sohn ausübe — in Rücksicht worauf Kulick sein Amt als Mitglied dieser Kommission niederzulegen erklärte — nach Ablehnung dieser Resolution wurde folgende von dem Vorsitzenden Timm eingereichte Resolution angenommen:

„Im Anschluß an die auf dem Brüsseler internationalen Arbeiterkongreß einstimmig angenommene Resolution, welche es der Arbeiterschaft zur Pflicht macht, in denjenigen Gewerken, in denen das Akkordarbeit- und Zwischenmeister-System vorherrschend ist, dasselbe mit allen zu Gebote stehenden und gutdünkenden Mitteln zu bekämpfen, verpflichtet sich die Arbeiterschaft Berlins, den demoralisirenden Zuständen in der Schneiderei, namentlich in der Konfektionsbranche dadurch entgegen zu treten, daß sie die Agitation um Einführung gesunder Betriebswerkstätten, geregelter Arbeitszeit und angemessenen Lohnes unterstützt. Sie verpflichtet sich, die unter diesen Bedingungen hergestellten und eventuell mit Marke versehenen Waaren zu kaufen, um so namentlich die Doppelausbeutung durch das Zwischenmeister-System zu bekämpfen. Die Versammlung stellt daher namentlich an diejenigen Unternehmer, welcher besonders an die Arbeiterschaft appelliren, das Verlangen, diese auf humanitären Grundlagen beruhenden Forderungen einzuführen und beschließt, die Produkte derjenigen Firmen, welche von der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen als unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen hergestellt bekannt gegeben werden, nicht mehr zu kaufen.“

Der Vorschlag des Herrn Bär, es möge zur Untersuchung der Angelegenheit eine 10gliedrige Kommission aus der Arbeiterschaft gewählt werden, deren Urtheil er sich unterwerfen wolle, wurde keiner Abstimmung unterzogen.

In der Verbandsversammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Berlins, Filiale II N., welche am 16. Februar stattfand, wurden die statistischen Fragebogen vertheilt und darauf hingewiesen, dieselben an jeden einzelnen Kollegen abzugeben, damit eine genaue Statistik darüber erlangt werde, welche sozialen Zustände auch in der Branche der Holzarbeiter existiren. Man solle deshalb die Rubriken der Fragebogen sorgfältig ausfüllen, um den Gegnern Beweise zu führen, wie groß die Noth und das Elend unter den arbeitenden und den verunglückten Kollegen ist. Zu diesem Punkte wurde ein Fall angeführt, welcher sich in jüngst vergangener Zeit in einer Fabrik im Norden zugetragen hat. Ein Kollege verunglückte an einer Kreissäge, welche der Schutzvorrichtung ermangelte, derartig, daß einige Finger der linken Hand steif wurden. Nach seiner Genesung einigte man sich dahin, daß sich der Prinzipal verpflichtete, ihn so lange zu beschäftigen, als die Fabrik auf dem Grundstücke stehe. Kollege Riel kritisirte diesen Fall sehr scharf und legte den indifferenten Kollegen ans Herz, doch der Zukunft zu gedenken und sich deshalb in den Verband aufnehmen lassen, da sie als Mitglieder desselben, falls ihnen ein Unfall passirt, die Rechtsschutz-Kommission in Anspruch nehmen könne. Hierauf beschloß man auf Antrag des Vorstandes, die zweite Zahlstelle nur des Sonntags vertreten zu lassen und in Bezug auf den Arbeitsnachweis einen Schritt weiter zu gehen, d. h. vorläufig frankirte Packetfahrtkarten zur Benutzung für die Prinzipale anzuschaffen. Die nächste Versammlung findet am 15. März statt.

Im allgemeinen deutschen Sattlerverein (Filiale Berlin) hielt am 27. Februar Genosse Keßler einen Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. In der Diskussion über das mit Beifall aufgenommene Referat sprachen die Kollegen Hausner und Retig im Sinne des Referenten. Dann wurde Kollege Karl Schulze zum Delegirten zur Generalversammlung gewählt. Unter Verschiedenem besprach man die gegenwärtige Militärarbeit, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß im Sattlergewerbe die Hausindustrie immer mehr Platz greife und dadurch die Löhne bis aufs Aeußerste herabgedrückt würden. So habe auch ein Werkführer geäußert, es sei ihm viel lieber, nicht so viel Arbeiter in der Werkstatt zu beschäftigen, und die Arbeiter verdienten auch etwas mehr, wenn sie außer dem Hause arbeiteten, und aus diesem Grunde lasse er lieber die Werkstatt leer stehen. Dieser gute Mann überlege jedoch nicht, daß Frau und Kinder schließlich daheim mit arbeiten und dabei der Mann seine Arbeitskraft aufs Aeußerste anspannt. Dagegen müsse der Arbeiter bei der Hausarbeit von seinen paar Pfennigen Lohn den Fabrikanten Licht und Feuerung mit bezahlen. Kollege Blum kam dann noch auf die Berliner Straßen-Krawalle zu sprechen und empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Da die 1. der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehenden Blätter bemüht sind, die am 25. und 26. Februar vorgekommenen Straßentumulte der Arbeiterbewegung zur Last zu legen, und

2. in Folge der schlechten materiellen Lage es dem Arbeiter in der Provinz nicht gestattet ist, Arbeiterblätter zu halten und ihnen daher die von Mund zu Mund gehenden aufgebauschten Nachrichten eher zugehen, als der wirkliche Sachverhalt,

so beschließt die heutige Versammlung des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins (Filiale Berlin) im Interesse der Arbeiterschaft Berlins

1. die Redaktion der „Sattlerzeitung“ zu beauftragen, in der nächsten Nummer einen Bericht über die Tumulte zu bringen, damit die auswärtigen Kollegen erfahren, daß die Berliner zielbewußte Arbeiterbewegung mit den Tumulten nichts zu thun hat,

2. daß jeder hier anwesende Kollege es sich zur Pflicht macht, überall da entgegen zu wirken, wo eine derartige Meinung verbreitet wird, und es durch Wort und Beispiel den indifferenten Arbeitern klar macht, daß wir auf dem Wege des Tumults niemals zum Ziel gelangen.“

Die Filiale der Wirker und Wirkerinnen beschloß in ihrer Versammlung am 27. Februar, zur Generalversammlung in Elberfeld einen Delegirten zu entsenden. Hierauf wurden folgende Statutenänderungen beantragt: § 3 solle folgenden Wortlaut haben: „Mitglieder können alle in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden, sofern sie sich in keinem Lehrverhältniß befinden. Jedoch ist der Filialvorstand berechtigt, unter Angabe der Gründe die Aufnahme zu verweigern; die nächste Filialversammlung entscheidet hierüber endgiltig.“ § 6 ist unter a folgender Satz zu streichen: „jedoch können die Beiträge auf Wunsch weitere 10 Wochen gestundet werden.“ § 9. Der Vorstand besteht aus 5 Personen (die Worte Arbeitern und Arbeiterinnen sollen wegfallen); derselbe ist nur dann beschlußfähig, wenn mindestens 3 Personen zur Sitzung anwesend sind. Wenn ein Mitglied mehr als drei Sitzungen hintereinander ohne Entschuldigung fehlt, so ist hierfür ein anderes Mitglied zu wählen. § 10 soll es anstatt Zahlstelle heißen: Filiale. § 11 sollen die Worte „Arbeiter und Arbeiterinnen“ wegfallen; im zweiten Satz muß es anstatt Zahlstelle „Filiale“ heißen. § 18 muß es heißen „8 Wochen“ anstatt 6 Wochen. § 20 anstatt 6 Wochen „8 Wochen“. Ferner muß § 20 an Stelle von § 19, und § 19 an Stelle von § 20 treten. Im § 21 soll folgendes gestrichen werden: „länger als sechs Monate dem Verband angehört und mindestens“. § 25 gänzlich zu streichen. § 26 soll folgenden Wortlaut erhalten: „Alles Bezügliche betreffs einer Reise-Unterstützung und auch anderweitiger Unterstützung bleibt den Filialen überlassen. Bei einer allgemeinen Arbeitseinstellung eines Ortes werden die Unterstützungen erst nach Klarlegung beim Vorstand und Ausschuß festgesetzt.“ § 27 soll lauten: „Der Vorstand und Ausschuß, sowie der Filialvorstand hat zu prüfen, ob eine geplante Arbeitseinstellung am Platze sei.“ Unter Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß die Kollegen Neuhaus und Voigt am Sonntag ihre dreiwöchentliche Gefängnißstrafe in Rummelsburg antraten, und beschlossen, deren Familien (das Oberhaupt mit 8 M. und jedes Kind mit 3 M., sowie 10 M. Miethsentschädigung) zu unterstützen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß innerhalb vierzehn Tagen eine öffentliche Versammlung stattfindet, und der Wunsch geäußert, dieselbe möge von den Frauen besser besucht werden. Das Verbandslokal, sowie der Arbeitsnachweis befinden sich Krautsstr. 48 bei Ratke. Der Arbeitsnachweis ist von 8—9 Uhr Vormittags und 4—5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Charlottenburg. Am Sonntag fand hier die letzte, vor der Wahl des Gewerbegerichts, einberufene Volksversammlung statt; Referent war Genosse G. Keßler. Zunächst ersuchte der Vorsitzende die Berichterstatter der gegnerischen Presse, namentlich die Herren von der Charlottenburger „Neuen Zeit“, einmal einen genauen Bericht abzufassen und falls sie dieses nicht könnten, lieber den Saal zu verlassen. Sodann erhielt Genosse G. Keßler das Wort zu seinem Vortrage über Gewerbe-Schiedsgerichte. Da dies Thema schon des öfteren im „Vorwärts“ behandelt worden ist, kann von einer Skizzirung der interessanten Ausführungen des Redners Abstand genommen werden. Zum Schluß forderte Genosse Keßler die Arbeiter auf, am Wahltage Mann für Mann die Stimmzettel für die sozialdemokratischen

Kandidaten abzugeben. Die Versammlung spendete ihm reichen Beifall. Die Aufforderung an die Gegner, sich zur Diskussion zu melden, war wie gewöhnlich erfolglos; diese Leute verhandeln am liebsten hinter verschlossenen Thüren. Mehrere Genossen sprachen im Sinne des Referenten. Es wurde dann eine Resolution einstimmig angenommen, worin sich die Versammlung mit dem sachlichen und wohlverstandenen Vortrag des Referenten einverstanden erklärte und sich verpflichtete, für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei voll und ganz einzutreten.

Der sozialdemokratische Agitationsklub für den Osten Berlins hielt am 28. Februar eine von ca. 350 Personen besuchte Versammlung für Männer und Frauen ab, in welcher Frl. Wabnitz unter großem Beifall über das Thema „Naturgesetz und Menschenrecht" sprach. In einer entsprechenden Resolution sprachen die Anwesenden ihre Zustimmung zu dem Gehörten aus. An die Versammlung, bei welcher übrigens die Polizei die Gallerien gesperrt hatte, und zu der auch außerhalb des Lokals Polizeimannschaften sehr stark aufgeboten waren, schloß sich ein gemüthliches Beisammensein, welches durch Gesangsvorträge und Ausführungen gewürzt war.

Die Filiale III. Berlin des Zentralverbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hielt am 28. Februar eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Antrick eingehend über den Prozeß Ahlwardt referirte. An der Diskussion betheiligte sich Herr Silberschmidt im Sinne des Referenten. Hierauf erfolgte die Abrechnung vom Maskenball, welcher einen Ueberschuß von 7,62 M. ergab. Dem Komitee wurde Decharge ertheilt. Es wurde dann als Hilfskassirer für den Osten Herr Gröppler gewählt; derselbe kassirt Krautstr. 42, bei Henze, Sonnabend und Montag Abends von 8—10 Uhr. Im Verschiedenen beschloß man die Versammlungen regelmäßig jeden Mittwoch nach dem Ersten jeden Monats Abends 8 Uhr stattfinden zu lassen.

Der „Freie Diskutir-Verein" (gegründet von Schülern der Arbeiter-Bildungsschule) hielt am 28. Februar wieder eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse L. Kleinert, Schüler der Arbeiter-Bildungsschule, einen Vortrag über Aristokratie und Optimaten hielt, welcher für die Wirksamkeit der Arbeiter-Bildungsschule gutes Zeugniß ablegte. An der lebhaften Diskussion betheiligte sich auch Oberstlieutenant v. Egidy, welcher die Bestrebungen der Sozialdemokratie anerkannte, die Durchführung derselben aber vom Standpunkte des Christenthums aus vorgenommen wissen wollte. Ihm trat entgegen Fräulein Baader, welche hervorhob, daß das Christenthum bereits 19 Jahrhunderte bestehe, aber von einer Erlösung der Menschheit bis jetzt nichts zu spüren sei, ferner die Herren Räder, Stubbe, Potengowsky, Lange u. s. w. Der Aufforderung des Herrn Krüger, dem Verein recht zahlreich beizutreten, ist der beste Erfolg zu wünschen, weil es viele Genossen giebt, welche wohl sehr tüchtige Kenntnisse haben, aber nicht vor einer Anzahl von Leuten öffentlich zu sprechen im Stande sind. Mit einem Hoch auf die Arbeiter-Bildungsschule schloß die imposante Versammlung. Nachdem fand ein Tanzvergnügen statt, welches die Anwesenden noch lange in fröhlicher Stimmung beisammen hielt.

Musik-Instrumentenarbeiter. In der öffentlichen Versammlung am 29. Februar referirte Kollege Schmidt über die Stellung zum Gewerkschaftskongreß. Er beleuchtete den Organisations-Entwurf der Generalkommission, welcher neben vielem Guten auch manches nicht Annehmbare enthalte, und kam zu dem Schluß, daß die beste, praktischste Organisation für die Musik-Instrumentenarbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen die lose Zentralisation durch das Vertrauensmännersystem sei. Der eventuell gewählte Delegirte müsse auf dem Kongreß die Zulassung dieser Organisationsform bei den Unionsverbänden ꝛc. durchzusetzen versuchen. Nach lebhafter Debatte, an der die Kollegen Sparfeld, Lau, Meier, Wustrow, Niendorf, Luther sich betheiligten, wurde beschlossen, den Halberstädter Kongreß zu beschicken, und wählte zum Delegirten den Kollegen R. Schmidt. Eine eingebrachte Resolution, dem Delegirten ein gebundenes Mandat zu ertheilen, erlangte nicht die Majorität der Versammlung. Die Agitationskommission ersucht hiermit nochmals darum, daß, wenn irgend ein Genosse Bedarf an Zug- oder Mundharmonikas hat, er die Bestellung doch den gemaßregelten Kollegen und Genossen aus Untersachsenburg zukommen lassen möge und sich deshalb an den Kollegen E. Sparfeld, Lübbenerstr. 21 v. V., wenden wolle, woselbst Muster ausliegen.

Die Freie Vereinigung der Graveure und Ziseleure hielt am 29. Februar eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher die Punkte der Tagesordnung zurückgestellt werden mußten, da die Neugestaltung und Führung des Arbeitsnachweises eine lebhafte Debatte hervorrief. Durch die verschiedenen Ausführungen der Redner wurde festgestellt, daß sich schon jetzt sehr viele Prinzipale an den Arbeitsnachweis wenden, so daß derselbe bereits gute Erfolge aufzuweisen hatte.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für II. Quartal 1892.

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8½ bis 10½ Uhr Abends, Sonntags von 9—11 und von 11 bis 1 Uhr resp. von 10—12 Uhr früh.

		Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Hagelsbergerstr. 43.
Montag		—	Rechnen (unt.).
Dienstag		Geschichte (neu.).	—
Mittwoch		Deutsch (ob.).	Geschichte (mittl.).
Donnerstag		Chemie.	Deutsch (ob.).
Freitag		Deutsch (unt.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
do.		*Physiologie.	—
Sonnabend		Rechnen (unt.).	Deutsch (unt.).
Sonntag	9—11	Rechnen (ob.), Buchführ.	10—12: Deutsch (mittl.)
do.	„	*Geschichte (alt.).	—
do.	11—1	Deutsch (mittl.).	—

		Ostschule. Markusstr. 31.	Süd-Ostschule. Reichenbergerstr. 133.
Montag		Rechnen (ob.).	—
Dienstag		Physiologie.	Deutsch (mittl.).
Mittwoch		Deutsch (mittl.).	Deutsch (ob.).
do.		—	*Mathematik.
Donnerstag		—	Geschichte (neu.).
Freitag		Geschichte (alt.).	Deutsch (unt.).
Sonnabend		Deutsch (ob.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
Sonntag	9—11	Rechnen (unt.).	—
do.	11—1	Deutsch (unt.).	Rechnen (unt.).

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume ertheilt.

Für alle vier Schulen: an jedem **Sonntag** Vorm. 10—12 Uhr im Saale **Beuthstr. 21/22: National-Oekonomie.**

In alle Lehrfächer können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden **Zahlstellen**, deren je eine auch **in jeder Schule** errichtet ist, erfolgen. Daselbst wollen auch die Theilnehmer und Theilnehmerinnen am Unterricht ihre **Schulkarten** einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zum **Zoarium à 40 Pf.** und zur **Urania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.

Südschule, Hagelsbergerstr. 43.
***Börner**, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
Klein, Kottbuser Damm 14.

SO.

Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
Kehr, Köpnickerstr. 126.
Schmidt, Wrangelstr. 141.
***Schulz**, Admiralstr. 40a.
Ulrich, Wrangelstr. 84.
Zubeil, Naunynstr. 86.
Linke, Forsterstr. 45.
Schayer, Reichenbergerstr. 54.

SW.

Grube, Mariendorferstr. 10.
***Fallorke**, Junkerstr. 1.
Goepel, Katzbachstr. 1.
***Antrick**, Steinmetzstr. 60.

O.

Ostschule, Markusstr. 31.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Radke, Krautstr. 48.
***Lock**, Friedrichsbergerstr. 11.
Tempel, Breslauerstr. 27.
Rusch, Markusstr. 31.

C.

***Berndt**, Neue Schönhauserstr. 18.
Kuhlmey, Rosenstr. 30.

N.

Nordschule, Müllerstr. 179a.
Krause, Pappel-Allee 3/4.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
***Gleinert**, Müllerstr. 174.
Gnadt, Brunnenstr. 38.
Kleinau, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Schmidt, Treskowstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44.
Raabe, Ruppinerstr. 42.
***Scholz**, Kastanien-Allee 85.

NO.

***Gumpel**, Barnimstr. 42.
Drescher, Linienstr. 50.

NW.

***Vogtherr**, Stephanstr. 27a.
Voss, Lübeckerstr. 8.

Friedrichsberg.

Heineke, Friedrich Karlstr. 11.

Der Vorstand.

432/4

Plakate für die Anschlagsäulen unter denselben Bedingungen wie bei **Rauch & Hartmann**, sowie sämmtliche **Buchdruckarbeiten** liefert die **Buchdruckerei** von **Maurer & Dimmick**, **Elisabeth-Ufer 55.** 2055L]

Musikinstrumente. Lager in **Zithern, Violinen, Guitarren, Harmonikas. Alle Blasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spieldosen** zum drehen und selbstspielend, **Albums und Bierseidel mit Musik.** Musikwerke-Verleih, alle mit Arbeiterliedern. Theilzahlung gestattet. 1938L
Aug. Kessler, 51 Lausitzerstr. 51, am Platz.

Möbel- und Ausstattungs-Magazin von **J. Adler, Oranienstraße 47.** Auch Theilzahlung gestattet. [2065L

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wie im verflossenen, so wird auch in diesem Jahre in unserem Verlage Mitte April ein zur **Maifeier** bestimmtes

Mai-Festblatt

erscheinen. Dieses **Mai-Festblatt** soll diesmal nicht nur 4 Seiten umfassen, sondern

8 Seiten in Groß-Quartformat.

Ebenso wird in illustrirter Hinsicht alles aufgeboten werden, um dem Blatte ein festliches Gewand zu geben.

Die erste Seite soll eine Titelvignette schmücken, eine Idealfigur darstellend, ferner das einleitende Maigedicht ausfüllen. Ein Kunstblatt über die vierte und fünfte Seite wird die Huldigung der Arbeit und Wissenschaft an die Göttin der Freiheit versinnbildlichen.

Der textliche Inhalt, auf dessen Auswahl und Redaktion besondere Sorgfalt verwendet wurde, wird u. A. bringen: Geschichte der Achtstunden-Bewegung in den einzelnen modernen Industrie-Ländern. — Mai-Prozeß in Italien. — Die letzten Arbeiterschutz-Versuche in Deutschland. — An die Landarbeiter Deutschlands. — Labor Day (Arbeitertag) in Amerika. — Aus dem Auslande. — Aus dem geistigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. — Gedichte und Festlieder ꝛc.

Das diesjährige Mai-Festblatt wird also sowohl nach dem textlichen Inhalt, wie nach der künstlerisch illustrativen Seite hin reicher und vortheilhafter ausgestattet sein, als das vorjährige und somit für die deutschen Arbeiter ein dauerndes Erinnerungs-Blatt an die diesjährige Maifeier bleiben.

Um rechtzeitig die voraussichtlich hohe Auflage des Festblattes feststellen zu können, bitten wir die Genossen, uns so schnell als möglich ihren Bedarf anzugeben. Bestellungen, die bis zum

20. März cr.

in unseren Händen sind, werden rechtzeitig und in der Höhe der gewünschten Anzahl erledigt. Für später einlaufende Bestellungen können wir keinerlei Garantie für pünktliche Lieferung übernehmen.

Der Preis stellt sich für das Einzel-Exemplar auf

10 Pfennig im Verkauf.

In Partien in jedem Quantum pro Exemplar

5 Pfennig netto.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen für die Verbreitung des „Festblattes" recht thätig sein zu wollen und sehen zahlreichen Aufträgen entgegen.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Heft 13
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
kommt am
Mittwoch, den 9. März,
zur Ausgabe.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteure entgegen.

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte **„Helm-Putz-Pomade"** ist nur unser Erzeugniss. Dosen mit anderen Helmen und **nicht** mit **unserer** Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

Karl Scholz, Werkstatt für Bildereinrahmung. **Glaserei.** Lager fertig eingerahmter Bilder von Stahl- u. Kupferstichen zu soliden Preisen. Lassalle, Marx u. s. w. in allen Größen. **Wrangelstr. 32.**

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt. 2069L

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch,** Naunynstr. 38, n. d. Oranienplatz.

KRONENGARN.

1882L **Sophabezüge!** Reste in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, **spottbillig.** Emil Lefèvre, Oranienstr. 158. **Proben franko!**

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 539 L
Robert Meyer, Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel, Skalitzerstr. 43, pt.**

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. **Andreasstr. 23b.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Enders** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.